

CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENTINO - ALTO ADIGE
REGIONALRAT TRENTINO - TIROLER ETSCHLAND

UFFICIO RESOCONTI CONSILIARI
AMT FÜR SITZUNGSBERICHTE

SEDUTA

146.

SITZUNG

16-2-1968

Presidente: PUPP

Vicepresidente: BERTORELLE

V. LEGISLATURA - V. LEGISLATURPERIODE



INDICE

Disegno di legge n. 117 :

« Stati di previsione dell'entrata e della spesa della Regione Trentino - Alto Adige per l'esercizio finanziario 1968 »

pag. 3

Bilancio di previsione del Consiglio regionale per l'esercizio finanziario 1968 (n. 23/D)

pag. 105

INHALTSANGABE

Gesetzentwurf Nr. 117 :

« Haushaltseinnahmen- und Ausgabenvoranschlag der Region Trentino - Tiroler Etschland für das Rechnungsjahr 1968 »

Seite 3

Haushaltsvoranschlag des Regionalrates für das Finanzjahr 1968 (Nr. 23/D)

Seite 105

A CURA DELL'UFFICIO
RESOCONTI CONSILIARI

Ore 10.15.

PRESIDENTE: La seduta è aperta. Appello nominale.

de CARNERI (Segretario questore - P.C.I.): (*fa l'appello nominale*).

PRESIDENTE: Lettura del processo verbale della seduta 15.2.1968.

de CARNERI (Segretario questore - P.C.I.): (*legge il processo verbale*).

PRESIDENTE: Osservazioni al verbale? Nessuna, il processo verbale è approvato.

Signori consiglieri, devo informare il Consiglio che io ho mandato un telegramma di congratulazioni alla signorina Erika Lechner, che ha saputo guadagnarsi la terza medaglia d'oro alle Olimpiadi di Grenoble.

Riprendiamo ora la discussione sul *disegno di legge n. 117: « Stati di previsione dell'entrata e della spesa della Regione Trentino - Alto Adige per l'esercizio finanziario 1968 »*.

E' in discussione la rubrica lavori pubblici e credito.

La parola al cons. Dalsass.

DALSASS (S.V.P.): Herr Präsident! Darf ich vielleicht ersuchen, auch den Assessor hereinzurufen?

(*Kleine Pause*).

DALSASS (S.V.P.): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir behandeln heute den die öffentlichen Arbeiten betreffenden Teil des letzten Haushalts der laufenden Legislaturperiode. Wenn ich auf die Haushaltspläne dieses Assessorates für öffentliche Arbeiten zurückblicke, dann muß ich feststellen, daß in diesen letzten vier Jahren, einschließlich des laufenden Jahres für dieses Assessorat nichts Neues unternommen worden ist. Auch die bestehenden Regionalgesetze sind nur sehr spärlich refinanziert worden. Hierzu möchte ich jetzt Stellung nehmen.

Ich beginne mit dem Regionalgesetz Nr. 17 vom 1. Juli 1963. Dasselbe ist vom Regionalrat zwecks Finanzierung eines mehrjährigen Programmes zur Durchführung öffentlicher Ar-

beiten in den beiden Provinzen Trient und Bozen im Jahre 1963 herausgegeben worden. Damals wurde angenommen, daß der seinerzeit festgestellte Bedarf mit diesem Regionalgesetz gedeckt werden könne. In der Zwischenzeit hat sich jedoch herausgestellt, daß der Bedarf erheblich größer war, weil die Gemeinden viel mehr Gesuche eingereicht haben, als angenommen worden war. Wir haben deshalb, was Südtirol betrifft, einen Stoß zu erledigender Gesuche über annähernd 20 Mrd Lire und ich nehme an, daß es hinsichtlich des Trentino nicht viel anders sein wird. Zu diesen 20 Mrd gehören auch die im Jänner 1968 eingereichten Gesuche und gemessen am genannten Gesamtbetrag kann wohl gesagt werden, daß unsere Gemeinden von der ihnen gebotenen Möglichkeit reichlich Gebrauch gemacht haben. Im letzten Dezember haben wir hierauf zur Refinanzierung des Gesetzes Nr. 17 Lire 50 Millionen je Provinz erhalten. Wenn wir nun diese 50 Millionen verteilen und im Durchschnitt einen Zinsenbeitrag von nur 5% gewähren, was als sehr niedrig zu betrachten ist, dann können wir maximal Arbeiten für 1 Milliarde Lire finanzieren und nicht mehr. Das sind genau 5% der aufliegenden Gesuche und jeder kann sich vorstellen, was dies bedeutet. Aber nun steht ja in der Bilanz bzw. im Bericht geschrieben, daß der Regionalausschuß auch im heurigen Jahr dieses Gesetz Nr. 17 zu refinanzieren gedenkt, wofür 300 Millionen Lire vorgesehen werden, also 150 für die Provinz Bozen und ebensoviel für die Provinz Trient. Von diesen 300 Millionen müssen leider die 100 Millionen abgezogen werden, die für die Refinanzierung vom letzten Dezember notwendig sind, so daß für Neufinanzierungen nur mehr 200 Millionen übrigbleiben, dh. 100 Millionen je Provinz. Wenn wir nun auch hier einen durchschnittlichen Zinsenbeitrag von 5% gewähren wollen, dann

könnten wir maximal Arbeiten für 2 Milliarden Lire finanzieren. Aber ich muß zu bedenken geben, daß manchen Gemeinden nicht nur 5% Zinsenbeitrag gewährt werden kann, weil sie sonst nicht in der Lage wären, die Arbeiten durchzuführen. Auf Grund der letzten Refinanzierung und der heurigen werden die voraussichtlichen Finanzierungsmöglichkeiten wahrscheinlich insgesamt 2,5 Milliarden Lire für die gesamte Provinz ausmachen. Gegenüber den bereits erwähnten 20 Milliarden bedeutet dies, daß etwas mehr als 10% der aufliegenden Gesuche berücksichtigt werden kann.

Aber es kommt noch etwas Schwerwiegenderes dazu und ich habe schon anlässlich der letzten Refinanzierung darauf hingewiesen. Die 50 Millionen sind nämlich für die Zinsenbeiträge vorgesehen worden, es wurde jedoch vollkommen vergessen, auch an die defizitären Gemeinden zu denken. Art. 6 des bestehenden Regionalgesetzes Nr. 17 sieht ja vor, daß den defizitären Gemeinden auch Verlustbeiträge bis zu 50% gewährt werden können, ferner auf die restliche Summe zusätzlich noch einen Zinsenbeitrag. Nur so können die defizitären Gemeinden und demnach die finanziell schwächsten Gemeinden in die Lage versetzt werden, auch öffentliche Arbeiten durchzuführen. Im ersten Refinanzierungsgesetz vom letzten Dezember ist diesem Umstand nicht Rechnung getragen worden, als ob es überhaupt weder im Trentino noch in Südtirol keine defizitären Gemeinden gäbe. Ich glaube, dem müßte jetzt begegnet werden. Ich habe jetzt im Haushalt nachgesehen und — wie schon vorhin gesagt — festgestellt, daß lediglich diese 300 Millionen Lire für die Refinanzierung des Gesetzes Nr. 17 vorgesehen sind, von denen zudem noch 100 Millionen für die alte Refinanzierung abzuschreiben sind, so daß 100 je Provinz verbleiben. Was geschieht nun mit diesen 100 Millio-

nen? Werden sie ausschließlich für Zinsenbeiträge hergenommen, oder wird von denselben noch ein Teil weggenommen, damit auch an die defizitären Gemeinden Verlustbeiträge gewährt werden können? Oder gedenkt der Regionalausschuß noch zusätzlich einen Betrag für das Gesetz Nr. 17 zur Verfügung zu stellen, damit zu den für Zinsenbeiträge vorgesehenen 100 Millionen auch Verlustbeiträge an die defizitären Gemeinden gewährt werden können? Sollte nun der Regionalausschuß nicht daran denken denselben nicht auch Verlustbeiträge zu gewähren, dann wäre es keine gute Refinanzierung, weil dann von diesen Vergünstigungen die betreffenden Gemeinden ausgeschlossen blieben. Ich möchte deshalb hierüber vom zuständigen Assessor eine genauere Antwort.

Wie ich in der Finanzkommission in Erfahrung bringen konnte, sind die 100 Millionen für Zinsenbeiträge vorgesehen. Aber nun erhebt sich die Frage: Was gedenkt der Regionalausschuß zugunsten der defizitären Gemeinden zu tun?

Ferner, eine zweite ebenso wichtige Frage: die der Refinanzierung. Schon vor einem oder sogar zwei Jahren wurde gesagt, der Regionalausschuß habe die Absicht, das Gesetz Nr. 17 abzuändern. Die eindringlichsten Wünsche und Forderungen hierüber sind, wie ich glaube, von den Sozialisten vorgebracht worden; sie sagen, dieses Regionalgesetz sei in seiner jetzigen Fassung nicht zweckentsprechend, weil auf Grund desselben an gewisse Genossenschaften anstatt an Gemeinden Gelder verteilt und auch Komitees sowie Interessenschaften berücksichtigt würden, was unbedingt zu vermeiden wäre. Meinen Standpunkt habe ich schon damals klar bekanntgegeben. Hiernach sollten auf Grund des 17er Gesetzes nicht nur die Gemeinden allein, sondern für bestimmte Zwecke auch Genossenschaften oder andere In-

stitutionen in den Genuß der Vergünstigungen gelangen. Es gibt nämlich oft Situationen, wo die Gemeinde nicht in der Lage ist, dieselben zu meistern und wo unbedingt Genossenschaften herangezogen werden müssen. So wissen wir genau, daß z.B. in Gemeinden mit viel Fraktionen oft auch eine Fraktionstrinkwassergenossenschaft gegründet werden muß, da die Gemeinde erklärt, sie könne nicht selbst in jeder Fraktion eine Trinkwasserleitung bauen. Die Einwohner der Fraktionen sind daher gezwungen eventuell auch mit Hilfe der Gemeinde selbst die Trinkwasserversorgung zu sichern. Andererseits gibt es oft auch Fälle, wo z.B. eine Genossenschaft besser geeignet ist, um irgendein anderes Bauvorhaben zu verwirklichen. Ich denke z.B. in der Provinz Bozen an die Kindergartengenossenschaften, die gegründet worden sind, um einen Kindergarten zu bauen und zu führen und die sich bestens bewährt haben. Diese Beispiele beweisen, daß man von solchen anderen Körperschaften bzw. Genossenschaften nicht absehen kann. Aus all diesen Gründen bin ich, wie schon erklärt, der Meinung, daß durch die Änderung des Gesetzes nicht nur die Gemeinden berücksichtigt werden dürfen.

Nach dem was ich gehört habe, sollen bestimmte Arbeiten überhaupt nicht mitfinanziert werden können. Ich bin aber der Ansicht, daß jegliche Arbeit, soweit es sich um öffentliche Arbeiten im Sinne dieses Gesetzes handelt, finanziert werden müßten. Auch hierüber bitte ich den Herrn Assessor, mir eine genaue Antwort zu geben.

Ich wollte noch eine Bitte hinzufügen. Schon im vergangenen Jahr ist anläßlich der Haushaltsdebatte von der Refinanzierung des Gesetzes Nr. 17 gesprochen worden, wenn ich mich nicht täusche, war es im März. Die Geld-

mittel standen dann im Dezember zur Verfügung.

Deshalb bitte ich den Regionalausschuß und in ersten Linie den zuständigen Assessor, nicht auch dieses Jahr die Refinanzierung so lange hinauszuzögern, daß das Geld erst im Spätherbst oder Winter zur Verfügung steht. Die sich um die Beiträge aus diesem Gesetz bewerbenden Gemeinden und anderen Körperschaften können aus leicht begreiflichen Gründen nicht allzulange auf die Finanzierung ihrer Bauvorhaben warten. Außerdem ist es doch selbstverständlich, daß die Finanzierung im Frühjahr zugesichert werden muß, damit nicht wiederum eine Bausaison verlorenggeht, weil ja die Gemeinden und andere Körperschaften nicht bauen können, wenn sie nicht rechtzeitig ihren Finanzierungsplan aufzustellen in der Lage sind.

Ferner möchte ich vom Assessor erfahren, ob auch das Regionalgesetz Nr. 3 vom Jahre 1951 im heurigen Jahr refinanziert wird oder ob dasselbe aufgegeben werden soll. Dieses Regionalgesetz Nr. 3 ist, wie Sie selbst wissen, Herr Assessor besonders für Bauvorhaben von 3, 4, 5 bis 6 Millionen Lire sehr günstig gewesen und für die es sich praktisch nicht rentiert, aus dem 17er Gesetz einen Zinsenbeitrag zu gewähren und wo die Gemeinden sich viel lieber mit einem geringeren Verlustbeitrag als mit einem höheren Zinsenbeitrag zufrieden geben. Deshalb bitte ich den zuständigen Assessor mir zu sagen, ob der Ausschuß nicht eventuell gedenkt, auch dieses Regionalgesetz Nr. 3 vom Jahre 1951 zu refinanzieren.

Ich komme nun zu einem anderen Thema, das ebenfalls schon mehrmals dh. drei- oder viermal anlässlich der Bilanzdebatte auch von mir angeschnitten worden ist. Sie wissen selbst genau, daß im Jahre 1956 das Regionalgesetz Nr. 19 erlassen worden ist. Auf Grund dessel-

ben werden die Landesverwaltungen ermächtigt, Gemeindestrassen zur ordentlichen Instandhaltung zu übernehmen, ohne deshalb provinzialisiert zu werden. Da den Landesverwaltungen hierdurch beträchtliche Spesen erwachsen, war es verständlich, daß die Regionalverwaltung dafür einen Beitrag vorsah, der damals in Höhe von 70.000 Lire je Kilometer der übernommenen Straßen festgesetzt wurde. Das war im Jahre 1956, doch seit 1956 sind die Instandhaltungskosten ganz erheblich gestiegen, ohne daß der Regionalausschuß es für erforderlich betrachtet hätte, diesen Kostenzuschuß ein wenig den heutigen Verhältnissen anzupassen. Dieser Tatsache gegenüber ist herauszuheben, daß der Staat für die Provinzstraßen und für deren ordentliche Instandhaltung nicht nur 70.000 Lire je Kilometer, sondern 300.000 Lire je Kilometer an Zuschuß gewährt. Wenn nun die Landesverwaltung solche Gemeindestraßen zur Instandhaltung übernimmt, dann bedeutet dies, daß sie für den Großteil der Kosten aufzukommen hat. Die Gemeinde selbst zahlt nämlich nur einen bescheidenen Beitrag, der laut Gesetz 19 zwischen 20.000 und 100.000 maximal schwankt. Angesichts der nicht gerade rosigen Finanzlage der Gemeinden beträgt dieser Beitrag im Durchschnitt 40.000 bis 50.000 Lire. Die Provinz erhält also von der Region 70.000 Lire je Kilometer und 40.000 bis 50.000 von den jeweiligen Gemeinden, dh. insgesamt 110.000 bis 120.000 je Kilometer; für den Rest muß sie leider selbst aufkommen. Zu all dem kommen aber noch die Straßenwärterkosten, die sich einschließlich Familienzulagen, Sozialversicherung usw. auf 1,5 und 2 Millionen Lire jährlich je Straßenarbeiten belaufen, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß jeder Straßenwärter nur 5 bis 6 km bewältigen kann, sodaß gemessen an der Gesamtkilometerlänge allein diese Kosten einen

hohen Betrag ergeben. Dazu kommen noch die Materiallieferungen für Teer, Split, Wehrsteine usw., ferner die Kosten für die Schneeräumung, die Streuung von Sand und Schotter. Was die Instandhaltung einer solchen Straße kostet, kann sich deshalb jeder selbst ausrechnen. Deswegen wäre es schon höchste Zeit gewesen, den Betrag der Region von 70.000 Lire je Kilometer endlich zu revidieren.

Ich möchte noch einen Punkt berühren, der ebenfalls angeschnitten werden muß, und zwar das Regionalgesetz vom 10. November 1965 Nr. 13. Mit diesem Regionalgesetz hat der Regionalausschuß einige sehr gute Initiativen zum Bau von Straßen zugunsten der Gemeinden unterstützt. Ich möchte betonen, daß es ein gutes Gesetz war, weil die Region zusätzlich zum Staatsbeitrag an die Gemeinden noch einen 1%igen Beitrag gewährt hat, sodaß die normalerweise nur über wenig Mittel verfügenden Gemeinden in die Lage versetzt worden sind, diese Arbeiten auch durchführen zu können. Ich möchte jetzt diese Bauvorhaben nicht aufzählen, aber es sind alles sehr große Bauvorhaben, so z.B. auf dem Ritten mit 260 Millionen, 360 Millionen für die Straße von Deutschnofen-Petersberg, die Straße nach Steinegg, usw. Es waren 7 oder 8 derartige Bauvorhaben. Nun hat der Regionalassessor für öffentliche Arbeiten auch die löbliche Initiative ergriffen, einen Beitrag für die zusätzliche Finanzierung der Tschöggelbergstraße vorzusehen. Nur ist etwas vielleicht nicht ganz in Ordnung: im Haushalt sind nämlich nur 9 Millionen vorgesehen worden! Der Herr Regionalassessor weiß ja genau, in welcher Höhe und für welche Baulose der Beitrag schon gegeben worden ist. Wenn also die betreffenden Baulose finanziert werden sollen, für die der Staat schon einen Beitrag zugesichert hat, dann müßten von der Region nicht nur 9 Millionen, sondern 16

Millionen vorgesehen werden, damit diese Baulose in allernächster Zeit verwirklicht werden können, weil sonst die Kosten der vom Staat mitfinanzierten Baulose nur zum Teil gedeckt wären. Bei der Finanzierung handelt es sich um folgende Beiträge: Baulos Nr. 1 770 Millionen Lire für die Strecke Meran-Hafling, Baulos Nr. 2 für die Strecke Meran-Hafling 200 Millionen Lire, ferner, 600 Millionen Lire für ein erstes Baulos für die Straße Bozen-Jenesien. Es sind also genau 1 Milliarde 570 Millionen.

Ich bitte daher den zuständigen Regionalassessor dringend, den im Haushalt vorgesehenen Betrag von 9 Millionen Lire auf 16 Millionen zu erhöhen, damit wenigstens die bereits vom Staat finanzierten Baulose in Angriff genommen werden können. Der Herr Assessor erkennt je die Situation genau so gut wie ich, nachdem er über den Regionalausschuß die Projektanten beauftragt hat, die Projekte für die Trassen Meran-Hafling, Bozen-Jenesien und Jenesien-Hafling auszuarbeiten. Wie ich gehört habe sollen die Ausführungsprojekte schon in allernächster Zeit in Angriff genommen werden. Wenn also daran gedacht wird, dieselben im Laufe des Frühjahres oder des Sommers zu verwirklichen, dann müßte für diese Zeit auch die notwendige Finanzierung gesichert werden.

Auch für den Bau der Tschöggelbergstraße möchte ich den Herrn Assessor ersuchen, noch zusätzlich Geld zur Verfügung zu stellen.

Ich habe jetzt noch einen letzten Punkt, wegen dem ich mich dieses Jahr an den Assessor für öffentliche Arbeiten wende, nachdem ich mich im abgelaufenen Jahr in derselben Sache bereits an Assessor Albertini gewendet hatte. Es handelt sich dabei um die Autobahn. Da auch Sie, Herr Assessor, genau wie Herr Assessor Albertini Mitglied des Verwaltungsrats der Autobahngesellschaft sind, ist Ihnen der Fall der Ausfahrt im Unterland hinreichend

bekannt. Anlässlich der Haushaltsdebatte hatte ich im März 1967 im Zusammenhang damit an Assessor Albertini eine präzise Frage gerichtet, auf die er mir bis heute trotz seines Versprechens die Antwort schuldig geblieben ist. Inzwischen sind, seitdem ich ihm diese Frage gestellt hatte, 11 Monate verstrichen, aber seine Antwort ist mir bis heute noch nicht gegeben worden. Nachdem es keinen « Autobahn-Assessor » gibt und ich annehmen muß, daß die betreffenden Arbeiten eher unter die Zuständigkeit des Assessorats für öffentliche Arbeiten anstatt unter die des Assessors Albertini fallen, möchte ich folgende Anfrage an ihn richten: Sie wissen genau Herr Assessor, daß die Autobahngesellschaft die Ausfahrt von Auer weiter nach Süden und zwar nach Vill, also zwischen Auer und Neumarkt, verlegt hat; sie war seinerzeit auf Wunsch der Gemeinde Neumarkt und der Gemeinden des Fleimstales verlegt worden, obwohl die Landesverwaltung sich absolut dagegen ausgesprochen hatte. Letztere hätte ohne weiteres die Ausfahrt dort unten akzeptiert, jedoch ein klein wenig weiter nach Norden und nicht dort, wo sie von der Autobahngesellschaft auf Wunsch der Fleimstaler Gemeinden vorgesehen wurde. Schon im abgelaufenen Jahr hatte ich erklärt, daß diese Ausfahrt für die Provinz einen beträchtlichen finanziellen Schaden mit sich bringen wird. Dies deshalb, weil der ganze Verkehr von der Autobahn über die unzulängliche Straße von Vill nach Montan ins Fleimstal geschleußt wird. Höchstwahrscheinlich wird auch der ganze Verkehr vom Fleimstal zur Autobahn über Montan und Vill hinuntergeleitet, obwohl diese Straße dem gesteigerten Verkehr nicht gewachsen ist. Wie ich schon im vorigen Jahr gesagt habe, sehen wir uns als Landesverwaltung in keiner Weise veranlaßt, diese Straße neu zu bauen, was angesichts des anfallenden zukünftigen Verkehrs unumgän-

glich werden wird. Wir können es absolut nicht tun, nachdem schon von der ANAS eine Straße, dh. die Straße von Auer, Montan nach Kalditsch vollkommen ausgebaut worden ist und zwar gerade im Hinblick auf den Bau der Autobahn. Es wäre daher richtiger gewesen, den Verkehr ins Fleimstal und von dort zur Autobahn über die Straße von Montan hinunter nach Auer zu leiten. Es wird also etwas realisiert, was weder für die Provinz Bozen noch für die Gemeinden des Fleimstales von Nutzen sein wird; letztere hätten den gleichen Nutzen, wenn der Verkehr über die Straße Montan-Auer geleitet würde. Für die Südtiroler Landesverwaltung bedeutet dies aber jedenfalls einen Schaden. Aber es kommt noch etwas dazu, Herr Assessor, und ich habe dies auch bei der letzten Haushaltsdebatte aufgeworfen: Mit der ersten ursprünglich geplanten Lösung mit der Ausfahrt in Auer konnte das Kalterer-See-Gebiet von Tramin aus erreicht werden und zwar mit einer Bahnunterführung, sodaß kein Bahnübergang nötig gewesen wäre. Mit der neuen Lösung ist jedoch nach den letzten mir bekannten Plänen die Verbindung mit dem Kalterer See, mit Kaltern und mit dem Überetsch im allgemeinen sowie mit Tramin durch einen Bahnübergang vorgesehen. Es ist merkwürdig, daß es im zwanzigsten Jahrhundert, in dem auf dem Gebiet des Straßenbaus vom Staat und allen übrigen öffentlichen Körperschaften die Bahnübergänge immer mehr durch Bahnüber- oder -unterführungen ersetzt werden, noch Leute gibt, die behaupten, für die Zufahrt zur Autobahn genüge es vollkommen Bahnübergänge bzw. Bahnschranken vorzusehen. Das wurde seinerzeit von der Autobahngesellschaft nicht etwa mündlich gesagt, sondern in einem Schreiben niedergelegt: Die Zufahrt zur Autobahn, heißt es darin, sei nicht so wichtig, daß unbedingt an die Beseitigung des Bahnüberganges

gedacht werden müsse. Wir haben dies als Landesverwaltung als etwas Unsinniges betrachtet, daß für die Zufahrt zur Autobahn Bahnschranken vorgesehen werden. Wir haben deshalb mehrmals darauf bestanden und den Wunsch geäußert, man möge doch eine Überführung vorsehen, um dadurch den Erfordernissen des modernen Straßenverkehrs besser Rechnung zu tragen. Für den Augenblick interessiert es mich deshalb am meisten zu erfahren, ob die Autobahngesellschaft endlich daran denkt; von diesem Bahnübergang Abstand zu nehmen und anstatt dessen ein Bahnüberführung zu bauen. Ich glaube, Herr Assessor, daß Sie genau wie ich von der Richtigkeit unserer Auffassung überzeugt sind, denn andernfalls würden wir uns später berechtigter Kritik und Vorwürfen aussetzen. Ich wollte anlässlich der heurigen Haushaltsdebatte onchmals hierauf hinweisen und wenn sie mir heute noch keine genaue Antwort geben können, dann werde ich noch etwas zuwarten. Jedenfalls glaube ich, daß es notwendig ist, diesen wunden Punkt endlich einmal zu klären, vor allem im Interesse der ganzen Bevölkerung, die auf der rechten Seite der Etsch lebt: Kalterer See, Überetsch, Tramin usw.

(Posso pregarla, signor Presidente, di chiamare dentro anche l'assessore?)

(Breve pausa).

Egregio signor Presidente! Colleghe e Colleghi! Oggi tratteremo dunque quella parte che nel bilancio della corrente legislatura riguarda i lavori pubblici. Scorrendo i preventivi che concernono, sul bilancio, l'Assessorato ai Lavori Pubblici, devo constatare come negli ultimi quattro anni, compreso quello in corso, nulla di nuovo sia stato intrapreso.

Cominciamo dunque dalla legge regionale

n. 17 dell'1 luglio 1963. Essa venne emanata dal Consiglio regionale allo scopo di finanziare un pluriennale programma concernente l'attuazione di lavori pubblici nelle province di Trento e Bolzano. Si ritenne, allora, che al fabbisogno fissato a suo tempo si potesse sopperire con questa legge regionale. Nel frattempo è emerso però che detto fabbisogno era molto più rilevante, in quanto i Comuni avevano presentato un numero di istanze superiore al previsto. Noi abbiamo perciò, per quanto riguarda l'Alto Adige, un cumulo di istanze inevase, pari cioè ad un'ammontare di circa 20 miliardi di lire, e suppongo che nel Trentino le cose non stiano molto diversamente. Alle suddette istanze vanno aggiunte anche quelle presentate nel gennaio 1968 per cui, considerando dunque l'importo complessivo, si può ben dire che i nostri Comuni hanno sfruttato abbondantemente le possibilità loro offerte. Nello scorso dicembre ciascuna provincia ha quindi ricevuto, per il rifinanziamento della legge n. 17, 50 milioni di lire. Suddividendo ed assegnando quindi questi 50 milioni, ad un contributo in conto interessi del 5% — abbastanza basso direi — si potranno finanziare, al massimo, lavori per 1 miliardo di lire, il che significa in altre parole evadere esattamente il solo 5% delle istanze giacenti; ognuno può ben immaginare cosa ciò significhi! Ora risulta peraltro dal bilancio che la Giunta regionale si propone di rifinanziare anche quest'anno la citata legge n. 17, mediante uno stanziamento di 300 milioni di lire, cioè 150 milioni per ciascuna delle due province. Da questi 300 milioni dovranno purtroppo venire detratti i 100 milioni necessari per il rifinanziamento dello scorso dicembre, il che significa che ne rimarranno solo 200, vale a dire 100 milioni per provincia. Se anche in questo caso concederemo un contributo in conto interessi del 5%, si potranno finanziare lavori per un

massimo di 2 miliardi di lire. Devo però anche far presente che ad alcuni Comuni non potrà essere concesso solo un contributo in conto interessi, poiché in tal caso non sarebbero in grado di effettuare i lavori necessari. In base all'ultimo rifinanziamento ed a quello previsto per quest'anno, si calcola che le possibilità di finanziamento si aggireranno complessivamente sui 2,5 miliardi di lire per l'intera provincia. Ciò significa quindi che con i menzionati 20 miliardi potranno venire prese in considerazione un po' più del 10% delle istanze giacenti.

C'è però ancora qualcosa di grave, a cui avevo peraltro già accennato in occasione dell'ultimo rifinanziamento. Stanziando i 50 milioni di contributi in conto interessi ci si è completamente dimenticati dei Comuni deficitari. Nell'art. 6 della vigente legge regionale n. 17 è previsto che ai Comuni deficitari possano venire erogati anche contributi a fondo perso, fino al 50%, ed inoltre un suppletivo contributo in conto interessi sul rimanente importo. Solo in tal modo infatti i Comuni deficitari, quelli cioè finanziariamente più deboli, potranno essere messi in condizione di effettuare anche lavori di pubblica utilità. Nella prima legge di rifinanziamento del dicembre scorso non si è tenuto in alcun conto questo particolare, si è proceduto cioè come se in Trentino ed in Alto Adige non ci fossero Comuni deficitari. Ho dato un'occhiata al bilancio — e come già detto dianzi — ho constatato che per il rifinanziamento della legge n. 17 sono previsti unicamente questi 300 milioni dei quali, una volta detratti i 100 milioni per il vecchio finanziamento, resteranno 100 milioni per provincia. Com'è che si intende dunque procedere con questi 100 milioni? Dovranno servire esclusivamente per i contributi in conto interessi, oppure si pensa di utilizzarne una parte per i contributi a fondo perso da concedersi ai Comuni deficitari? O in-

tende forse la Giunta regionale mettere a disposizione, per la legge n. 17, un importo supplementare onde poter concedere, oltre ai 100 milioni previsti per contributi in conto interessi, anche dei contributi a fondo perso ai Comuni deficitari? Qualora la Giunta regionale non fosse dell'avviso di erogare anche detti contributi a fondo perso, questo rifinanziamento lascerebbe alquanto a desiderare, appunto perché i Comuni deficitari rimarrebbero esclusi dalle facilitazioni in parola. Desidererei pertanto che il competente assessore mi fornisse una precisa risposta in merito.

Come ho appreso dalla Commissione Finanze e Patrimonio, i 100 milioni di lire sono previsti per contributi in conto interessi. Ma qui sorge appunto il quesito: cosa intende fare la Giunta regionale a favore dei Comuni deficitari?

Ed ecco ora un secondo punto altrettanto importante, quello cioè del rifinanziamento. Già un anno fa, o addirittura due, si disse che la Giunta regionale intenderebbe modificare la legge n. 17. A tal proposito le richieste più pressanti pervengono, mi pare, da parte dei socialisti, i quali affermano infatti che questa legge regionale non è, nell'attuale testo, conforme allo scopo, in quanto, ai sensi della stessa, il denaro è stato assegnato a determinate Associazioni anziché ai Comuni ed inoltre, che ai fini dell'assegnazione sono stati presi in considerazione anche dei Comitati nonché delle Società di interessenza, il che sarebbe assolutamente da evitarsi. Il mio punto di vista io l'ho espresso chiaramente già allora. Secondo me dovrebbero, in base alla legge 17, poter fruire delle facilitazioni non solo i Comuni ma, in determinati casi, anche Consorzi o altri Enti o Istituzioni. Si verificano infatti spesso delle situazioni che i Comuni si trovano nell'impossibilità di fronteggiare, per cui è assolutamente necessario ricor-

rere ai Consorzi. Sappiamo ad esempio che in un Comune con molte frazioni, il quale dichiara di non riuscire da solo a fornire ogni frazione di un acquedotto, è necessario, il più delle volte, creare un Consorzio. Gli abitanti delle frazioni si vedono quindi costretti a provvedere da soli, aiutati forse in parte dal Comune, per avere l'acqua potabile. Vi sono, ad esempio, anche casi in cui un Consorzio è più qualificato di un Comune per realizzare una qualsiasi opera pubblica. Cito, tanto per fare un esempio, i Consorzi-Giardini d'Infanzia, creati e preposti appunto allo scopo, vale a dire alla costruzione, conduzione e protezione dei giardini d'infanzia. Tale esempio dimostra che questa ed altre Associazioni del genere non vanno assolutamente trascurate. Ecco i motivi per cui sono, come già detto, dell'avviso che la modifica di legge non dovrebbe tornar a solo vantaggio dei Comuni.

Da quanto ho sentito, vi sono lavori che pare non possano proprio venir finanziati. Io ritengo, per contro, che qualsiasi lavoro, qualora si tratti di opere pubbliche previste in questa legge, dovrebbe beneficiare del finanziamento. Prego il signor assessore di fornirmi anche a tal riguardo una precisa risposta.

Avrei un'ulteriore preghiera da rivolgere. Sul rifinanziamento della legge 17 venne discusso già l'anno scorso in occasione del dibattito sul bilancio, se non erro in marzo; i fondi furono poi resi disponibili a dicembre.

Prego pertanto la Giunta regionale, e soprattutto il competente assessore, di non trascinarla anche quest'anno tanto per le lunghe con questo rifinanziamento, onde non si verifichi che il denaro venga reso disponibile appena nel tardo autunno o in inverno. I Comuni e gli altri Enti che attendono di veder evase le loro istanze non possono, per motivi facilmente intuibili, attendere ancora troppo a lungo il fi-

nanziamento dei loro progetti edili. D'altronde è ovvio che gli interessati debbono poterne disporre in primavera, al fine di evitare che se ne vada persa un'altra volta la stagione propizia; sappiamo infatti che detti Enti non possono certo dar inizio ai lavori senza un piano di finanziamento.

Vorrei inoltre sapere dal signor assessore se anche la legge regionale n. 3 del 1951 verrà rifinanziata quest'anno, o meno. Come lei stesso sa, signor assessore, questa legge n. 3 è stata assai utile, specie per progetti edili da 3-4-5 milioni di lire, per progetti cioè per i quali non conviene in effetti concedere i contributi in conto interesse previsti dalla legge 17; è utile inoltre, nei casi in cui i Comuni preferiscono di gran lunga ricevere un modesto contributo a fondo perso anziché un congruo contributo in conto interessi. Prego pertanto il competente assessore di dirmi se la Giunta non sarebbe eventualmente propensa a rifinanziare anche la legge regionale n. 3 del 1951.

Ora passo ad un altro tema, che è già stato intavolato 3 o 4 volte anche da me in occasione del dibattito sul bilancio. Lei ovviamente sa pure che nel 1956 è stata emanata la legge regionale n. 19, la quale prevede che le amministrazioni provinciali sovrintendano all'ordinaria manutenzione delle strade comunali, senza peraltro che quest'ultime vengano provincializzate. Poiché tale impegno comporta per dette amministrazioni spese assai rilevanti, l'amministrazione regionale aveva logicamente stabilito di erogare all'uopo un contributo, fissato a suo tempo in ragione di 70.000 lire per km. Questo, ripeto, nel 1956; da allora, però, le spese di manutenzione sono andate via via aumentando in misura alquanto rilevante, senza peraltro che la Giunta regionale abbia considerato necessario adeguare un poco quel contributo spese alle esigenze attuali. A tal riguardo ritengo

quindi giusto far presente che lo Stato eroga per le strade provinciali e la loro ordinaria manutenzione un contributo spese non di 70.000 lire per km., bensì di 300.000 lire. Se l'amministrazione provinciale ha l'impegno di sovrintendere alla manutenzione delle strade comunali, ciò significa che deve anche sobbarcarsi la maggior parte delle spese. Il Comune versa infatti solo un modesto contributo che, a norma della legge 19, oscilla dalle 20.000 alle 100.000 lire. Considerata la non propriamente rosea situazione finanziaria dei Comuni, il contributo ammonta ad una media che va dalle 40 alle 50.000 lire. La Provincia riceve dunque 70.000 lire per chilometro dalla Regione e da 40.000 a 50.000 lire dai Comuni interessati, vale a dire complessivamente da 110.000 a 120.000 lire per km.; al resto deve purtroppo provvedere da sola. A tutto ciò vanno però aggiunte le spese per i cantonieri le quali, inclusive di assegni familiari, assicurazioni sociali etc., ammontano annualmente da 1,5 a 2 milioni di lire per ogni singolo cantoniere; non dimentichiamo inoltre che ad ognuno di detti lavoratori è affidato un tratto di strada che misura dai 5 ai 6 km. per cui, rispetto al complessivo chilometraggio, queste sole spese comportano già di per sé una cifra piuttosto notevole. Se aggiungiamo poi i costi del materiale, cioè catrame; pietrisco, paracarri etc. ed inoltre le spese per il servizio degli spazzaneve, per il cospargimento di sabbia e pietrisco, non è certo difficile farsi un'idea di quanto costi la manutenzione di una di queste strade. Sarebbe quindi quanto mai opportuno rivedere ed aggiornare una buona volta questo contributo regionale, corrisposto appunto in ragione di sole 70.000 lire per km.

Vi è un altro punto sul quale va discusso, e cioè la legge regionale n. 13 del 10 novembre 1965. Con questa legge la Giunta regionale ha appoggiato alcune ottime iniziative per la co-

struzione di strade utili ai Comuni. Vorrei sottolineare che si trattò effettivamente di un buon provvedimento legislativo, in quanto la Regione concesse ai Comuni, suppletivamente al contributo statale, un ulteriore contributo dell'1%, mettendo così i Comuni meno abbienti in condizione di realizzare le opere succennate. Senza volerle elencare tutte, posso dire che si tratta di lavori parecchio importanti. Cito ad esempio la strada del Renon del costo di 260 milioni di lire, la strada Nova Ponente-Monte S. Pietro del costo di 360 milioni, inoltre la strada che conduce a Collepietra, etc.; insomma tutte opere edili di questo genere. L'assessore regionale ha preso ora anche la lodevole iniziativa di stanziare un contributo per un supplementare finanziamento della strada di Monzoccolo; vi è però qualcosa che non quadra, e cioè che sono stanziati in bilancio solo 9 milioni! Se si intende veramente finanziare quel lotto di lavori, per i quali lo Stato ha già erogato un contributo il cui ammontare è perfettamente noto al signor assessore, ebbene in tal caso la Regione, per consentire una sollecita realizzazione di questo lotto di opere edili, avrebbe dovuto stanziare non 9 ma bensì 16 milioni di lire, altrimenti le spese per questi lavori, finanziati appunto anche dallo Stato, resterebbero in parte scoperte. Per quanto riguarda il finanziamento, si tratta dei seguenti contributi: Lotto n. 1, 770 milioni di lire per il tracciato stradale Avelengo-Merano; Lotto n. 2, sempre per il tracciato Merano-Avelengo, 200 milioni di lire, ed inoltre 600 milioni di lire per il primo lotto per il tracciato Bolzano-S. Genesio. Si tratta dunque esattamente di 1 miliardo e 570 milioni di lire.

Prego pertanto il competente assessore regionale di voler urgentemente portare a 16 milioni i 9 milioni già stanziati, affinché si possa dare corso almeno a quel lotto di lavori già finanziati dallo Stato. Al signor assessore la si-

tuazione è altrettanto nota quanto a me, dato che proprio lui ha, tramite la Giunta regionale, incaricato i progettatori di elaborare i progetti per i tracciati Merano-Avelengo, Bolzano-S. Genesio e S. Genesio-Avelengo. Da ciò che ho sentito, l'inizio dei lavori sarebbe assai prossimo. Qualora s'intenda dunque realizzare le opere nel corso della primavera o in estate, dovrebbe poter venire garantito per allora anche il necessario stanziamento.

Vorrei inoltre pregare il signor assessore di mettere a disposizione più fondi anche per la costruzione della strada di Monzoccolo.

Ed ora un ultimo punto per il quale mi rivolgo quest'anno all'assessore per i lavori pubblici, dopo che l'anno scorso mi ero, in merito, rivolto già all'assessore Albertini. Si tratta propriamente dell'autostrada. Dato che anche lei signor assessore, al pari dell'assessore Albertini, è membro del Consiglio d'amministrazione della Società autostradale, sarà certo ampiamente edotto sulla questione relativa allo svincolo autostradale nella Bassa Atesina. In occasione del dibattito sul bilancio, e precisamente nel marzo del 1967, rivolsi, al riguardo, una precisa domanda all'assessore Albertini una domanda della cui risposta egli mi è tuttora debitore sebbene siano trascorsi da allora ben 11 mesi. Visto che non disponiamo di un « Assessore all'Autostrada » e che devo di logica presumere che i lavori autostradali cadano più sotto le competenze dell'Assessorato ai Lavori Pubblici che non sotto quelle dell'assessore Albertini, desidero rivolgerle la seguente domanda. Lei sa, signor assessore, come la Società Autostradale abbia spostato l'uscita da Ora, più al sud, e cioè verso Villa di Egna, quindi fra Ora ed Egna, e ciò su espresso desiderio del Comune di Egna e dei Comuni di Val di Fiemme, malgrado l'amministrazione provinciale si fosse dichiarata assolutamente contraria. Que-

st'ultima avrebbe senz'altro accettato quella uscita qualora l'avessero spostata leggermente a nord, e non dove l'aveva invece progettata la Società Autostradale su desiderio, ripeto, dei Comuni della Val di Fiemme. Già lo scorso anno ebbi a dichiarare che tale svincolo avrebbe comportato per la Provincia un rilevante danno finanziario in quanto tutto il traffico autostradale si sarebbe riversato, attraverso l'insufficiente tracciato Villa di Egna-Montagna, nella Val di Fiemme e viceversa; tutto ciò malgrado suddetta strada sia del tutto inadeguata ad un traffico in costante aumento. Come ho già detto lo scorso anno, noi quale amministrazione provinciale, non ci sentiamo affatto disposti a costruire ex novo la strada in parola, ben consapevoli peraltro che il crescente traffico renderà indispensabile, in futuro, tale provvedimento. Noi, comunque, non possiamo assolutamente farlo in quanto è già stata, dall'ANAS, completamente risistemata la strada che da Ora e Montagna dirige a Doladizza, e ciò proprio in considerazione della costruenda autostrada. Sarebbe quindi stato assai più opportuno dirigere il traffico verso la Val di Fiemme e da lì all'autostrada, e poi, attraverso Montagna, giù ad Ora. Verrà dunque realizzato qualcosa che non tornerà utile né alla provincia di Bolzano né ai Comuni della Val di Fiemme. Per questi ultimi non cambierebbe nulla ai fini dell'utilità anche qualora il traffico venisse incanalato verso la strada Montagna-Ora, mentre per l'amministrazione provinciale ciò comporterà in ogni caso un danno. Ma c'è ancora una cosa da aggiungere, signor assessore, una questione cioè che ho già sollevato durante l'ultimo dibattito sul bilancio. L'uscita autostradale ad Ora, così come programmata in origine, avrebbe consentito di raggiungere, da Termeno, la zona del Lago di Caldaro, e precisamente mediante un sottopassaggio che avrebbe eliminato la necessità di

un passaggio a livello. La nuova soluzione, per quanto risulta dai piani a mia conoscenza, prevede il collegamento con il Lago di Caldaro, Caldaro ed in generale con le zone d'Oltradige, nonché con Termeno, prevede, ripeto, proprio un passaggio a livello. E' veramente singolare che nel XX secolo in cui nel campo della viabilità i passaggi a livello vengono, sia dallo Stato che da tutti gli altri Enti pubblici, sostituiti sempre più da viadotti o sottopassaggi, è singolare ripeto, trovare ancora gente convinta che l'accesso all'autostrada non sia così importante da richiedere la rimozione dei passaggi a livello. Questo è infatti quanto affermato, e non verbalmente ma per iscritto, dalla Società Autostradale. A noi, quale amministrazione provinciale, tale affermazione è suonata come un non-senso per cui abbiamo più volte insistito ed espresso alla Società Autostradale il desiderio di voler, malgrado quel suo convincimento, prevedere nel piano anche un viadotto, in modo da soddisfare meglio alle esigenze del traffico moderno. Al momento mi interessa quindi soprattutto di apprendere se la Società Autostradale sia finalmente entrata nell'ordine di idee di costruire un viadotto anziché un passaggio a livello. Credo signor assessore che pure lei, come me, sia pienamente convinto della giustezza delle nostre vedute; sostenere il contrario sarebbe assurdo e ci assoggetterebbe in un domani a critiche e rimproveri più che giustificati. Desideravo, in occasione del dibattito sul bilancio di quest'anno, accennare ancora una volta alla questione, ma se lei non può darmi oggi una precisa risposta pazienterò ancora un poco. In ogni caso ritengo sia necessario chiarire una buona volta questo dolente punto, nell'interesse soprattutto di coloro che vivono sulla sponda destra dell'Adige: Lago di Caldaro, Oltradige, Termeno etc.)

PRESIDENTE: La parola al consigliere Salvadori.

SALVADORI (D.C.): Molto brevemente, signor Presidente, per dire che, trascurando di entrare nel merito della questione relativa al problema autostradale sollevata adesso dal collega dott. Dalsass, vorrei dirmi sostanzialmente con lui d'accordo per quanto si riferisce nel suo intervento alle leggi regionali dei lavori pubblici, che prevedono stanziamenti a favore delle opere da realizzarsi da parte dei comuni e degli enti. Vorrei per brevità e per economia di tempo, nello svolgimento dei nostri lavori, non toccare il problema della nuova legge sui lavori pubblici, intanto perché in questo momento non lo discutiamo e poi anche perché non ne conosciamo il testo. Abbiamo avuto qualche indiscrezione, abbiamo saputo che qualcuno tenderebbe a limitare di qua e di là, col nuovo provvedimento, le possibilità offerte dall'attuale legislazione. Vediamo se questo sarà vero quando saremo in presenza di un completo disegno di legge, sul quale ci riserviamo poi naturalmente di esprimere il nostro parere. E quindi soltanto per questa ragione non vorrei addentrarmi nel merito di questa questione. Per quanto riguarda invece le disponibilità finanziarie attualmente messeci a disposizione dalla legge n. 3 e dalla legge n. 17 e per quello che concerne il rapporto fra il volume delle opere che potrà essere finanziato e le disponibilità appunto offerte dalla legge stessa, mi dichiaro d'accordo con quanto dichiarato dal dott. Dalsass, perché mi pare che siamo arrivati ad avere pressoché quote pari di domande giacenti presso i rispettivi assessorati provinciali. Non era mai accaduto in passato, in tutti questi anni, che la provincia di Bolzano avesse giacente un volume di richieste pari a quello della provincia

di Trento. Invece ho sentito parlare qui della somma di 20 miliardi di lire al 31 gennaio: è la somma che, 100 milioni più, 100 milioni meno, abbiamo giacente anche presso l'assessorato provinciale di Trento. Ora i conti sono conti: il dott. Dalsass ha ricordato che con 150 milioni disponibili ad una media del 5% di contributo concesso — non è una media elevata, lo riconosco anche — si potranno finanziare lavori per 3 miliardi di lire. E 3 miliardi di lire di lavori contro 20 miliardi di domande, sempre parlando per provincia, quindi 6 miliardi di lire di lavori contro 40 miliardi di domande complessive, accumulate presso i due assessorati, non sono certamente grande cosa. Ritengo che forse soltanto il settore dei bacini montani abbia una situazione di spareggio così notevole — anzi quella è anche maggiore — ma una situazione di spareggio così notevole fra le effettive disponibilità e possibilità di lavoro, in rapporto alle domande evidenti presso l'assessorato regionale per i bacini montani e rispettivamente agli assessorati provinciali dei lavori pubblici, per le opere dei comuni e degli enti. Ora bisognerà cercare di fare qualche cosa. Io mi rendo conto che il chiedere è facile e il reperire i fondi nel bilancio è cosa più difficile. E da questo punto di vista, ritenendo che la Giunta non abbia tanto facilmente la possibilità di modificare le somme che ha già presentato con questo stato di previsione, vorrei non insistere, come ha fatto il cons. dott. Dalsass, su quell'aspetto della legge 17, che attraverso il meccanismo dell'art. 6 consentiva di mettere a disposizione dei comuni aventi bilancio deficitario un contributo in conto capitale fino alla misura massima del 50%, oltre che il contributo in quota costante, fino al 7½% sulla parte rimanente, per 15 anni, perché quello rappresenta un immobilizzo piuttosto notevole, immobilizzo che ci viene poi quasi a paralizzare nei

finanziamenti previsti dal normale meccanismo della 17 per tutti i comuni. Certamente quando la legge 17 è stata presentata — ed ebbi io l'onore proprio in quest'aula di presentare la legge 17 — si prevede di venire incontro ai comuni con bilancio deficitario e non assistiti da altre provvidenze, per metterli nelle condizioni di poter eseguire lavori pubblici, con la copertura pressoché totale delle necessità attraverso il meccanismo dell'art. 6, come integrazione della disposizione generale della legge. Orbene, abbiamo però visto che se questo articolo rappresentava e rappresenta sicuramente una notevole comodità a favore dei comuni a bilancio deficitario, tuttavia può rappresentare non in assoluto una necessità, nel senso che piuttosto che vedere limitata la possibilità degli interventi come numero in molti comuni che manifestano le medesime necessità, è preferibile ampliare l'intervento dei comuni e non ridurlo, rinunciando al doppio intervento consentito dall'articolo 6 e regolandosi naturalmente con il meccanismo normale della legge che consente di arrivare alla concessione fino al 7,50% in quota costante. Se consideriamo che buona parte dei nostri comuni, in misura maggiore o minore, è anche assistita dall'intervento dei bacini imbriferi montani e in tutti i casi se consideriamo la concessione di un 7,50% in quota costante, noi vediamo che non soltanto si consente al comune di vedere pagato completamente l'interesse passivo per l'onere che va ad assumere, ma anche una parte del capitale. Che se poi si considera che la quota restante a carico del comune deve essere ammortizzata nel corso di 15 anni, badate, signori, che tutto sommato diventa una cosa ragionevole e sopportabile. Piuttosto io pregherei la Giunta di voler esaminare la possibilità di venire incontro sul problema delle garanzie, per quei comuni che non fossero in grado di fornirle. Forse questo

sarà un problema non tanto facile da risolvere, perché già l'altra volta, avendo inserito quel tale fondo in bilancio, poi si trovò difficoltà di applicazione. Penso però che varrebbe la pena di fare un ulteriore sforzo. Se si potesse offrire ai comuni la possibilità di essere garantiti, senza far ricorso a delegazioni che più non hanno, presso gli istituti di credito cui vanno ad attingere il mutuo ed assisterli con la concessione del 7,50%, io ritengo che una gran parte delle opere pubbliche che giacciono allo stato di domanda presso i nostri assessorati potrebbe essere senz'altro evaso. Bene se si possono trovare fondi per rifinanziare anche l'art. 6, che pure ha una sua validità, ma se questo non può essere fatto o se questo dovesse venir fatto a detrimento di un più robusto rifinanziamento della legge 17 in generale, io sarei per cedere sull'art. 6 e per potenziare, per irrobustire la disponibilità generale.

Per quanto riguarda la legge 3 io sono anche d'accordo col collega dott. Dalsass: se si potesse disporre di un piccolo rifinanziamento della legge 3, anche di un finanziamento modesto di qualche 30-40 milioni di lire per provincia, soltanto per poter venire incontro a enti, a istituti di modesta entità, questo consentirebbe un atto di presenza della Regione, credo molto apprezzato e molto utile. In tutti i casi il cardine resterà però la legge 17 e raccomanderei di volerla considerare in quel senso, anche per quanto riguarda il rifinanziamento, cioè aumentando lo stanziamento, la dotazione finanziaria.

Per quanto riguarda le leggi sulla viabilità, che sono state ricordate dal dott. Dalsass, io vorrei anche dichiararmi d'accordo con lui. Lo spareggio di interventi fra le 70 mila per km. della Provincia e le 300 mila lire per km. dello Stato, il quale Stato, lo sappiamo bene, non è molto prodigo quando interviene nei con-

fronti degli enti locali, mette in evidenza l'insufficienza dell'intervento. Del resto, se pensiamo a quando è stata fatta la legge è alla svalutazione della moneta che nel frattempo abbiamo avuta, sembrerà a tutti chiaro come qualche cosa si sarebbe potuto fare. Anche perché una volta che le Province si sono assunte in carico le spese di manutenzione sulla legge 19 di molte strade comunali, alle strade comunali le Province poi devono provvedere. Quando una strada comunale è comunale, che sia buona o meno buona, i censiti non ne fanno una tragedia, perché sanno che i comuni hanno condizioni di bilancio generalmente disperate. Ma una volta che per ragioni ovvie le Province fossero entrate nell'ordine di idee di dover assumere un certo numero di strade, o provincializzandole o assumendo l'incarico di manutenzione sulla legge 19, allora state sicuri, signori, che da parte dei comuni, dei censiti, di tutti quanti, immediatamente si pretende. Perché tutti pensano che le Province come hanno fatto bene, benissimo qui, debbano fare subito bene, benissimo anche lì, e pensare anche che le Province, avendo bilanci notevoli e avendo per di più gli aiuti della Regione, abbiano il pozzo senza fondo di S. Patrizio e che pertanto, disponendo anche dei relativi mezzi finanziari, sono in grado di provvedere immediatamente. E noi ci troviamo a subire pressioni continue da parte delle comunità, degli enti, dei singoli cittadini, per cui non si sa più come fare, a un certo momento, a venire fuori in maniera quanto meno decorosa. A questo punto ci si potrebbe anche obiettare che talune strade le Province avrebbero potuto non provincializzarle o non assumersi l'incarico ai sensi della legge n. 19, e che se le Province hanno voluto fare il passo più lungo delle loro gambe, provvedano a pagare le spese relative. Ma se si volesse sostenere una questione di questo genere, bisogne-

rebbe completare il discorso, ricordando che a un certo momento era intervenuto un determinato accordo tra le Province e lo Stato, per cui lo Stato, avendo riconosciuto come statizzabili, perché aventi i requisiti, talune strade provinciali, si era impegnato a scaricare le Province da un certo numero di km. di strade e pertanto le Province, restando così libere da quegli impegni, avrebbero potuto provvedere ad assumersi a loro volta le strade comunali, che i comuni non sarebbero più stati in grado altrimenti di mantenersi. Orbene, che cos'è successo? Che le Province hanno velocemente bruciato le tappe, perché della viabilità c'era bisogno, e lo Stato è rimasto a guardare. E' rimasto a guardare, perché, con l'attuale legislazione dell'ANAS, se lo Stato dovesse assumersi talune strade — ricordo la valle di Cembra, tanto per ricordarne per esempio una — oltretutto non avrebbe nemmeno il personale per provvedere poi alla ordinaria manutenzione, perché la legge dell'ANAS consente allo Stato di assumersi la strada, ma non il personale che c'è su quella strada. L'ANAS poi è bloccata con i propri quadri che non può aumentare e quindi obiettivamente si trova essa stessa anche in difficoltà. Però le difficoltà dell'ANAS non vengono a diminuire o ad eliminare le difficoltà delle Province, che nel frattempo si sono assunte le strade dei comuni, in attesa di quella contropartita, e con la garanzia che lo Stato avrebbe dato quella contropartita. Orbene, la Provincia di Trento in questo momento ha in carico circa 1400-1500 km. di strade fra le proprie e quelle in manutenzione. Una strada lunga come da Trento fino a Palermo o forse fino a Stoccolma. Immaginatevi con i bilanci nostri ordinari cosa possiamo fare. Quindi sarebbe opportuno che, tenendo conto di questa situazione generale, la Regione volesse intervenire. Intanto bisognerebbe accertare che cosa in definitiva verrà fuori dei program-

mi economici che abbiamo presentato per questo triennio, perché lì dentro abbiamo dato anche tutte le indicazioni delle strade che lo Stato dovrebbe mettere a posto — intendo parlare delle strade dell'ANAS, oltre che delle nostre — e se lo Stato realmente intenderà far sul serio nel campo della viabilità, forse con pochi aggiornamenti della nostra legislazione noi verremo avanti, altrimenti non c'è nessun dubbio che si deve porre mano a un qualche aggiornamento della nostra legislazione, perché non possiamo obiettivamente lasciare talune strade così come si trovano. Vorrei ancora ricordare, per esempio, la strada della valle di Cembra. Immaginatevi una valle depressa e disperata come quella, con una viabilità come quella! Lì occorrerebbero miliardi, onere che i nostri bilanci non possono sopportare. Occorrerà allora che la Regione, essendo titolare del tema della viabilità, venga incontro alle Province con una specie di « legge Tupini » regionale o in qualche altro modo — potremo anche in collaborazione studiare questa possibilità — affinché le Province possano, sia pure con la assunzione di mutui e così via, metter mano. Non possiamo più lasciare, nel 1968, lo stato di talune strade in quelle condizioni, perché non sarà assolutamente possibile migliorare le condizioni di quella gente, se non si mette seriamente mano alla loro viabilità. Io vorrei appunto concludere, raccomandando al signor assessore di voler intervenire presso l'ANAS, essendo egli membro del consiglio di amministrazione dell'ANAS, per accertare che cosa realmente si ritiene che in questo triennio potrà essere fatto e altrimenti dircelo, perché si possa vedere, in collaborazione fra Regione e Provincia, che cosa si possa, a nostra volta, fare. Ma bisogna certamente che in questo campo ci aggiorniamo.

Quindi, tutto sommato, anche nel corso di que-

sta legislatura, il nostro discorso sul bilancio dei lavori pubblici si è limitato ad esaminare le leggi n. 3 e 17 e nella fattispecie le leggi che consentono interventi a favore delle opere pubbliche dei comuni, salvo quegli aiuti alla « Tupini » per le opere, che sono state stamane ricordate dall'assessore Dalsass, in alcuni comuni di montagna, per quelle strade che altrimenti i comuni da soli, anche con quel contributo dello Stato, non avrebbero potuto realizzare. E forse a questo proposito varrebbe la pena di esaminare la possibilità di un provvedimento sul piano generale, che consenta ai comuni e anche alle Province di poter beneficiare di un aiuto di questo genere, perché allora forse potremmo avere una maggiore capacità di intervento. Devo dire che quello che è stato fatto, è stato fatto con estrema serietà; non c'è nessuno che metta in dubbio, per esempio, che la viabilità delle Province è migliore della viabilità dello Stato, nel nostro territorio. Quindi certamente si è fatto con molta serietà, e certamente si è fatto con molto sacrificio, ricorrendo a notevoli mutui per la realizzazione di queste opere. Debbo dire che provvidenziale è stata a proposito la legge 181, che ha consentito alle Province di avere notevoli aiuti finanziari da parte dello Stato, senza dei quali le Province non avrebbero potuto realizzare quella splendida viabilità di cui esse dispongono. Vedere, per esempio, che cosa anche in questo campo lo Stato intenda fare. Da parte di quasi tutte le Province d'Italia abbiamo visto la assunzione di delibere, la presentazione di ordini del giorno, perché questa legge venga rifinanziata. Forse il signor assessore ha qualche notizia in proposito, forse ci sa dire qualche cosa e forse non c'è ancora niente di maturo al Ministero dei lavori pubblici per una nuova legislazione o quanto meno per un rifinanziamento di quella legislazione in questo campo.

Io la ringrazio, signor assessore, per le risposte che potrà eventualmente darmi e che vorrà darmi: e sapendo che molti degli elementi necessari per poter rispondere alle domande che sono state qui poste non sono a sua disposizione in questo momento, anche per le risposte che vorrà dare in futuro, dopo che tali elementi ella avrà potuto acquisire nelle sedi romane competenti.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Spöegler.

SPÖGLER (S.V.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich erlaube mir ganz kurz zum Kap. 1390 Stellung zu nehmen. Dasselbe sieht Honorare an freiberufliche Techniker vor, die seitens öffentlicher Körperschaften mit der Ausarbeitung von Projekten beauftragt werden. Diese Ausgaben erscheinen mir insofern als außerordentlich nützlich, weil dadurch besonders den defizitären Gemeinden eine Last abgenommen wird, die sie sonst zu tragen nicht in der Lage wären. Im Zusammenhang damit möchte ich den Herrn Assessor fragen, ob es auf Grund dieses Kapitels nicht möglich wäre, auch die Projektierungsspesen von Straßen zu tragen, die auf Grund des Grünen Planes oder des Berggesetzes finanziert werden. Mit anderen Worten gesagt möchte ich gerne wissen, ob durch dieses Bilanzkapitel nicht auch Güterwege von größerer Bedeutung finanziert werden könnten. Wir wissen, Herr Assessor, daß diese Güterwege häufig mehr sind als das, was darunter im üblichen Sinne verstanden wird, da sie in vielen Fällen Verbindungswege nicht nur zwischen einer Gruppe von Höfen, sondern auch zwischen dem Gemeindehauptort und den Fraktionen darstellen, weshalb sie nicht nur von wenigen Bauern, sondern prak-

tisch von allen benützt werden, dh. nicht nur von den Mitgliedern einer Interessentschaft oder eines Konsortiums. Da die Gemeinden, Konsortien oder Interessentschaften in vielen Fällen nicht in der Lage sind, für die Projektierungsspesen aufzukommen, ist dabei zum Beispiel der Bauernbund behilflich. In einigen anderen Fällen sind auch die Landesassessorate für Landwirtschaft in der Lage, Projekte gratis durch eigene Techniker zu erstellen. Es ist nun einmal so, daß diese Körperschaften wie z.B. Bauernbund oder das Landesassessorat für Landwirtschaft nur sehr wenig Techniker zur Verfügung haben und deshalb nicht mehr solcher Projekte erstellen können. Demgegenüber beschwerten sich aber die Freiberufler teils zu Recht, wenn diese Projekte in größerem Ausmaße von öffentlichen Stellen ausgearbeitet werden. Wenn nun auf Grund dieses Kapitels auch die Möglichkeit bestünde — was ja nach dem Wortlaut des Kapitels angenommen werden darf — dann könnten freiberufliche Techniker mit der Ausarbeitung von Projekten zur Erstellung von Güterwegen im Allgemeininteresse beauftragt werden und der Sache wäre ein Dienst erwiesen.

Vor einigen Wochen hat der Regionalausschuß beschlossen, einen Betrag von 4 Millionen Lire bereitzustellen, damit das Aktionskomitee für die Regelung der Verkehrswege zwischen Bozen und Reschen die Neutrassierung der Schnellverbindung zwischen Bozen und Meran prüfen lassen kann. Ich möchte in diesem Zusammenhang dem Regionalausschuß danken, daß er diesen Betrag zur Verfügung gestellt hat und ihn gleichzeitig ersuchen, einen zusätzlichen Beitrag einzuplanen, wenn dies zur Fertigstellung der Untersuchungsarbeiten notwendig werden sollte. Das genannte Komitee wird in den nächsten Tagen einen oder zwei Techniker mit dem Trassenstudium beauftra-

gen. Es handelt sich in erster Linie darum, festzustellen, wo am besten die Anschlußstelle der Schnellstraße Bozen-Meran an die Brennerautobahn zu liegen hätte. Es wäre dann zweitens zu unternehmen, inwieweit der Etschdamm zwischen Bozen und Meran benutzt werden kann, um, so weit wie irgend möglich, den sehr wertvollen Kulturgrund in dieser Gegend zu schonen. Drittens müßten die notwendigen Ein- und Ausfahrten zwischen Bozen und Meran festgelegt werden.

In diesem Zusammenhang möchte ich besonders den Präsidenten des Regionalausschusses und den zuständigen Assessor daran erinnern, daß vor ganz kurzer Zeit im Parlament ein Gesetzentwurf eingereicht worden ist, der einen Betrag von 350 Milliarden Lire zur Refinanzierung des Gesetzes Nr. 729 vom 24.7.1961, Art. 13, vorsieht. Es ist diesbezüglich sehr interessant festzustellen, daß sich verschiedene Vertreter der Provinz Bozen und vor allem verschiedene Parlamentarier der Provinz Bozen im Auftrag des Aktionskomitees häufig darum bemüht haben in Rom zu eruieren, ob diese Refinanzierung in Kürze erfolgen wird. Wie wir hier schon einige Male festgestellt haben, ist auf diese Frage von den zuständigen Römer Stellen immer eine negative oder im besten Fall eine ausweichende Antwort gegeben worden. Trotzdem wurde aber in den letzten Tagen ein entsprechender Gesetzentwurf im Parlament eingereicht. Wahrscheinlich wird dieser Gesetzentwurf aber in dieser Legislaturperiode nicht mehr zur Behandlung kommen, weil — wie wir alle wissen —, diese Legislaturperiode zu Ende geht. Der Gesetzentwurf zur Refinanzierung des Art. 13 von Gesetz 729 sieht jedenfalls die genannte Summe von nicht weniger als 350 Milliarden Lire vor. Art. 1 dieses Gesetzes sieht 36 Milliarden Lire für die Fertigstellung

bereits begonnener Bauten, Straßen etc. vor. In der Hauptsache handelt es sich um Autobahn-Anschlußstraßen. Der Restbetrag von 314 Milliarden Lire ist für den Bau von großen Verkehrswegen vorgesehen. Wie man sieht, wären also 314 Milliarden Lire zur Verfügung für den Bau großer Verkehrswege.

Leider steht auch dieser Gesetzentwurf so wie viele andere nationale Gesetzentwürfe vor, daß wenigstens 40% der Geldmittel für den Süden und für die Inseln zu reservieren sind. Es darf vielleicht einmal auch an dieser Stelle festgestellt werden, wie merkwürdig es ist, daß zuerst im Süden große Verkehrswege finanziert und schöne Straßen gebaut werden, die aber eine sehr geringe Verkehrsdichte aufzuweisen haben und wirtschaftlich gesehen von nicht allzu großer Bedeutung sind, während für internationale Verkehrswege und Einfallstraßen sehr wenig ausgegeben wird und dieselben demnach nicht ihrer Bedeutung entsprechend berücksichtigt werden, trotzdem über dieselben der große internationale Waren- und Fremdenverkehr abgewickelt wird, der ja Italien Milliarden einbringt. Diese wirklich unrationelle Aufwendung öffentlicher Mittel für den Straßenbau erscheint mir nicht nur merkwürdig, sondern zugleich auch tragisch. Vielleicht kann diese Art des Vorgehens mit der eines Menschen verglichen werden, der viel für Fußpflege ausgibt, aber nichts oder wenig für seine allgemeine Gesundheit tut.

Nachdem nun dieser Gesetzentwurf im Parlament vorliegt und auch nicht ausgeschlossen werden kann, daß er doch noch in dieser Legislaturperiode zur Behandlung kommt, möchte ich den Regionalausschuß ersuchen, bei den zuständigen Stellen in Rom entsprechend vorstellig zu werden. Auch wenn wahrscheinlich wegen der Refinanzierung des Gesetzes dieses Mal nicht viel zu erhoffen sein wird, sollte

jetzt dennoch alles unternommen werden, damit uns niemand einmal den Vorwurf machen kann, nicht rechtzeitig an der richtigen Stelle interveniert zu haben.

(Signor Presidente Signore e Signori. Mi permetto di prendere brevemente posizione in merito al capitolo 1390, concernente gli onorari dei liberi professionisti del settore tecnico, incaricati di elaborare dei progetti per conto di enti pubblici. Queste spese sono a mio avviso di una straordinaria utilità, in quanto tolgono ai Comuni deficitari un onere a cui non riuscirebbero far fronte. A tal proposito vorrei chiedere al signor assessore se non sia possibile imputare al capitolo in parola pure le spese di progettazione di quelle strade finanziate in base al piano verde ed in base alla legge sull'economia montana. In altre parole vorrei sapere, se con tale capitolo del bilancio non sarebbe possibile finanziare pure le strade interpoderali di una certa importanza. Sappiamo inoltre, signor assessore, che queste strade interpoderali sono assai più importanti di quanto s'intenda comunemente sotto tale termine, in quanto servono in numerosi casi, non solo quali arterie di comunicazione fra un gruppo di masi, bensì anche fra le frazioni ed il capoluogo del Comune, per cui non vengono utilizzate soltanto da pochi contadini, ma praticamente da tutti; in altre parole non vengono utilizzate dai soli membri dei consorzi od altre cooperative. Poiché in molti casi i Comuni, consorzi o cooperative non sono in grado di sostenere le spese di progettazione, le stesse vengono in parte sostenute ad esempio dalla Unione Agricoltori. In alcuni altri casi invece tali progetti vengono elaborati gratuitamente a cura di alcuni tecnici degli assessorati provinciali all'agricoltura. Purtroppo detti Enti, quali ad esempio l'Unione Agricoltori o l'assessorato provinciale alla agricoltura,

dispongono di un limitato numero di personale tecnico e non possono perciò elaborare più di un certo numero di progetti. D'altronde i liberi professionisti si ribellerebbero, in parte con ragione, qualora gli Enti pubblici prestassero la loro assistenza tecnica in più ampia misura. Se dunque in base a questo capitolo sussistesse suddetta possibilità, cosa che il testo del capitolo lascerebbe presumere, si potrebbero, nell'interesse generale, incaricare dei liberi professionisti ad elaborare progetti per la realizzazione di strade interpoderali, la qual cosa peraltro gioverebbe senz'altro alla questione.

Alcune settimane or sono la Giunta regionale ha deciso di erogare un importo di 4 milioni di lire a favore del comitato di azione preposto alla regolazione delle arterie stradali tra Bolzano e Resia, affinché detto comitato possa far esaminare il nuovo tracciato della superstrada che dovrebbe collegare Bolzano e Merano. Vorrei ringraziare a tal proposito la Giunta regionale per questa sua iniziativa, pregandola di provvedere, qualora fosse necessario, ad uno stanziamento supplementare. Nei prossimi giorni il Comitato in parola incaricherà uno o due tecnici di esaminare il tracciato di cui sopra. In primo luogo si tratterebbe di scegliere il punto più adatto per allacciare la superstrada Bolzano-Merano alla autostrada del Brennero, ed in secondo luogo verificare fino a qual punto si potrebbe eventualmente utilizzare l'argine dell'Adige fra Bolzano e Merano, onde risparmiare, il più possibile, le pregevoli colture di questa zona; ed infine stabilire in quali località fra Bolzano e Merano dovrebbero venir posti gli svincoli.

A tal proposito vorrei fare presente, soprattutto al signor Presidente della Giunta nonché al competente assessore, che in Parlamento poco tempo fa è stato presentato un disegno di legge concernente il rifinanziamento della leg-

ge 24.7.1961 n. 729 art. 13, che prevede un importo di 350 miliardi di lire. E' molto interessante constatare che diversi rappresentanti e parlamentari della Provincia di Bolzano sono intervenuti più volte in sede romana, su incarico del Comitato d'azione, per appurare se detto rifinanziamento sia imminente. La risposta da parte degli organi competenti di Roma è sempre stata, come abbiamo potuto apprendere, negativa o nel migliore dei casi evasiva, ma ciò nonostante in questi ultimi giorni, ripeto, è stato presentato in Parlamento un relativo disegno di legge. Esso probabilmente non verrà trattato nella presente legislatura, che — come tutti sappiamo — sta per concludersi. Comunque il disegno di legge concernente il rifinanziamento dell'art. 13 della legge 729, prevede, ripeto, un importo non inferiore ai 350 miliardi. In base all'art. 1 della legge in parola, 36 miliardi sarebbero riservati all'approntamento delle opere, quali strade ecc. già in fase di costruzione. Per la maggior parte trattasi di strade di allacciamento alla rete autostradale. Il rimanente importo di 314 miliardi sarebbe previsto per la costruzione di grandi arterie stradali.

Purtroppo come è avvenuto in altri casi del genere, almeno il 40% dei fondi previsti da questo disegno di legge verrebbero stanziati a favore del meridione e delle isole. Mi si consenta in merito anche la constatazione di quanto mi appaia singolare il fatto che nel meridione, dove l'intensità del traffico è piuttosto modesta, si finanzino grandi arterie di comunicazione, tanto più che ciò non interessa molto la economia del Paese; per contro si spende troppo poco per le arterie internazionali e le relative strade di accesso, non tenendo conto perciò quale importanza esse costituiscano per il traffico turistico ed i trasporti internazionali, i quali, come si sa, fruttano all'Italia miliardi di lire. Questo irrazionale impiego dei mezzi pubblici

nel settore della viabilità non mi sembra soltanto singolare ma anche tragico. Tale atteggiamento si potrebbe forse paragonare a quello di una persona che spende molti quattrini per curarsi i calli trascurando il suo generale stato di salute.

Vorrei dunque pregare la Giunta regionale di interessarsi in merito presso gli organi competenti di Roma, poiché non è escluso che il disegno di legge in parola, presentato, come detto, in Parlamento, possa venir discusso ancora nella presente legislatura. Non facciamoci comunque illusioni, in quanto ben poco potremo aspettarci da questo provvedimento legislativo, ma ciò nonostante dovremmo intraprendere ogni passo possibile, onde evitare che in futuro non ci si possa muovere il rimprovero di non essere intervenuti in tempo utile presso gli organi competenti.)

PRESIDENTE: La parola all'assessore.

PASQUALIN (assessore suppl. lavori pubblici e credito - D.C.): Signori colleghi, rispondo brevemente innanzi tutto per il settore del credito al collega Kapfinger, il quale denunciava come non fosse stata concessa l'autorizzazione ad aprire uno sportello alla cassa rurale di Maia Avelengo. Come è noto la Giunta regionale due anni fa, ancora nel febbraio, aveva negato questa apertura, questa autorizzazione ad esercitare il credito, per ragioni di carattere generale, oltre che particolare: cioè è sembrato che la situazione congiunturale non consentisse un ulteriore appesantimento alle spese, che sono già notevoli, del costo del denaro. Non è evidentemente una parzialità che abbiamo fatto, proprio perché nell'anno scorso in definitiva sono state aperte soltanto tre sportelli in tutta la regione, due di casse rurali e uno di

istituto di credito. Perché la politica degli sportelli deve vedersi evidentemente in chiave generale, e i costi del denaro sono veramente proibitivi. Aprire uno sportello anche in una zona diversa, non significa soltanto concorrenza con gli istituti di credito, ma significa appesantire la situazione, come ho detto, di tutta la regione. D'altronde, il governatore della Banca d'Italia, ancora due anni fa, aveva emanato una disposizione — peraltro non vincolante per la regione, per quanto riguarda le nostre competenze, ma è sempre un parere eminentemente tecnico — perché limitatissimo nel maggior modo possibile le autorizzazioni dell'apertura di sportelli, proprio perché si voleva evitare che ci fosse un eccessivo numero di istituti di credito operanti nella nostra regione; ricordo solo, a titolo di esempio, che la nostra regione è la prima in campo nazionale per il numero di sportelli. Ora mi pare che questo sia abbastanza indicativo per dire che seguiamo una politica sì di restrizione, ma non così a scopo particolare, ma piuttosto per una visione generale di tutta la situazione. Ora la cassa rurale ha presentato negli ultimi giorni, nel mese di febbraio, una nuova richiesta. Potrei dire anche questo: che la situazione non è più quella di allora, e quindi si potrebbe anche rivedere, in armonia con la Banca d'Italia, si potrebbe rivedere la situazione, cercando una posizione che non sia di assoluta concorrenza ad altri istituti di credito. Considerando che la zona di Merano è in espansione, ripeto, io non ho alcuna difficoltà, dopo una certa presa di contatto per evitare delle difficoltà, a riesaminare la pratica. Questo lo dico con tutta tranquillità, perché mi pareva che l'avesse chiesto esplicitamente.

Per il settore dei lavori pubblici, mi pare di poter fare alcune considerazioni. L'assessore Dalsass dice che in definitiva, in questa legi-

slatura non si è visto nulla di nuovo per quanto riguarda questo settore. Mi pare di poter rispondere, prima di entrare nel merito delle leggi, che se nulla di nuovo significa non distribuire i contributi in modo eccessivo, perché purtroppo le esigenze del settore sono quelle che sono e dobbiamo fare i conti con il bilancio già appesantito, sono d'accordo. Però non sono d'accordo se invece significa che l'assessorato non abbia adempiuto alle funzioni che gli sono proprie, di attività ordinaria: i comitati tecnici, assestamento del patrimonio regionale, conclusione di lavori che inevitabilmente continuano a premere sull'assessorato, siano le terme di Vetriolo, sia la Piccola Opera, cioè tutte le proprietà della regione che in qualche modo bisogna pur mantenere e che creano evidentemente un appesantimento anche di lavori. Ora mi pare che il grosso impegno che noi abbiamo avuto, sia stato quello relativo alle alluvioni, e abbiamo cercato di attuare un certo programma con la maggior sollecitudine possibile. Pensiamo che soltanto nell'aprile-maggio si è potuto amministrare la legge n. 1142 sul settore delle alluvioni e fino a questo momento possiamo dire di aver impegnato, a favore dei comuni e delle Giunte provinciali, una somma di oltre 5 miliardi; 5 miliardi spesi di ripristini, in alcuni mesi, è una notevole cifra e indica anche quello che è stato l'impegno. Devo però far rilevare ancora una volta, anche da questa sede, che i fondi a disposizione, per quanto riguarda i ripristini del '66, non sono sufficienti. Io mi sono permesso più volte di richiamare l'attenzione del Ministro su questo fatto; ci son state date autorevoli assicurazioni, perché ci era stato detto che i lavori sarebbero stati ripristinati completamente. Abbiamo una carenza di oltre 7 miliardi su questo settore. Personalmente mi sono interessato più volte, sollecitando anche la deputazione della Regione,

perché intervenisse presso il Ministro o presso il Presidente del Consiglio dei Ministri, perché mantenessero certe assicurazioni che avevano date e sulle quali i comuni han fatto un certo affidamento. Fino a questo momento — ho letto ieri dal giornale che è stata riapprovata una legge di ripristini, riservata peraltro soltanto alle alluvioni che si sono verificate negli Abruzzi e nel Molise — fino a questo momento non ci è stato dato affidamento. Io desidero proprio riconfermare in questa sede che c'è assolutamente bisogno che questi 7 miliardi vengano assegnati, se vogliamo mantenere fede alle promesse che abbiamo fatto in seguito a precise assicurazioni, date non in privato, ma in incontri con tutti gli amministratori pubblici. Ora questo è l'impegno più pesante che noi dovremo svolgere ancora durante quest'anno e probabilmente per gli anni futuri. Mi pare quindi che, oltre a svolgere l'attività ordinaria, l'assessorato si sia mosso verso alcune direzioni abbastanza interessanti, anche se, ripeto, non si tratta di una erogazione di contributi. Infatti è dal luglio che è stata costituita una *equipe* di geologi per quanto riguarda ad esempio l'inventario delle risorse idriche regionali; gruppi di geologi che stanno lavorando attivamente, perché, come ho avuto occasione di dire in commissione, dopo le alluvioni, tra le altre cose ci si è accorti di una certa carenza di acqua potabile. Quindi la necessità di fare una vera e propria pianta delle sorgenti di acqua potabile, in vista anche di una certa programmazione, per consentire ai comuni, agli enti locali di risparmiare, ad esempio, nella costruzione di nuovi acquedotti, senza dover ricercare le acque molto lontano. E posso dire anche di aver avuto l'adesione in campo nazionale, perché la nostra regione è fra le prime che svolge un lavoro di questo genere e con questa cura.

Avevo detto nel bilancio dell'anno scorso

che ci saremmo impegnati a fare una rilevazione del fabbisogno generale delle opere pubbliche. Posso dire che quest'anno è stata portata a termine la rilevazione generale, che ha portato a cifre notevolissime, perché si parla di 130 miliardi per poter risanare la situazione delle opere pubbliche; evidentemente 130 miliardi che non potranno né reperirsi oggi, né immediatamente nei prossimi anni, ma almeno abbiamo un dato di fatto che ci dice che cosa dovremmo avere per poter completare un piano di risanamento di tutta la nostra regione su questo settore. In questi mesi inoltre è stato completato il piano delle fognature, che era stato richiesto durante lo scorso anno; piano delle fognature che si quantifica su certe cifre e quindi troviamo che per una soluzione buona nella nostra regione, ci sarebbe l'esigenza di spendere circa 3 miliardi e mezzo in provincia di Trento e un miliardo e 700 circa in provincia di Bolzano. Anche questo è un lavoro di programmazione, che comunque rappresenta un dato di fatto se si vuole affrontare concretamente il problema.

Quello che l'assessorato intende effettuare in questo scorcio di legislatura per completare un certo programma, è stato accennato dal Presidente nella sua relazione. Sono d'accordo con i colleghi Dalsass e Salvadori sull'insufficienza di mezzi a disposizione, in particolare sulla legge 17 che consentirebbe interventi a favore dei comuni che si trovano sicuramente in difficoltà. Io non ho difficoltà a dichiarare che sono giustamente d'accordo con lui che quando ci sono circa 40 miliardi di domande, pur ammettendo che di queste domande sarà necessario fare una certa cernita, una certa priorità, i soldi a disposizione sono insufficienti, però non possiamo affrontare, per esempio, il problema delle infrastrutture di questa legge straordinaria che abbiamo in animo di fare di un

miliardo 500 milioni per il comune di Bolzano e 500 milioni per il comune di Trento, per consentire e a Bolzano di eliminare dei passaggi a livello e quindi accelerare notevolmente quella che è la viabilità per quanto riguarda la ferrovia Bolzano-Merano e al comune di Trento consentire alcuni raccordi con l'autostrada, cioè affrontare questo problema e poi con lo stesso impegno affrontare il rifinanziamento adeguato della legge 17. Abbiamo rifinanziato la legge, che parla di 100 milioni, però l'onere della Regione è di un miliardo e mezzo; questa che abbiamo in programma di fare è di 200 milioni — fermo restando una presa di posizione definitiva della Giunta che ancora si può dire non c'è e quindi la cifra, senza farci eccessive illusioni, potrebbe essere rivista — ma son 200 milioni che provocano un appesantimento di 3 miliardi, quando siamo alla fine. Ora posso assicurarvi questo, che la legge è in elaborazione e ci saranno delle modifiche, modifiche peraltro che dovranno tener presenti le esigenze non soltanto dei comuni, ma anche degli altri enti. Per quanto riguarda la legge 19, nel '67 abbiamo speso 60 milioni. E' insufficiente la cifra di 70 mila lire al km. per la manutenzione delle strade ordinarie, però è tutto quello che fino a questo momento potevamo fare. Io capisco che ci sia l'esigenza, perché la viabilità comunale e provinciale sia decente, che una certa spesa si possa fare. Però le condizioni del nostro bilancio non ci consentono di fare molto di più. Sarà un problema da controllare, anche in sede dell'ANAS; ad esempio che ci mandino tutti i loro programmi per quanto riguarda quest'anno, per poter sapere almeno dove l'ANAS può intervenire, e poi vedere che possibilità possiamo trovare per dare una certa sicurezza ai comuni, che anche la loro viabilità possa essere curata, proprio perché se non curano la viabilità tutti gli altri settori,

turistico, ad esempio, e commerciale, restano fermi. Perché se non ci sono gli alberghi, non c'è il turismo, non c'è commercio, cioè la strada è la base di tutto, la ricchezza corre sulle strade, come abbiám detto altre volte. Purtroppo, come ho detto prima, le condizioni nelle quali siamo, non ci consentono di far molto. Posso invece dare l'assicurazione all'assessore Dalsass del rifinanziamento della legge 13, per consentire la realizzazione di un'opera che è di interesse generale: mi riferisco alla strada Bolzano-S. Genesio, S. Genesio-Avelengo-Merano. Nel bilancio, poiché non erano ancora arrivati gli stanziamenti da parte del Ministero dei lavori pubblici, si è inserita la cifra di 9 milioni 200 mila lire; nella prima variazione di bilancio verrà portata a 15 milioni 700 mila lire, per consentire di poter procedere nelle pratiche. L'assessore Dalsass ha posto una richiesta relativa all'uscita a Villa di Egna del raccordo autostradale. Il problema è stato affrontato e risolto sotto certi aspetti, non nel modo richiesto dal cons. Dalsass, ma l'autostrada si è orientata per l'uscita a Villa di Egna. Il motivo principale che mi ha trovato favorevole, è stata una ragione di sicurezza, perché a Ora prevedeva l'uscita a raso, e l'uscita a raso pone in difficoltà la circolazione, non solo, ma pone in pericolo anche vite umane. Si è però data l'assicurazione, a un incontro con gli amministratori di Ora, che nella segnaletica l'indicazione per la Val di Fiemme verrà indicata a Ora, perché si vedevano spostata l'uscita. Il problema al quale ho accennato si verificherà, io lo credo, non immediatamente, ma si verificherà e bisognerà correggere la strada provinciale. Una soluzione potrebbe essere — ed anche il consiglio d'amministrazione dell'autostrada si è impegnato di tentare di ottenere questo — che la strada venga statalizzata, in modo che gli oneri passino poi all'ANAS.

Mi è stata fatta una richiesta poi per sapere se risponde a verità che per il collegamento Caldaro-Terme viene fatto un raccordo sopra la ferrovia, senza che ci sia un cavalcavia o cosa del genere, ma che il raccordo Caldaro-Terme venga effettuato attraversando i binari della ferrovia. Risponde a verità, però l'autostrada ha certe competenze e l'autostrada ritiene che non sia sua la competenza di dover allargare la strada e di dover effettuare anche questo sovrappasso. Ritiene parzialmente di risolvere il problema, insistendo presso le ferrovie dello Stato perché venga automatizzato il passaggio a livello . . .

DALSASS (S.V.P.): (*Interrompe*).

PASQUALIN (assessore suppl. lavori pubblici - D.C.): Sì. Posso dirle questo, ecco: mi riservo di approfondire il problema, però sono d'accordo che se noi spendiamo 500 milioni per togliere dei passaggi a livello a Bolzano, poi in una nuova infrastruttura li lasciamo. Comunque per questo aspetto desidero rivedere la situazione all'autostrada e personalmente le darò una risposta.

Il cons. Salvadori ha richiesto che la Regione intervenga a favore degli enti locali che si trovano in difficoltà e che non possono completare delle opere e qualche volta neppure accettare il contributo, perché non sono in grado né di garantire, né tanto meno quindi di integrare il contributo stesso. Ora è un problema molto difficile, molto delicato, che abbiamo sentito altre volte; a me pare però che nell'attuale disegno di legge sull'ordinamento dei comuni, viene consentito agli enti locali di allargare questa garanzia. Non è una soluzione, però dà maggiori possibilità; se nel tempo potessimo trovare uno strumento, un istituto di cre-

dito particolare, specializzato per il settore delle opere pubbliche, vorrà dire che lo terremo senz'altro presente.

Il cons. Spiegler ha parlato degli incarichi ai professionisti, per opere di interesse generale. E' già stato detto che faremo una legge apposita, proprio perché lo strumento che credevamo di avere, un capitolo in bilancio, per risolvere questi problemi, secondo l'organo di controllo non è sufficiente, quindi siamo costretti a dover fare una legge per disciplinare e gli incarichi e le progettazioni, legge che presenteremo quanto prima, perché è già al comitato amministrativo. Ora le posso assicurare che come la Giunta ha contribuito con 4 milioni circa allo studio che si dovrà fare della strada Bolzano-Merano, interverrà ulteriormente, se ci sarà bisogno, per completare questa opera. Oltre a ciò ha dato già l'incarico per esaminare la possibilità di ampliamento della strada della Val Venosta, per portarla a una dimensione di superstrada, proprio perché l'opera il più possibile sia definita, sia completata. Il problema della superstrada della Val Venosta però deve tener conto della scarsità di terreno che c'è in quella zona e quindi la necessità di usare la sede stradale della Val Venosta con certe rettifiche, con certi ampliamenti, per non dover fare una nuova strada e quindi togliere dei terreni che lassù sarebbero preziosi. Per quanto riguarda la possibilità di contributi sulla viabilità forestale, strade poderali, collegamenti ecc., dato che la legge non è ancora conclusa, cercherò senz'altro di inserirla. Per quanto riguarda lo stanziamento di 350 miliardi, che abbiamo appreso anche noi dal giornale, e relativo al rifinanziamento della 729, art. 13, sulle superstrade, diciamo questo: che da parte nostra il collega Spiegler sa che abbiamo insistito almeno da oltre un anno e mezzo perché venissero tenute in evidenza le

da della Valsugana e con la Rovereto-Riva. Su questo problema sono state fatte sollecitazioni e non so quante, perché solo personalmente mi sono interessato almeno cinque volte, con scarissimi risultati. Adesso vediamo che queste strade, in questo disegno di legge che oltre al resto non va alla Camera, ma va direttamente in commissione deliberante, queste strade non ci sono. Prima di prenderne atto, sono anch'io d'accordo per cercare, tramite i nostri parlamentari, di vedere di inserire, già su questa legge, delle opere che per noi hanno importanza fondamentale. Quindi le assicuro che, per quanto è possibile, la Giunta interverrà immediatamente e tempestivamente, proprio perché il problema verrà affrontato in questa legislatura, immagino.

Mi pare di aver risposto a tutte le richieste; so di non poter promettere cose miracolistiche per quanto riguarda un aumento di stanziamenti, ma se la Giunta lo consentirà certamente vedremo di poter accettare i suggerimenti che ci sono stati fatti.

PRESIDENTE: Metto in votazione . . .

DALSASS (S.V.P.): *(Interrompe)*.

PRESIDENTE: No, adesso non parliamo più . . .

DALSASS (S.V.P.): Sul regolamento.

PRESIDENTE: Abbiamo sempre fatto così, cons. Dalsass. L'assessore parla come ultimo. Lei può fare sempre eccezione, la faccia anche questa volta, Prego, ha la parola.

DALSASS (S.V.P.): Herr Präsident! Ich möchte Sie fragen, ob die Geschäftsordnung noch in Kraft ist, nach der jeder zweimal reden kann.

PRÄSIDENT PUPP: Als letzter spricht der Assessor.

DALSASS (S.V.P.): Ich kann zu den Ausführungen des Assessors nicht Stellung nehmen, solange ich sie nicht gehört habe. Das ist doch eine selbstverständliche Sache. Nur wenn der Assessor die Generaldebatte abgeschlossen hatte, konnte bisher niemand mehr das Wort ergreifen, während hinsichtlich der Sachdebatte noch nie dieselbe Regelung gegolten hat.

PRÄSIDENT PUPP: Das war immer so!

DALSASS (S.V.P.): Nein, das war bezüglich der Sachdebatte nie der Fall! Ich möchte nur wissen, ob man hier ein zweites Mal reden darf oder nicht.

PRÄSIDENT PUPP: Sprechen Sie!

DALSASS (S.V.P.): Ich will keine Ausnahme und möchte mich an die Geschäftsordnung halten, Herr Präsident! Ich werde Sie nicht lange aufhalten, Herr Präsident, aber der Herr Assessor hat hier eine Erklärung erstens wegen der Stadt Bozen abgegeben. Der Regionalausschuß soll hiernach beabsichtigen, drei Bahnübergänge zu beseitigen, was ich für eine absolute Notwendigkeit betrachte. Wenn dann aber im selben Atemzug der Assessor erklärt, in Neumarkt genüge für die rechte Etschseite,

dh. für Tramin, Kaltern, Kalterer See, Überetsch usw. eine Autobahnverbindung mit Bahnschranken, dann ist das ein krasser Widerspruch. Das Wort Autobahn bedeutet doch vor allem Schnellverkehr. Die Einfahrt in dieselbe dürfte deshalb nicht durch Bahnschranken — und seinen es auch automatische — behindert werden. Es wäre daher ein Unsinn Bahnschranken vorzusehen. Wenn gesagt wird, die Autobahngesellschaft habe nicht die Kompetenz Bahnschranken zu vermeiden und an deren Stelle Bahnüberführungen zu bauen, dann kann dies nur eine Ausrede sein. Damit es festgehalten bleibt, erinnere ich daran, daß die ursprüngliche Ausfahrt in Auer dermaßen geplant war, daß weder für die rechte noch für die linke Etschseite Bahnschranken vorgesehen werden mußten. Es hätte deshalb leicht eine gute Zufahrt gesichert werden können. Auf Wunsch der Fleimstaler ist aber diese Lösung gelassen worden, was trotz Verschlechterung auch noch 100 Millionen an Mehrausgaben kostet. Die andere Lösung kostet also 100 Millionen mehr und ist mit all den Nachteilen verbunden, die ich vorhin aufgezeigt habe. Wenn nun die Autobahngesellschaft diese Bahnüberführung nicht zu bauen gedenkt, dann hat sie nicht den guten Willen, eine gute Lösung zu treffen. Es fehlt ihr deshalb am notwendigen Verständnis für die Belange der Bevölkerung der Provinz Bozen — ich betone der Provinz Bozen — im Unterschied zur Bevölkerung der Provinz Trient.

(DALSASS (S.V.P.): Signor Presidente! Vorrei sapere se il regolamento interno, in base al quale è concesso ad ognuno di prendere due volte la parola, sia ancora in vigore.

PRESIDENTE PUPP: L'assessore parlerà per ultimo.

DALSASS (S.V.P.): Per quanto riguarda le dichiarazioni del signor assessore, non potrò ovviamente prendere posizione in merito fino a quando non le avrò udite. Sta di fatto che a nessuno finora era stato consentito di riprendere la parola una volta chiuso il dibattito generale, mentre per contro tale regola non è stata mai applicata nei confronti della discussione articolata.

PRESIDENTE PUPP: Il regolamento è sempre stato applicato così.

DALSASS (S.V.P.): No; non per quanto concerne la discussione articolata. Vorrei comunque sapere se sia ora consentito o meno, prendere la parola una seconda volta.

PRESIDENTE PUPP: Parli!

DALSASS (S.V.P.): Non vorrei che il concedermi la parola venisse considerata una eccezione, in quanto io intendo semplicemente attenermi al regolamento interno; comunque, signor Presidente, cercherò di essere breve. Dunque, il signor assessore ha dichiarato, riferendosi alla città di Bolzano, che la Giunta regionale dovrebbe far rimuovere tre passaggi a livello, provvedimento questo che io pure ritengo di assoluta necessità. Ma se poi l'assessore se ne esce dichiarando, nello stesso istante che ad Egna sarebbe sufficiente, per la sponda destra dell'Adige, vale a dire per Termeno, Caldaro e Lago di Caldaro, Oltradige etc., che sarebbe sufficiente ripeto, un collegamento autostradale con passaggi a livello, ne risulta una stridente contraddizione, poiché si sa che autostrada è sinonimo anzitutto di transito veloce,

per cui sarebbe assurdo ostacolarlo mediante passaggi a livello sia pure automatici. L'affermare che la Società Autostradale non ha la competenza per poter costruire viadotti anziché passaggi a livello, non può essere quindi che un pretesto. Onde non ci si dimentichi, vorrei riportare alla memoria che lo svincolo autostradale era stato in origine progettato in maniera tale da poter evitare la posa di passaggi a livello sul tracciato sia alla sinistra che alla destra dell'Adige, il che avrebbe facilmente consentito un agevole accesso autostradale. Su desiderio degli abitanti della val di Fiemme tale soluzione è stata però lasciata cadere, la qual cosa comporta oltretutto anche un sovraccarico spese di 100 milioni di lire, vale a dire che l'altra soluzione verrebbe a costare appunto 100 milioni in più pur presentando tutti gli svantaggi anzicennati. Dunque, se la Società Autostradale non intende costruire detto viadotto significa che non è affatto propensa a conseguire una buona soluzione, in altre parole significa che è priva della necessaria comprensione nei confronti di quelle che, rispetto alla provincia di Trento, sono le esigenze della popolazione in provincia di Bolzano.)

PRESIDENTE: Metto in votazione il cap. 1390.

KAPFINGER (S.V.P.): (Interrompe).

PRÄSIDENT PUPP: Bitte? Wer sprechen will muß sich schriftlich melden.

KAPFINGER (S.V.P.): Ich habe mich das erste Mal schon schriftlich gemeldet, aber nicht jetzt. Nachdem zuerst grundsätzlich er-

klärt worden ist, man dürfe nicht ein zweites Mal sprechen, konnte ich nicht nochmals um das Wort bitten.

PRÄSIDENT PUPP: Sprechen Sie nur!

KAPFINGER (S.V.): Ich brauche kein Almosen . . .

PRESIDENTE PUPP: Prego? Chi volesse prendere la parola dovrà preavvisare per iscritto.

KAPFINGER (S.V.P.): Questo l'ho già fatto la prima volta, ma ora invece no, poiché era stato a priori specificatamente spiegato che non sarebbe stata concessa la parola una seconda volta.

PRESIDENTE PUPP: Parli pure!

KAPFINGER (S.V.P.): Non ho bisogno di elemosina . . .)

PRESIDENTE: Metto in votazione il cap. 1390: è approvato a maggioranza con 3 astenuti.

Metto in votazione il cap. 4400: è approvato a maggioranza con 2 astenuti.

Passiamo ora alla rubrica Enti locali.

Signorina Perazzolli, lei parla più di un quarto d'ora?

PERAZZOLLI (D.C.): Sì, signor Presidente.

PRESIDENTE: La parola al cons. Santoni per un quarto d'ora.

SANTONI (D.C.): Parlo meno di un quarto d'ora.

PRESIDENTE: Ecco, va bene.

SANTONI (D.C.): Signor Presidente e signor assessore, io voglio intrattenermi brevemente sulla comunità di zona che ho constatato è uno dei provvedimenti legislativi che la Giunta si propone di far approvare e che entra nel programma legislativo della Giunta. Io qui non intendo ripetere tutto quello che è stato già detto dal collega Margonari a proposito di una politica degli enti locali, discorso che Margonari ha fatto in sede di discussione generale del bilancio e che io condivido. Mi pare che i problemi della finanza locale, anzi la crisi della finanza locale, il continuo aumento del deficit dei comuni e il progressivo indebitamento degli enti locali, pongono come indilazionabile il tema del superamento delle dimensioni dei comuni, perché evidentemente la polverizzazione che esiste al livello di enti locali nella nostra regione, che è stata messa in evidenza anche nella pregevole relazione dell'assessore agli enti locali al Consiglio lo scorso anno, determina e crea dei grossi problemi, cioè aumenta i costi di gestione dei servizi e ne peggiora la qualità e anche provoca un irrazionale impiego dei mezzi disponibili, che potrebbero essere meglio messi a frutto se le dimensioni fossero maggiori. Ora per risolvere il problema della polverizzazione delle strutture amministrative ci sono due strade: c'è una strada radicale, che è quella della riunificazione; però siamo in un sistema democratico ed è evidente-

mente difficile, se non impossibile, attuare questa politica dell'unificazione coattivamente; bisogna fare un'opera molto difficile di persuasione che non sempre dà frutti brillanti e positivi. C'è poi una posizione intermedia, che è quella di favorire la collaborazione tra i comuni non solo per la gestione di singole iniziative, ma per promuovere in una visione unitaria e globale il progresso economico, sociale e civile delle popolazioni locali. Questo è il tema della comunità di zona, della comunità di valle, che dovrebbe coincidere con i comprensori urbanistici, che io qui voglio brevissimamente sottolineare. L'argomento del comprensorio, come strumento organizzativo per la crescita non solo economico-sociale, ma anche culturale della periferia è stato trattato in modo molto preciso nella relazione del presidente Grigolli, a cui mi rifaccio e che qui non ripeto. A mio parere, tuttavia, è chiaro che non ci sono strumenti diversi da quello del comprensorio per promuovere un progresso uniforme di tutto il territorio regionale, per eliminare anche gli squilibri, quelle sacche di depressione culturale ed economico-sociale che si rivelano anche all'interno delle zone depresse, come è stata definita ieri la nostra regione. Ora — e mi riferisco a molti discorsi che son stati fatti qui — bisogna passare dalla teoria alla pratica. La relazione del Presidente impostava in termini generali, in termini precisi, anche dal punto di vista sociologico ed organizzativo, il problema della crescita della periferia e il problema del comprensorio. Ora bisogna passare all'attuazione pratica di questo strumento organizzativo, che è uno strumento fondamentale per la crescita della comunità. Per l'urbanistica a Trento ci sono norme precise — non conosco la legislazione urbanistica di Bolzano — che impongono i consorzi di comuni come obbligatori, per fare i piani regolatori comprensoriali.

Però resta scoperta da questa possibilità tutta la tematica dello sviluppo economico sociale. Il sottoscritto ha fatto un'esperienza diretta, signor assessore, in questo campo, ed è l'esperienza di promuovere la costituzione di una comunità nel Basso Sarca e per la Val di Ledro, e ho constatato che una delle maggiori difficoltà da superare, per affermare fra gli amministratori locali questo spirito di collaborazione, questo spirito comunitario, oltre alle difficoltà di ordine psicologico — i campanili, le mentalità, le tradizioni, le rivalità tra centri — c'è il problema che manca un ben definito istituto giuridico a cui fare riferimento. Perché se in questo momento vogliamo fare un consorzio per lo sviluppo economico sociale *tout court*, non per la gestione di questo o di quel servizio, ma se vogliamo fare un consorzio che non preveda la gestione di singoli servizi, ma in modo generale lo sviluppo economico sociale della comunità, non riusciamo a trovare un istituto giuridico cui fare riferimento, perché dobbiamo fare riferimento all'art. 81 della legge regionale n. 29 sull'ordinamento dei comuni, il quale però prevede i consorzi per la gestione di determinati servizi. Evidentemente il problema è un problema serio, perché la stessa legge 685 sulla programmazione economica prevede che per le zone montane sia necessario riconoscere nel quadro della programmazione regionale la comunità montana e il consiglio di valle, opportunamente integrato da altri enti consortili ivi operanti, come organo locale della programmazione decisionale e operativa, all'interno appunto della programmazione regionale. E' evidente che le comunità di valle costituite e i consorzi e le comunità di zona costituite secondo le norme dettate da una legge che nell'esercizio delle sue competenze statutarie la Regione deve attuare, dovrebbe diventare anche strumento locale della programmazione economica.

Lo stesso disegno di legge sulle procedure, il 2085, di cui si è molto parlato in questi giorni, dice che gli enti che hanno competenza di fare la programmazione economica devono sentire le comunità locali. Abbiamo fatto una prima esperienza di contatto democratico con le comunità periferiche e abbiamo visto che abbiamo dovuto, anche là dove i comprensori non c'erano, quasi inventarli, per poter stabilire un contatto fra il programmatore e la periferia, che se non ha un minimo di organizzazione non riesce, con la polverizzazione degli enti locali che c'è ora, ad esprimere una linea unitaria. E' per questo che io, appunto riferendomi al programma legislativo — e ho finito — al programma legislativo della Giunta regionale per il 1968, vorrei porre l'accento, per le ragioni che ho detto, sulla priorità che deve avere, insieme a qualche altro provvedimento di legge, il disegno di legge sulle comunità di zona, perché diventano uno strumento organizzativo formidabile, per poter attuare sia le linee generali dettate dai piani urbanistici, sia le linee operative dei piani economici. Questo disegno di legge non è soltanto un provvedimento che ha natura istituzionale, ma mi pare sia un provvedimento che si cala proprio nel contesto dello sviluppo economico della Regione, come strumento che può accelerare questo sviluppo. E mi pare che questo tema sia stato affrontato in modo molto preciso nella relazione del Presidente, e che questa sia un'attuazione che non può attendere molto a lungo, per le ragioni che ho detto. Per cui sarei grato all'assessore se volesse dirmi le intenzioni che la Giunta regionale ha a questo proposito, e comunque raccomandando vivamente, per tutto quello che ho detto, che il progetto di legge cammini con una certa rapidità.

PRESIDENTE: Dunque sono prenotati a

parlare sull'assessorato enti locali, la signorina Perazzolli, la signorina Gebert, il dott. Dalsass e il cons. Manica. Per l'assessorato previdenza sociale, i cons. Mattivi, Wahlmueller, de Carneri. Se qualcuno si vuole ancora prenotare, prego farmelo sapere per iscritto.

La seduta è sospesa. Riprende alle ore 15.

(Ore 12.25).

Ore 15.15.

PRESIDENTE: La seduta riprende. Pre-go prendere posto.

La parola alla signora Gebert.

GEBERT-DEEG (S.V.P.): Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen! Ich habe schon bei meiner Rede anlässlich der Generaldebatte gesagt, daß ich zu einigen Punkten noch in der Diskussion über die einzelnen Kapitel Stellung nehmen möchte.

Ich habe mich zum Kap. 1570 gemeldet, das Zuschüsse an die örtlichen Körperschaften für die Betreuung, Beistandsleistung vor allem an in Not geratene Menschen vorsieht. Wir wissen alle, daß die Frage der Gemeindefürsorgestellen eine sehr brennende ist. Früher war es möglich, daß sich Einzelpersonen an das Land oder an die Region wenden konnten, wenn z.B. durch den Verlust des Ernährers der Familie oder bei schwerer Krankheit usw. ein besonderer Notstandsfall eingetreten war. Diese Möglichkeiten sind jetzt nicht mehr vorhanden, weil die Gemeindefürsorgestellen für sämtliche Notstandshilfen des Gemeindegebiets zuständig sind. Als Orientierung zur Verselbständigung dieser Gemeindefürsorgeämter ist

dies zu befürworten. Trotzdem ich es schon mehrmals vorgebracht habe, möchte ich nochmals bitten, diese komplexe Frage der Notstandshilfen in den Gemeinden und vor allen Dingen in den Randgemeinden viel zielbewußter voranzutragen und zu finanzieren. Fortschritte sind ja bereits erzielt worden und weitere werden vom Assessor angestrebt. Ich habe jetzt von einigen Gemeindefürsorgestellen unserer Bergtärer Berichte erhalten und weiß daher, daß mit den ihnen auf Gemeindeebene zur Verfügung stehenden Mitteln ein monatlicher Beitrag für Notstandshilfen an Familien oder Einzelpersonen bis zu einem Minimum von 1.000 oder 1.500 Lire gewährt werden kann. Wir wissen aber alle, daß dies nicht dem Lebensminimum entspricht und daß eine solche Notstandshilfe nicht den Grundzügen einer modernen Sozialpolitik gerecht wird, nämlich soviel Hilfe zu leisten, daß die Wiedereingliederung möglich ist oder zumindest die Not so gelindert wird, um das Lebensminimum zu sichern. Daher möchte ich dringend ersuchen, gerade diese schwächeren Gemeindefürsorgestellen zu berücksichtigen und finanziell vorzusorgen, daß für die Maßnahmen zu Gunsten der in Not geratenen Personen auch die Mittel vorhanden sind.

Eine zweite Bitte: Anlässlich der Tagung über die zukünftige soziale und fürsorgerische Tätigkeit war auch die Frage der Familienhelferinnen in Diskussion gestellt, dh. jener ausgebildeten Mädchen, die im Krankheitsfall einer Mutter oder in Notfällen für einige Wochen den Dienst in der Familie übernehmen können. Diese Familienhelferinnen werden jetzt nur von Wohlfahrtsverbänden getragen, sodaß sich die Frage ergibt, ob hier nicht von seiten der Gefa (Gemeindefürsorgeämter) ein Zuschuß gegeben werden kann. Wenn wir bedenken, daß die Unterbringung im Krankenhaus täglich über 5.000 Lire kostet und eine Fami-

lienhilfe im Tag wesentlich weniger kosten würde, dann wird es klar, daß dies nicht nur eine sozialpolitische, sondern auch eine wirtschaftspolitische Frage ist. Wenn demnach eine Einlieferung nicht unbedingt notwendig ist, wäre es nicht nur für die Familien, sondern auch aus wirtschaftspolitischen Gründen wichtig diese Frage betreffs Ausbildung und Förderung dieses neuen Berufes ins Auge zu fassen.

Zum nächsten Kapitel: Beiträge und Beihilfen an Einrichtungen und Körperschaften usw. Ich verweise im Zusammenhang damit gleich auf den die Altersheime angehenden Beschlußantrag, um zu ersuchen, daß ein Anteil der vorgesehenen Mittel auch für die Instandsetzung von Altersheimen bereitgestellt wird. Deshalb bitte ich, diesen Beschlußantrag noch im Rahmen der Haushaltsdebatte anlässlich einer der nächsten Sitzungen zu behandeln. Ich bitte hierzu um die Unterstützung des Regionalratspräsidenten — auch was die Finanzierung für den Bau neuer Altersheime betrifft.

Ich möchte dann noch einmal auf das Problem der Betreuung geistig schwer behinderter Erwachsener zurückkommen. Wir wissen, daß für die Körperbehinderten jetzt ein Gesetz in Kraft getreten ist, das bei völliger Körperbehinderung einen Monatszuschuß vorsieht, daß aber die geistig behinderten Menschen immer noch unberücksichtigt geblieben sind. Das ist bedauerlich, denn auch das Gehirn gehört doch zum menschlichen Körper. Zum Glück werden Hunderte solcher geistig behinderter Menschen von ihren Angehörigen unter schwersten Opfern ausgehalten. Ein kleiner Beitrag wäre deshalb für die betreffenden Familien eine entscheidende Hilfe. Ich möchte dies auch wieder vom wirtschaftlichen Standpunkt her erläutern und es durch die Frage verständlich machen, was mit diesen armen Menschen, die nicht mehr in das Berufs- und Arbeitsleben einge-

gliedert werden können, geschehen würde, wenn für sie nicht mehr die Familie aufzukommen in der Lage wäre? Wir hätten dann hohe Ausgaben für die Unterbringung in Heimen zu tragen! Dabei will ich einmal ganz davon absehen, daß es an derartigen Heimen mangelt. Etwas zu tun wäre also nicht nur eine soziale Hilfeleistung, sondern bestimmt auch eine wirtschaftspolitisch hochwertige Angelegenheit. Gemöhnen wir es uns endlich ab bei sozialen Initiativen allein die Ausgaben zu sehen und nicht zugleich auch ihre Wirkung in bezug auf das gesamte gesellschafts- und volkspolitische Geschehen unserer modernen Gesellschaft.

In bezug auf die Frage der Ausbildung von Fürsorgerinnen an der Höheren Lehranstalt für Sozialdienste in Trient möchte ich noch bitten, alles zu tun, damit im Herbst der Unterricht auch in Bozen für die deutsche Volksgruppe erteilt werden kann, um gerade den Beruf der Fürsorgerin in unserem Land zu fördern. Wir alle dürfen uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß das ein Grundstein moderner Sozialarbeit ist.

Ich möchte dann schließlich noch fragen, ob durch die Beiträge für die Ausstattung, Einrichtung von Strand- und Bergheimen, sowie von Arbeitererholungsheimen nicht auch Müttererholungsheime mitfinanziert werden können. Wir haben die Pflicht, auch an kinderreiche Mütter zu denken und ihnen die Möglichkeit zur Erholung zu bieten. Auch sie sind ja Arbeitstätige, wenngleich wir sie als Mutter im Haushalt nicht immer als solche betrachten. Dieser Beruf wird wohl geschätzt aber in der öffentlichen Meinung in bezug auf die Verpflichtung gegenüber der Mutter und Hausfrau nicht so gesehen wie es nötig wäre.

Das sind einige Bitten, deren Bedeutung nicht noch besonders unterstrichen zu werden braucht. Ich wende mich deshalb nicht allein

an den zuständigen Assessor, sondern an den gesamten Ausschuß und vor allen Dingen auch an den Herrn Präsidenten mit dem Ersuchen, zur Lösung all dieser so wichtigen Fragen beizutragen.

(Egredi colleghi e colleghe! Nel corso della discussione generale avevo già annunciato che in sede della discussione articolata avrei preso posizione in merito ad alcuni capitoli.

Dunque inizio con il capitolo 1570, concernente contributi da erogare a favore degli Enti locali per l'assistenza a quelle persone che vivono in uno stato di indigenza. E' noto a tutti che il problema degli Enti Comunali di Assistenza è assai scottante. Un tempo era possibile per ogni persona che fosse venuta a trovarsi in particolari difficoltà economiche, sia per la perdita del sostentatore della famiglia, sia per una grave malattia ecc., era possibile, ripeto, rivolgersi liberamente alla Provincia od alla Regione. Oggi per contro ciò non è più possibile, in quanto le persone bisognose vengono assistite sul piano comunale dai rispettivi Enti Comunali di Assistenza. Tale provvedimento, che tende ad autonomizzare gli ECA, è senza altro da sostenersi. Vorrei dunque cogliere questa occasione per tornar a pregare di voler curare e finanziare con più senso di responsabilità la complessa questione dell'assistenza comunale, in particolar modo nei Comuni minori della nostra Provincia. Devo dare atto che in tal senso sono stati fatti dei progressi e che il signor assessore competente si sta adoperando per apportare ulteriori miglioramenti. Ho ricevuto, da alcuni Enti Comunali di assistenza delle nostre valli, delle relazioni, dalle quali risulta che con i mezzi finanziari messi loro a disposizione sul piano comunale, possono elargire a famiglie o singole persone bisognose, un contributo minimo mensile di 1.000 o 1.500 lire. E' chia-

ro che una simile somma non corrisponde al minimo necessario per vivere e che siffatta assistenza è ben lontana dai principi di massima di una moderna politica sociale, secondo cui l'aiuto finanziario dovrebbe essere tale da permettere all'interessato di reinserirsi nella società o perlomeno di sentirsi sollevato dalla propria miseria, sapendo di poter contare quantomeno sull'indispensabile per vivere. Vorrei perciò rivolgere viva preghiera agli organi competenti, affinché si prendano a cuore la situazione degli Enti Comunali di Assistenza più poveri, finanziandoli, per dare loro eventualmente la possibilità di assistere quelle persone che venissero a trovarsi in una grave situazione finanziaria.

Mi si consenta comunque di aggiungere, a quanto già esposto, una seconda preghiera: in occasione della giornata per la futura attività sociale ed assistenziale si è parlato anche delle assistenti familiari, vale a dire di quelle ragazze qualificate, che prestano assistenza in casa alle madri colpite da una malattia, e se necessario anche all'intera famiglia. Queste ragazze vengono retribuite da Istituti di beneficenza, per cui ci si chiede se gli ECA non potrebbero concedere all'uopo un contributo. Se consideriamo che il ricovero ospedaliero costa oltre 5.000 lire giornaliera, e se si considera inoltre che una delle suddette assistenti familiari verrebbe a costare assai meno, emerge chiaramente come ciò rispecchi un problema non solo di natura politica, bensì anche di natura economica. Pertanto, qualora il ricovero ospedaliero non fosse assolutamente indispensabile, la seconda soluzione, che prevede appunto l'aiuto da parte di una assistente familiare sarebbe sotto il profilo politico-economico assai più conveniente, per cui andrebbe in merito presa a cuore la questione della preparazione e conseguente sviluppo di questa nuova professione.

Altro capitolo: contributi e sovvenzioni a favore di istituzioni, enti ecc. A tal proposito faccio subito cenno al problema delle case di riposo, e mi richiamo alla relativa mozione presentata in Consiglio regionale per chiedere che una parte del denaro previsto da questo capitolo venga destinata alle riparazioni di dette case. Sarebbe opportuno pertanto che la mozione in parola venisse trattata nelle prossime sedute nell'ambito di questo dibattito sul bilancio. Al riguardo prego il Presidente del Consiglio regionale di voler appoggiare la questione.

Un altro problema che ci terrei ad esporre ancora una volta riguarda l'assistenza ai minorati psichici adulti, per i quali finora non è stato preso alcun provvedimento, contrariamente a quanto si è invece fatto per i minorati fisici. Infatti recentemente è entrata in vigore una legge secondo la quale tutte le persone colpite da una totale infermità fisica potranno godere di un assegno mensile. E' veramente deplorabile che nella legge in parola non siano stati inclusi anche i minorati psichici, in quanto pure il cervello fa parte del corpo umano! Fortunatamente centinaia di questi ammalati vengono curati, sebbene con immensi sacrifici, dalle proprie famiglie, per le quali anche soltanto un piccolo contributo mensile sarebbe veramente di grande aiuto. Anche qui vorrei mettere in rilievo l'aspetto economico della questione. Che cosa accadrebbe infatti, qualora le famiglie interessate non fossero più in grado di mantenere questa povera gente, che non potrà mai essere inserita nel mondo del lavoro? Dovremmo assumerci il gravoso onere per il ricovero di detti minorati in apposite case di cura, senza contare poi che non disponiamo di istituti attrezzati all'uopo. Un eventuale provvedimento legislativo non costituirebbe soltanto un aiuto sociale ma anche un provvedimento a carattere

altamente politico-economico. Smettiamola dunque di considerare soltanto le spese che comportano le iniziative a carattere sociale, ma incominciamo anche a vedere quali siano i loro effetti in relazione a tutti gli avvenimenti a carattere sociale democratico e politico della nostra moderna società.

Per quanto riguarda il problema dell'istruzione e preparazione, presso l'Istituto Superiore per i servizi sociali in Trento, delle assistenti sociali, vorrei pregare i responsabili di fare di tutto affinché in autunno si possano aprire in Bolzano questi corsi in lingua tedesca, onde favorire lo sviluppo di tale professione anche nella nostra Provincia. Dobbiamo essere perfettamente consapevoli che ciò costituisce veramente la base di una moderna attività sociale.

Infine vorrei ancora chiedere se con i contributi destinati all'arredamento di case di soggiorno in zone marine e montane, nonché di case di ristoro per lavoratori, non si potrebbero finanziare anche case di soggiorno riservate alle madri. Infatti sarebbe nostro dovere pensare alle madri delle famiglie numerose, offrendo a queste donne di casa la possibilità di prendersi una vacanza. Anche esse infatti sono delle lavoratrici e sebbene la loro opera di casalinghe sia altrettanto encomiabile quanto quella di qualsiasi altro lavoratore, non si vogliono riconoscere ufficialmente i loro diritti.

E' superfluo, penso, sottolineare ulteriormente l'importanza di queste richieste, per cui prego caldamente il competente assessore ed in particolare il signor Presidente, affinché si adoperino a fondo alla soluzione di tali problemi.)

PRESIDENTE: La parola alla signorina Perazzolli.

PERAZZOLLI (D.C.): Signor Presidente, signori consiglieri, ci sono alcuni problemi di questo assessorato enti locali e assistenza, che mi stanno particolarmente a cuore e sui quali desidero fare alcune riflessioni. Sono temi, come ha detto la signora Gebert, che toccano direttamente l'uomo, la sua problematica, problematica alle volte angosciosa, e che meritano senz'altro tutta la nostra attenzione. Io posso capire perciò la collega Gebert quando lamenta con un certo calore che si dà troppo poco peso a questi problemi, trattati, lei dice, con poco entusiasmo. Posso capire, dico, questa ansia, perché in effetti chi vive giorno per giorno tali problemi e ne sente tutta la portata umana e sociale, non può mai essere pienamente soddisfatto e non può non tendere sempre a qualche cosa di nuovo e di più, dato anche lo sviluppo di una società che crea continuamente nuove attese e che inevitabilmente crea anche delle sprequazioni e quindi dei confronti fra chi è più dotato, più favorito dalla sorte o dalla propria capacità e volontà. Però non posso ammettere che la relazione programmatica di un presidente si limiti o contenga delle elencazioni di quanto si fa o si dovrebbe fare, ma piuttosto non cerchi, come il Presidente Grigolli ha fatto, di enunciare dei concetti generali, dei principi, di tracciare le linee di una politica economica o assistenziale o sanitaria, che dir si voglia, ma non di più. Se posso quindi esser d'accordo con chi afferma che sia necessario abbandonare il concetto del solo aiutare, cioè caritativo, non mi sento di condividere l'affermazione che l'Ente Regione manchi di giustizia, perché non dà quello a cui l'uomo ha diritto. E' un'affermazione naturalmente un po' forte; che in questo settore ci sia sempre da fare, che non ci si debba mai sentire pienamente soddisfatti, come ho già detto, che non debba mai venir meno lo stimolo, l'incitamento, lo sforzo per soddisfare le

esigenze che via via si fanno sentire e che i tempi nuovi creano, questo naturalmente è un'altra cosa. Ed ecco perciò che sono i singoli assessorati che devono approfondire la loro tematica, che ne devono sottolineare gli aspetti più importanti e urgenti, che devono delineare un programma di interventi e proporre cioè delle soluzioni. E' quanto ha fatto, mi pare, l'assessore agli enti locali e quanto devono fare le due amministrazioni provinciali entro le proprie competenze e responsabilità e così pure gli enti locali, vedi in questo caso gli ECA ed altri. Intendo riferirmi particolarmente al problema delle case di riposo, problema che ormai sta diventando uno dei più sentiti e più urgenti, problema sociale sempre più pressante per il prolungarsi della vita umana, non però ancora accompagnata da sufficienti mezzi di sostentamento, da un'autosufficienza economica e sociale, per cui molte persone anziane hanno ancora la necessità e l'urgenza di trovare ospitalità in una casa che non è più la loro, perché le vicende della vita le ha lasciate sole o senza affetti e questo, molte volte, a spese della pubblica amministrazione. E' vero che importanti modifiche sono intervenute negli ultimi decenni a favore della categoria di cittadini che qui ci interessa: da un lato si è andato sempre più realizzando il diritto alla pensione, sia per i lavoratori dipendenti che per quelli indipendenti, dall'altro è aumentata percentualmente l'entità delle persone anziane nell'ambito della popolazione globale, per effetto soprattutto del migliorato tenore di vita e di una più larga protezione igienica e sanitaria. Nel decennio intercorrente fra i due ultimi censimenti generali della popolazione italiana, le persone con età superiore ai 75 anni sono passate dall'8,2% al 9,6 della popolazione totale, toccando nel 1961 la entità di quasi 5 milioni di unità, che si prevede possano raggiungere nel 1981 una quota

vicina ai 7 milioni e mezzo, pari al 13% della popolazione. Per cogliere il rilievo del fenomeno, occorre tener presente che un secolo fa tale categoria di età rappresentava solo il 4,2% e cinquant'anni fa il 6,5% della popolazione totale. Ed il tema lo si è posto anche la Giunta regionale e in modo particolare l'assessorato enti locali, che nell'anno 1967 ha fatto un lodevole sforzo per un'indagine sulle case di riposo esistenti nella nostra Regione. La relazione che ne è la conclusione merita secondo me la massima attenzione, perché finalmente pone davanti all'opinione pubblica con senso di realismo e con coraggio il problema, chiamando alle proprie responsabilità tutti coloro che di tali responsabilità sono investiti. Lo dice espressamente l'assessore Fronza nella introduzione all'indagine sopra accennata: « L'Assessorato ritiene di offrire alla meditazione di ognuno ed agli impegni che dovranno essere assunti, uno strumento indispensabile ». E più avanti egli dice: « Non è possibile infatti, mentre si attua la programmazione, che in questo campo così denso di implicazioni umane e sociali, anche se relativamente esiguo nella consistenza, si possa continuare a procedere coi vecchi sistemi, retaggio di iniziative altamente encomiabili ma avulse da una visione di insieme del problema, che postula interventi e soluzioni non differenziate, anzi armonizzate fra provincia e provincia e nell'interno stesso di ogni provincia, che esige una loro corrispondenza alla più vasta azione che, investendo anche i settori sanitario, mutualistico e previdenziale, punta allo stato sociale, nel quale il diritto alla salute assicuri ad ogni cittadino un sistema che copra globalmente non solo la cura, ma anche la prevenzione e la promozione della salute ».

E' fuori dubbio che il ricovero in istituto è ancora il mezzo assistenziale più diffuso in Italia, pur essendo pensabile che la strada mi-

gliore sia quella di permettere a ciascuno, sulla scorta della pensione disponibile, di scegliere la soluzione che preferisce, o individuale o organizzata per collettività o con assistenza a domicilio e presso centri diurni o in Istituto. Le iniziative possibili a livello non sperimentale sono per ora rivolte all'istituzione di nuovi istituti per anziani in misura rispondente alle varie richieste e all'ammodernamento dei vecchi istituti di ricovero, facendo nell'un caso e nell'altro riferimento a un livello minimo di prestazioni, che è necessario fissare, sia per rendere possibili interventi pubblici programmati di assistenza finanziaria e assistenza tecnica, sia per offrire un orientamento valido a quanti operano nel settore dell'assistenza agli anziani. E' quanto si è detto anche dei piani economici provinciali, almeno per quanto riguarda la provincia di Trento, prevedendo un certo numero di case di riposo nuove e la riattazione di alcune esistenti, ma invecchiate e non più adatte alle moderne esigenze. Fra quelle nuove si è prevista una distinzione fra istituti per cronici, per i quali è necessaria una particolare assistenza organizzata da quella ospedaliera; istituti per deboli mentali, che richiedono anch'essi una particolare strutturazione, ed infine istituti per sani, che sono per ora la struttura esistente e sui quali ha posto la propria attenzione l'indagine condotta dalla Regione. La mancanza di specializzazione assistenziale crea grossi inconvenienti, ad esempio difficoltà organizzative ed economiche di gestione, che devono essere assolutamente eliminati, strutturando istituzioni omogenee che assicurino agli ospiti autonomia ambientale e di trattamento e possono effettivamente tendere alla migliore qualificazione del servizio, tenuto conto del tipo di bisogno dell'anziano. C'è anche il problema delle rette, in quanto il livello minimo delle pensioni è ancora lontano dal sopperire ad una retta deter-

minata in base al costo dei servizi. Resta ancora il grande numero di coloro, oltre la metà degli attuali ospiti delle case di riposo, che sono ricoverati a carico dello Stato o degli Enti locali, oppure dall'assistenza privata. Il problema quindi non si presenta di facile soluzione; dobbiamo prevedere un periodo di alcuni anni, in cui si determinerà un parallelo aumento del livello delle prestazioni degli istituti e del livello delle rette. Non è pure da trascurare il problema dell'ubicazione delle case di riposo; la necessità di garantire il servizio in tutte le zone della provincia, vedi piano provinciale di distribuzione sul territorio, in modo da poter offrire ospitalità ai cittadini che lo desiderino nello stesso comprensorio ove già risiedono, tenendo conto degli spostamenti demografici e dell'invecchiamento della popolazione. Non meno importante la necessità di operare le scelte edilizie, fatte in funzione di un'organizzazione razionale dei servizi interni, delle esigenze igieniche e sociali dell'individuo e della vita di gruppo, le dimensioni razionali ed economiche degli edifici. Perché mi dilungo in questi particolari? Per dimostrare o per cercare di dimostrare, anche se può essere ovvio, che il problema delle case di riposo è molto complesso e non si risolve solamente dando più fondi agli enti gestori. Vorrei dire — e non è questo un paradosso — che quello del finanziamento non è certo uno dei temi più importanti. Ed ecco perché io non vedrei assolutamente necessario auspicare un'apposita legge regionale per il finanziamento delle case di riposo. Dice la collega Gebert che gli ECA partirebbero da un punto concreto per risolvere i loro guai. Certamente la collega valuta il problema nella sua complessità e competenza, questo non lo metto in dubbio, ma se è solo quella economica la difficoltà che pone il tema delle case di riposo, non vedo perché non si possa adire alle leggi

dello Stato, vedi legge Tupini ed altre, e alle leggi regionali, vedi leggi 17 e 3 dei lavori pubblici. Nella provincia di Trento molti sono stati gli interventi in tema di case di riposo, fatti dall'assessorato lavori pubblici sulle leggi 17 e 3, ed io do volentieri atto di questo al mio collega Salvadori che ha dimostrato una sua particolare sensibilità verso i problemi sociali più gravi, incitandolo naturalmente nello stesso tempo a continuare su questa strada. La Regione poi, con i suoi interventi sull'art. 4550 per attrezzature e impianti igienici, ha speso nei passati anni qualche centinaio di milioni, ridonando così colore, luce, pulizia e decoro a molte case di riposo. Ma qui si tratta, più che altro, di fare una politica razionale in questo settore: molte case devono essere eliminate; il costo poco economico di molte gestioni, toglie ogni possibilità di dare un trattamento confortevole all'interno di certe case. Non è pensabile che in una provincia, per esempio, come Bolzano — mi scusino gli altoatesini — ci siano quasi 60 case di riposo; neppure con dei grossi interventi finanziari molte di queste case potranno sostenersi. Nella provincia di Trento c'è già stato un certo ridimensionamento, che però non è ancora sufficiente, ma dovrà trovare una continuazione per giungere ad una più equa distribuzione dei posti e a delle gestioni più economiche e quindi di migliore trattamento degli ospiti. Se ciò avverrà, la persona potrà essere più rispettata, il personale di servizio potrà venire trattato più dignitosamente ed essere meglio preparato, come già si è iniziato a fare, almeno in provincia di Trento, e si assicurerà pure la possibilità di assumere e di pagare meglio il personale laico laddove il personale religioso venisse ritirato, per il moltiplicarsi delle iniziative e delle istituzioni specializzate che richiedono in numero sempre maggiore il personale religioso; ma soprattutto ci potrà essere

una migliore alimentazione, maggiore assistenza sanitaria ed igienica, una più razionale e completa occupazione del lungo tempo libero, una più ricca vita di relazione all'interno e all'esterno della Casa. Auspico quindi che al primo sforzo che l'assessorato Enti locali ha fatto nel redigere l'indagine sulle case di riposo, ne segua un altro conclusivo nel fare delle pratiche proposte di intervento, affinché quanto si è fatto fin qui, e non è poco, possa trovare un logico coronamento per risolvere globalmente il delicato problema e per dare una risposta esauriente alle molte ed annose richieste della società per quanto riguarda l'assistenza alle persone anziane. Non basta però lo sforzo della Regione: esso deve venire affiancato da quello delle due Province, alle quali tale problema sta particolarmente a cuore, e da quello degli enti locali, vedi ECA, opere pie, privati, che fin qui hanno fatto degli sforzi certamente notevoli ed apprezzabili e che li continueranno a fare.

Desidero ora aggiungere alcune osservazioni sul servizio sociale, o meglio sulla Scuola superiore regionale di servizio sociale, che a Trento da anni prepara gli operatori. Ha diplomato fin qui ben 260 assistenti sociali, che, come tutti sanno, sono entrati ormai in tutti i nostri enti pubblici, in tutti ormai gli enti, anche privati, assistenziali ed in molti enti economici. La Scuola superiore di servizio sociale è una istituzione — di Trento, parlo — è una istituzione senz'altro moderna, seria, che è venuta affinando e arricchendo, via via, i propri programmi, le proprie tecniche, cosicché è in grado di formare quegli operatori sociali, capaci di affrontare i problemi della odierna società in continua evoluzione e trasformazione. E' una scuola però che si dibatte in grosse difficoltà economiche, perché poggia ora purtroppo esclusivamente sui contributi della Regione e della Provincia autonoma di Trento, essendo venuto

a mancare quel contributo dello Stato già dal 1967; cosicché in questi due anni '67-68 vengono a mancare alla scuola 10 milioni di entrata sicura, come ha sempre avuto negli altri anni, e questo pone il bilancio della scuola in difficoltà notevolissime e insormontabili. Il bilancio preventivo per l'anno in corso, per esempio, ha un disavanzo preoccupante, pur essendo tirato all'osso nella parte della spesa. Eppure questa scuola si va sviluppando sempre più, non tanto nel numero dei frequentanti, perché la scuola non trascura una selezione attitudinale — e secondo me fa benissimo — bensì nella serietà del suo piano di studi, nello sforzo di un aggiornamento culturale e professionale degli allievi, come pure nell'impegno ad aiutare economicamente tutti gli studenti meritevoli e bisognosi mediante borse di studio e culturalmente e professionalmente i diplomati con frequenti corsi di perfezionamento e di aggiornamento. Però con la sola buona volontà non si sta in piedi. E mi chiedo perché la Provincia di Bolzano non concorre alla spesa di una scuola che sta qualificando anche personale di lingua tedesca. Vedo qui nel numero di iscritti per l'anno 1967-68 la presenza di ben 6 studenti di madre-lingua tedesca. E' certamente assai positivo che ogni anno alcuni studenti di lingua tedesca si iscrivono alla scuola di servizio sociale assieme a quelli di madre-lingua italiana che provengono pure dalla provincia di Bolzano. E' positivo, dico, perché ciò dimostra come anche a Bolzano si senta la necessità di avere personale socialmente specializzato, dovendo preparare l'ambiente alle modificazioni strutturali che la programmazione introdurrà. So che la scuola farà un ulteriore sforzo per consentire agli studenti di Bolzano di avere alcune lezioni fondamentali, trasferendo qui nella città di Bolzano qualche professore, oltre ad avere anche la possibilità, come sempre, di svol-

gere qui il proprio tirocinio. Questo atto di buona volontà meriterebbe certamente una maggiore sensibilità e collaborazione da parte anche della Provincia di Bolzano.

Raccomando quindi al signor assessore di voler sollecitare anche la Provincia di Bolzano a riconoscere ed appoggiare questa scuola superiore di studi sociali e la Giunta regionale a fare ogni sforzo nei limiti del possibile per aiutare di più tale benemerita istituzione. Qui naturalmente ci vorrebbe come minimo, dato che già l'anno scorso la Regione ha stanziato 5 milioni in più e gli altri 5 che venivano a mancare li ha messi a disposizione la Provincia autonoma di Trento, ci vorrebbe però come minimo un ulteriore aumento di 5 milioni. Io non presento un ordine del giorno, una proposta scritta, però mi rimetto alla sensibilità dell'assessore, che del resto è sempre stato molto accorto anche in questo settore, perché egli e anche la Giunta hanno preso atto di questa difficile situazione e hanno promesso tutto il loro appoggio. E di questo la ringrazio già fin d'ora.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Dalsass.

DALSASS (S.V.P.): Sehr geehrter Herr Präsident! Es ist vielleicht mein Schicksal heute am Vormittag wie auch am Nachmittag über Dinge zu sprechen, über die schon x-mal hier im Regionalrat gesprochen worden ist. Es ist also nichts Neues, was ich jetzt bringe. Schon im Sommer des vergangenen Jahres 1967 hatte ich an den Präsidenten des Regionalausschusses — es war damals noch Präsident Dalvit — eine Frage über die Abwicklung eines Wettbewerbes für Berufsfeuerwehrleute in der Provinz Bozen gerichtet. Ich hatte damals einige Unregelmäßigkeiten aufgezeigt und wollte

zur Klärung derselben beitragen. Diese Anfrage war so lange unterwegs bis ich sie wieder vorlegen mußte und nun habe ich die Antwort und zwar eine schriftliche Antwort bekommen. Sie kann nicht als erschöpfende Antwort betrachtet werden und enthält einige Ungenauigkeiten. Wie Sie sich vielleicht noch erinnern werden, wurden damals die Kandidaten bei der Abwicklung dieses Wettbewerbes von einer Ärztekommision beim Militärspital in Bozen bzw. in Trient untersucht. Ich hatte damals in meiner Anfrage behauptet und wiederhole es heute, daß meine Erachtens diese Untersuchung ziemlich oberflächlich durchgeführt worden ist. In der italienischen Presse wurde es als ein Skandal bezeichnet, daß man es auch nur wagen könne, etwas derartiges zu behaupten. Trotzdem muß ich heute wiederum sagen, daß die Untersuchung ziemlich oberflächlich gewesen war. Ich könnte auch Beweise dafür liefern, denn dieselben Kandidaten hatten sich nachträglich nochmals untersuchen lassen und wurden dann vollkommen gesund erklärt. Damals hatte ich darauf hingewiesen, daß z.B. ein Kandidat als körperlich ungeeignet ausgeschieden worden sei, der erst vor einigen Monaten von seiner Militärdienstzeit zurückgekehrt war, dieselbe aber nicht als gewöhnlicher Soldat geleistet hatte, sondern bei der Berufsfeuerwehr in Rom ausgebildet worden war, um dann die ganze Zeit bei der Berufsfeuerwehr Dienst zu verrichten. Interessant dabei ist, daß jemand, bevor er überhaupt zu dieser staatlichen Feuerweherschule zugelassen wird, einer sehr gründlichen Untersuchung unterzogen wird. Für diesen Militärdienst wurde er also für tauglich befunden währenddem er hier, wo er für sich eine Existenz suchte, für untauglich erklärt worden ist. Ich hatte damals in meiner Anfrage angeregt, für diese Kandidaten die Möglichkeit vorzusehen, bei derart evidenten Fehl-

entscheidungen Einspruch einlegen zu können. Vom Präsidenten des Regionalausschusses wurde mir daraufhin geantwortet, diese Einspruchsmöglichkeit sei schon vorgesehen gewesen, nachdem den ausgeschiedenen Kandidaten das Dekret über ihren Ausschluß mitgeteilt worden sei. Es stimmt schon, sehr geehrter Herr Assessor — ich wende mich an Sie, da der Präsident nicht anwesend ist —, daß dieses Dekret den Kandidaten mitgeteilt worden ist. Es darf jedoch dabei nicht außer Acht gelassen werden, wann diese Mitteilung gemacht wurde. Vergessen wir z.B. nicht, daß ein Kandidat mit Schreiben vom 10. Juli die nochmalige Untersuchung verlangt hatte. Im August fand dann der Wettbewerb statt und erst im September bekam er die Mitteilung über seine Nichtzulassung. Ich glaube nicht, daß das demokratische Recht eines jeden einzelnen Bürgers dadurch gewahrt wird, indem ihm seine Nichtzulassung erst nach Abwicklung des Wettbewerbes bekanntgegeben wird. Die betreffende Mitteilung müßte ihm daher rechtzeitig zugestellt werden und nicht erst nach Abwicklung des Wettbewerbes, d.h. wenn es schon zu spät ist.

Ich habe aber noch auf etwas Sonderbares hingewiesen. Am Wettbewerb hat nämlich auch einer teilgenommen, der schon seit 6 oder 7 Jahren bei der Berufsfeuerwehr provisorisch als Feuerwehrmann Dienst leistet. Auch er wurde als ungeeignet ausgeschieden, ist jedoch weiterhin dort verblieben. Nun wird mir in der Antwort auf meine Anfrage gesagt, er werde nicht als regelrechter Feuerwehrmann geführt und aus einem anderen Kapitel bezahlt. Das mag wohl sein, doch eines steht fest, daß er seit 6-7 Jahren und heute noch als Feuerwehrmann Dienst versieht, aber trotzdem als körperlich absolut ungeeignet ausgeschieden worden ist. Mir erscheint es daher sonderbar, daß

er trotz seiner behaupteten Untauglichkeit weiterhin dort verbleiben konnte. Ich bestehe selbstverständlich nicht darauf, daß man ihn wegschickt, weil er es auch notwendig haben wird. Denselben Maßstab sollte man aber auch für die anderen Kandidaten anwenden, die dort noch nicht Dienst leisteten, weshalb man auch ihnen hätte die Möglichkeit einräumen müssen, ebenfalls an diesem Wettbewerb teilzunehmen.

Etwas Positives sehe ich in der Antwort des Präsidenten, daß für den nächsten Wettbewerb von der Region eine eigene Ärztekommision eingesetzt und nicht mehr die Ärztekommision beim Militärspital herangezogen werden wird.

Nun komme ich zu einem anderen Punkt. Schon vor Jahren hatte ich immer wieder auf die Notwendigkeit hingewiesen, für die Freiwilligen Feuerwehren die notwendige Ausrüstung und somit auch die notwendigen Geldmittel in der Bilanz vorzusehen, denn die Berufsfeuerwehr hat einen eignen Haushalt und die dementsprechende Finanzierung. Bei der letztjährigen Bilanzdebatte habe ich es als etwas Positives bezeichnet, daß der Betrag nun endlich auf 110 Millionen Lire gebracht wurde. Der Regionalassessor hatte bei dieser Gelegenheit auch versprochen, daß dieser Betrag für mehrere Jahre so verbleiben würde. Aber was ist nun in der Zwischenzeit geschehen? In der diesjährigen Bilanz 1968 ist dieser für beide Provinzen gedachte Betrag auf 80 Millionen reduziert worden, also um volle 30 Millionen gekürzt worden. Dies trotzdem der Regionalausschuß bzw. das zuständige Assessorat vor drei oder vier Jahren eine eigene technische Kommission eingesetzt hatte, um den Bedarf der Freiwilligen Feuerwehren d.h. die Geldmittel festzustellen, die alljährliche für die notwendige Ausrüstung erforderlich sind. Sie errechnete damals, daß jährlich 100 Millionen

Lire bzw. 200 Millionen Lire insgesamt für die Region nötig sind. Nachdem nun einmal 110 Millionen Lire für die gesamte Region, also 55 Millionen für jede Provinz, vorgesehen waren, soll jetzt dieser Betrag um 30 Millionen Lire vermindert werden. Man wird mir sagen, das Jahr 1967 sei ein außerordentliches Jahr gewesen, weil vorher im November 1966 die Unwetterkatastrophe über unsere Region hereingebrochen war und somit mehr Material verlorengegangen ist und daß deshalb für die Feuerwehren mehr getan werden mußte. Mit diesem kleinen Mehrbetrag des Jahres 1967 konnte jedoch keineswegs der Ausfall an Material, den die Feuerwehren anlässlich der Unwetterkatastrophe des Jahres 1966 erlitten hatten, gedeckt werden. Deswegen wäre es billig und recht gewesen, Herr Assessor, auch für das laufende Jahr 1968 und für die kommenden Jahren zumindest noch diesen Betrag in der Bilanz vorzusehen.

Noch etwas: Anlässlich der letztjährigen Haushaltsdebatte war auch davon die Rede, daß auch der Staat einen außerordentlichen Beitrag für das Feuerwehrwesen gewähre. Es wurde damals von einer Summe von 30 Millionen Lire gesprochen. Ich möchte deshalb den Herrn Assessor fragen, ob dieser Beitrag von seiten des Staates zugesichert, oder, ob er schon ausgezahlt worden ist und eventuell für welche Zwecke er Verwendung finden sollte. Dies ist ein Thema.

Ich möchte auch ein zweites Thema ansprechen, und zwar ist es das der Tätigkeit der Landesverbände der Freiwilligen Feuerwehren. Wie Sie wissen, Herr Assessor, ist der Landesverband der Freiwilligen Feuerwehren der Provinz Bozen sehr aktiv und hat die Schulung der freiwilligen Feuerwehrleute übernommen. Er führt zu diesem Zweck eine Schule in Naturns und kommt für sie auf. Die Tätigkeit des Lan-

desverbandes ist nun derart vielfältig, daß es schon zu überlegen wäre, ob man demselben nicht mehr Geldmittel zur Verfügung stellen müßte, damit er seiner Aufgabe gerecht werden kann. Ich spreche in diesem Fall selbstverständlich nur vom Landesverband der Provinz Bozen, denn irgendwie operiert der Landesverband der Provinz Trient auf einer anderen Ebene. In der Provinz Trient haben wir keine Bezirksverbände und auch die Tätigkeit des Landesverbandes ist meines Wissens sehr gering. Bitte vergewissern Sie sich hierüber, Herr Assessor. An die Landesverbände sind in den letzten Jahren immer diese Beiträge ausgezahlt worden und an beide Verbände in gleicher Höhe, obwohl in Trient die Tätigkeit sehr gering ist. Ich weiß, daß der Landesverband der Provinz Bozen über die Verwendung dieser Gelder immer Rechenschaft gegeben hat. Der Trentiner Verband hat es aber bis heute noch nie getan. Dies könnte und sollte aber nachgeholt werden, um über die Verwendung dieser Gelder einen besseren Überblick zu bekommen.

Ich möchte jetzt noch ein anderes Thema anschneiden. Seit mehr als einem Jahr — so wurde mir zumindest berichtet —, befindet sich eine Gruppe von Feuerwehrleuten in Meran. Es sind Feuerwehrleute des Nationalkorps, die aus Rom heraufgeschickt worden sind. Es wäre deshalb interessant, Herr Assessor, zu wissen, was diese Feuerwehrleute in Meran zu tun haben. Denn wenn es um einen Dienst geht, der von Feuerwehrleuten zu versehen ist, dann muß ich sagen, daß wir selbst Feuerwehrleute haben, die auch auf der Höhe sind um diesen Dienst zu versehen. Diese Feuerwehrmänner haben sich auch den Namen « Landeskommando der Feuerwehren Meran » zugelegt, wie aus Schreiben entnommen werden kann. Wenn nun diese Feuerwehrleute in Meran gelassen werden, dann verzichtet man irgendwie

auf die eigene Kompetenz, weil ja das Feuerwehrwesen zur ausschließlichen Kompetenz der Region gehört und es deshalb nicht zugelassen werden darf, daß irgendwo in der Region andere Feuerwehrleute irgendeinen Feuerwehrdienst versehen. Es liegt daher im Interesse der Region, ihre Kompetenzen zu wahren und deswegen einmal nach dem Rechten zu sehen, um in Erfahrung zu bringen, was diese Gruppe von Feuerwehrleuten in Meran zu tun hat, wo sie sie in einem Hotel untergebracht sind.

Ich will noch einen Punkt erwähnen, den ich ebenfalls schon oft angeschnitten habe. Sie wissen, Herr Assessor, daß auf Grund des Regionalgesetzes vom Jahre 1963 die Freiwilligen Feuerwehren nicht nur einen außerordentlichen, sondern auch einen ordentlichen Beitrag für die ordentliche Verwaltung erhalten. Es gibt zwei verschiedene Beiträge: einen fixen Beitrag, den jede Feuerwehr bekommt, und dann noch eine Kopfquote, die auf Grund der im Wirkungsbereich ansässigen Bevölkerung festgesetzt wird. Wenn also in einer Gemeinde eine einzige Feuerwehr besteht, so bekommt diese 100 Lire je Einwohner. Wenn in einer Gemeinde mehrere Feuerwehren bestehen, dann wird der Wirkungsbereich vom Gemeinderat aufgeteilt und die einzelnen Freiwilligen Feuerwehren erhalten dann diese Kopfquoten je nach der Bevölkerungszahl ihres Wirkungskreises. Diese Kopfquote — ich habe es Ihnen schon x-mal gesagt —, wird an die Gemeinde anstatt direkt an die Freiwillige Feuerwehr ausgezahlt. Deshalb ist es immer wieder zu Unannehmlichkeiten und Verzögerungen in der Auszahlung dieser Kopfquoten gekommen. Um diese Unannehmlichkeiten und Verzögerungen zu vermeiden, hatte ich seinerzeit den Vorschlag gemacht, das Gesetz dahingehend abzuändern, daß nicht nur der fixe Betrag, sondern auch diese Kopfquoten an die Freiwilligen

Feuerwehren ausbezahlt werden. Hierzu genügt ein Gemeinderatsbeschluß, mit dem der Wirkungsbereich der einzelnen Freiwilligen Feuerwehren festgesetzt wird. Es war jedoch nur mein Wunsch, dieses Gesetz dementsprechend zu ändern, denn den gleichen Wunsch haben auch die Freiwilligen Feuerwehren selbst, die Landesverbände und die einzelnen Bezirksverbände. Auch die Gemeinden selbst sind froh, wenn sie nicht diese Gelder in Empfang nehmen müssen, um sie dann wiederum weiterzugeben, denn für die Gemeinden ist dies nur eine Mehrbelastung, die sie gerne vermeiden würden. Für diesen Vorschlag der Abänderung des Gesetzes ist aber zusätzlich auch der Verwaltungsrat der Feuerwehrkasse in Trient eingetreten. Es wäre deshalb doch an der Zeit, Herr Assessor, diesem Wunsch nachzukommen und die Änderung dieses Gesetzes vorzunehmen. Ich bin überzeugt, daß dann auch die Auszahlung viel schneller und reibungsloser vor sich gehen würde. Dies ist es eigentlich, was das Feuerwehrwesen betrifft. Aber ich wollte noch etwas erwähnen und das betrifft Sie, Herr Assessor Fronza. Ich habe die Verzeichnisse über die Verteilung der Beiträge durchgelesen, die hauptsächlich an Vereine und Verbände für wohltätige Zwecke gegangen sind. Es sind normalerweise große Beträge, die da aufscheinen. Es ist mir z.B. ein Betrag aufgefallen, der mich besonders interessiert hat, weil auch der Südtiroler Kriegsoferversverband um einen Betrag nachgesucht hat. Er hat 80.000 Lire bekommen und in dem Verzeichnis ist schwer ein anderer Beitrag zu finden, der so niedrig ausgefallen ist. Der Kriegsoferversverband ist ein Verband, der für die Südtiroler Kriegsofervers aufkommt und der daher einen großen Bedarf hat; um die eigenen Mitglieder unterstützen zu können. Ich habe dann die Beträge an die anderen Vereine und Verbände mit

einem ähnlichen Ziel nachgeprüft. Es sind italienische Verbände und Vereine und ich mußte dabei feststellen, daß dieselben zusammen die ansehnliche Summe von 1.100.000 Lire erhalten haben. Ich glaube, daß dies wohl in keinem Verhältnis steht, nämlich 80.000 zu 1.100.000. Auch in den abgelaufenen Jahren hat der Südtiroler Kriegsoferversverband immer sehr bescheidene Beiträge bekommen. Dabei ist noch zu bedenken, daß die italienischen Verbände, die jeweils 3-4-500.000 Lire bekommen, auch vom Staate eine Unterstützung erhalten, während der Kriegsoferversverband dies nicht bekommt.. Mir kommt deshalb vor, daß hier nicht mit dem richtigen Maßstab vorgegangen worden ist. Deswegen muß ich Sie schon ersuchen, Herr Assessor, wenigstens für das laufende Jahr 1968 ein wenig nach dem Rechten zu sehen. Ich habe dem nichts mehr hinzuzufügen, außer der weiteren Feststellung, daß z.B. in der Provinz Bozen an die Nomaden 400.000 Lire gegeben worden sind, was auch in keinem Verhältnis zur Tatsache steht, daß bestimmten anderen Verbänden nur 80.000 Lire gegeben worden sind. Man hat daher den Eindruck, daß man dem Südtiroler Kriegsoferversverband so wenig als nur möglich geben will, damit er früher oder später aufgeben muß. Ich ersuche Sie deshalb nochmals eindringlich, Herr Assessor, daß auch für den Südtiroler Kriegsoferversverband ein wenig mehr Verständnis bei der Verteilung der Beiträge für das laufende Jahr 1968 aufgebracht wird.

(Egregio signor Presidente! Pare proprio sia mio destino parlare di cose già ripetutamente discusse qui nel Consiglio regionale per cui non esporrò dunque nulla di nuovo. Già nell'estate del 1967 avevo indirizzato al Presidente della Giunta regionale — cioè all'allora Presidente Dalvit — un'interrogazione relativa ad

alcune irregolarità riscontrate nella procedura di un bando di concorso per vigili del fuoco del Corpo Permanente, irregolarità che desideravo fossero chiarite. Detta interrogazione restò inevasa tanto a lungo da costringermi a ripresentarla, ed ora ho ricevuto la risposta, una risposta scritta che contiene alcune inesattezze e non può propriamente dirsi esauriente. Come lei forse ricorderà i concorrenti al bando vennero a quel tempo visitati da una commissione medica presso l'ospedale militare di Bolzano, o meglio presso quello di Trento. Nella mia interrogazione feci presente, e torno ora a ripeterlo, che secondo me quelle visite mediche vennero effettuate alquanto superficialmente. La stampa italiana definì uno scandalo il solo fatto che si osasse affermare una cosa del genere. Ciò nonostante torno oggi a ribadire che le visite mediche furono parecchio superficiali. Potrei in merito anche produrre delle prove, in quanto gli stessi concorrenti si sottoposero in seguito ad una nuova visita medica e vennero dichiarati perfettamente sani. Sempre in quell'occasione feci presente ad esempio che un candidato era stato eliminato per inidoneità fisica, e ciò a pochi mesi dal suo rientro dal suo servizio militare che aveva prestato non da soldato semplice bensì quale vigile del fuoco, previamente addestrato all'uopo, presso il Corpo Permanente del Servizio Antincendi di Roma. Degno di nota è appunto il particolare che per l'ammissione al suddetto corso di addestramento, l'aspirante viene sottoposto preventivamente ad una radicale visita medica. Il candidato venne dunque giudicato idoneo per quel particolare servizio militare, mentre qui, ove ne andava del pane per la sua esistenza lo si dichiarò fisicamente inidoneo. Nella mia interrogazione io avevo perciò proposto che in casi così lampanti di decisioni errate, venisse prevista per i candidati la possibilità di presentare ricorso. Il Presi-

dente della Giunta regionale mi rispose in merito che tale possibilità di reclamo era già prevista, in quanto ai candidati giudicati inidonei era stato notificato il decreto relativo alla loro esclusione dal bando; pur se ciò è esatto egregio signor assessore — mi rivolgo a lei data l'assenza del Presidente — bisogna peraltro anche considerare quando il decreto venne notificato ai candidati! Non dimentichiamo, ad esempio, che un candidato aveva richiesto per iscritto, il 10 luglio, un'ulteriore visita medica; ad agosto ebbe quindi luogo il concorso, ma solo in settembre il candidato ricevette la notifica della sua inammissibilità al bando.

Non credo che notificare l'esclusione a concorso ultimato, vale a dire troppo tardi, significhi propriamente salvaguardare i diritti democratici del singolo cittadino.

Sempre nella mia interrogazione ho fatto cenno anche ad un'altra stranezza e cioè: al bando di concorso aveva partecipato pure un tale che già da sei o sette anni prestava servizio temporaneo, quale pompiere, presso il Corpo Permanente Vigili del Fuoco. Anche egli venne giudicato inidoneo, pur tuttavia continuò a prestare l'anzidetto servizio. A tal proposito mi fu risposto che l'uomo non figurando inquadrato regolarmente quale vigile del fuoco, veniva pagato sotto altro capitolo. Questo potrà anche essere vero, ciò non toglie però che malgrado egli, da sei o sette anni (ed ancor oggi), prestasse servizio quale vigile del fuoco, sia stato escluso dal concorso per assoluta inidoneità fisica. E' appunto il fatto che sia potuto rimanere presso il Corpo nonostante tale affermata inidoneità, che a me appare quanto meno bizzarro. Con ciò non intendo ovviamente sostenere che quel vigile vada licenziato, in quanto deve egli pure poter vivere, ma ritengo che ci si sarebbe dovuti regolare in egual misura nei confronti di quegli altri candidati non

ancora assunti in servizio, concedendo loro la possibilità di partecipare al concorso.

Qualcosa di positivo nella risposta del Presidente la vedo nel fatto che per il prossimo bando di concorso la Regione insedierà una propria commissione medica anziché avvalersi di quella dell'ospedale militare.

Ed ora un'altra questione. Già da anni continuo a far presente la necessità di stanziare in bilancio i fondi occorrenti per dotare di un adeguato equipaggiamento i Corpi Volontari Vigili del Fuoco, dato che il Corpo Permanente dispone di un proprio bilancio e di un finanziamento conforme alle esigenze. Nel corso dell'ultimo dibattito sul bilancio ho giudicato positivo il fatto che l'importo fosse stato finalmente elevato a 110 milioni di lire; in quell'occasione l'assessore regionale promise peraltro che detta cifra sarebbe per diversi anni rimasta invariata. Cos'è accaduto invece nel frattempo? E' accaduto che nel bilancio del corrente 1968 il succitato importo, previsto per entrambi le Province, è stato ridotto a 80 milioni, vale a dire decurtato di ben 30 milioni. E ciò malgrado la Giunta regionale, nella fattispecie il competente assessore, avesse tre o quattro anni fa nominata un'apposita commissione preposta a stabilire quale potesse essere il fabbisogno dei Corpi Volontari Vigili del Fuoco, ovvero a stabilire l'importo necessario annualmente per un equipaggiamento adeguato alle esigenze. La commissione calcolò che tale fabbisogno ammontasse a 100 milioni annui per ciascuna Provincia, vale a dire che alla Regione necessitassero complessivamente 200 milioni. L'importo venne però fissato e stanziato in ragione di 110 milioni, ossia 55 milioni per ciascuna Provincia, ed ora lo si vorrebbe decurtare di 30 milioni. Mi si ribatterà che il 1967 è stato un anno particolare poiché, causa la calamità atmosferica abbattutasi nel novembre

del 1966 sulla nostra Regione, il Servizio Antincendi lamentò una maggior perdita di materiale, per cui si dovette in merito provvedere un po' più largamente. Ma quel maggiore importo fu comunque egualmente insufficiente a coprire il danno relativo alla perdita del materiale in parola. Pertanto, signor assessore, sarebbe stato giusto e bene stanziare ancora in bilancio anche per il corrente 1968 e per gli anni a venire perlomeno questo importo.

Ancora una cosa: in occasione del dibattito sul bilancio dell'anno in corso, si parlò anche di un contributo straordinario garantito dallo Stato per il Servizio Antincendi, e si accennò ad un importo di 30 milioni. Vorrei pertanto sapere dal signor assessore se tale contributo sia già pervenuto o meno, ed eventualmente a quali fini s'intenda utilizzarlo. Questo è un punto.

Ve ne è anche un altro di cui vorrei parlare, e precisamente quello relativo all'attività dell'Unione Provinciale del Corpo Vigili del Fuoco Volontari della provincia di Bolzano. Come lei sa signor assessore tale unione è assai attiva; essa si è infatti assunta il compito di addestramento delle reclute del Corpo in parola, dirigendo e sovvenzionando all'uopo una scuola a Naturno. L'attività dell'Unione provinciale è talmente molteplice che sarebbe proprio il caso di considerare se non si debbano metterle a disposizione più fondi, onde consentirle di poter assolvere a tutti i propri compiti. E' ovvio che mi sto riferendo unicamente all'Unione provinciale di Bolzano, in quanto quella di Trento opera in qualche modo su altro piano. In provincia di Trento non sussistono infatti Unioni distrettuali ed anche l'attività dell'Unione provinciale è, per quanto ne so, minima, e la pregherei proprio di sincerarsene signor assessore! Questi contributi sono stati negli ultimi anni sempre versati, alle Unioni del

Corpo Volontario Vigili del Fuoco di entrambe le province, in egual misura, malgrado che a Trento l'attività sia, come già detto, assai ridotta. Io so che l'Unione provinciale di Bolzano ha sempre presentato un resoconto sull'utilizzazione di tali fondi, mentre l'Unione trentina non lo ha finora mai fatto; una trascuratezza quest'ultima cui si potrebbe e dovrebbe però ovviare, al fine di avere una visione d'insieme sull'impiego dei fondi in parola.

Ed ora un altro punto: da oltre un anno — almeno a quanto mi è stato comunicato — si trova di stanza a Merano un gruppo di vigili del fuoco del Corpo nazionale, mandati quassù da Roma. Mi interesserebbe sapere, signor assessore, a cosa siano preposti a Merano detti vigili, dato che se si tratta di servizi di pertinenza dei Vigili del Fuoco, dobbiamo riconoscere che disponiamo già di personale perfettamente all'altezza delle esigenze. Come risulta da certi scritti, i vigili del fuoco di Roma hanno denominato il proprio gruppo « Comando Territoriale del Servizio Antincendi di Merano ». Se si lascia che questo gruppo continui ad operare a Merano, ciò significa in qualche modo rinunciare alle nostre competenze. Essendo il servizio antincendi esclusiva competenza della Regione, non dovrebbe essere consentito che in una qualche località della regione possano prestare servizio altri vigili del fuoco che non siano i nostri. Rientra pertanto nell'interesse della regione salvaguardare le proprie competenze ed i propri diritti, cercando di appurare una volta per tutte cosa quel gruppo di vigili del fuoco ci stia a fare a Merano, ove è alloggiato presso un albergo.

Vi è un altro punto, del quale avevo peraltro già parlato, ed a cui desidero ancora accennare. Lei sa signor assessore che ai sensi della legge regionale del 1963 viene erogata ai Corpi volontari vigili del fuoco, oltre ad un im-

porto fisso annuo, anche una quota fissa pro-capite stabilita in base al numero degli abitanti residenti nel raggio d'azione del Corpo stesso. Se in un Comune presta dunque servizio un solo nucleo volontari, esso riceve cento lire per ogni abitante. Nei Comuni aventi invece vari Corpi volontari l'importo dovuto deve essere naturalmente ripartito ed assegnato ai singoli Corpi secondo la zona di loro competenza. Dette quote pro-capite vengono versate, come ho già ribadito innumerevoli volte, vengono versate ripeto, ai Comuni anziché direttamente ai Corpi in parola, sistema questo che ha provocato spesso dissensi e lagnanze dovute al ritardo con cui i Comuni, causa motivi connessi ad alcune formalità burocratiche, provvedono al versamento delle quote ai singoli Corpi volontari. Per ovviare a detti inconvenienti proposti a suo tempo di modificare la legge, nel senso che ai Corpi volontari venisse versato direttamente non solo l'importo annuo fisso, bensì anche la quota pro-capite, e per farlo basterebbe che mediante una delibera del Consiglio comunale venisse fissata la zona di competenza dei singoli Corpi volontari. Non sono stato e non sono comunque il solo a desiderare una modifica in tal senso; la mia opinione è infatti pienamente condivisa dagli stessi Corpi volontari Vigili del Fuoco, dalle Unioni provinciali e dalle Unioni mandamentali. I Comuni stessi sarebbero contenti di non doversi sobbarcare l'incombenza di prendere in consegna quel denaro per rimmetterlo quindi a chi di spettanza, in quanto ciò rappresenta un sovraccarico di lavoro cui rinuncerebbero volentieri. Anche il Consiglio d'amministrazione del Corpo Vigili del Fuoco di Trento è intervenuto a favore della proposta di una modificazione di legge, per cui sarebbe veramente tempo, signor assessore, di accogliere tale richiesta. Sono convinto che con un provvedimento in tal senso anche i pa-

gamenti verrebbero effettuati assai più celermente e senza intralci. Questo per quanto concerne il servizio antincendi.

Ma c'è ancora qualcosa che desidero menzionare, e questo qualcosa riguarda lei, signor assessore Fronza. Ho scorso per intero gli elenchi relativi alla suddivisione dei contributi assegnati per lo più ad Associazioni ed Istituzioni benefiche, ed ho constatato che si tratta normalmente di somme alquanto consistenti. La mia attenzione si è ad esempio soffermata particolarmente su di un importo che riguarda la Associazione Sudtirolese Vittime di Guerra. Tale Ente che come altri ne ha fatto richiesta, ha ricevuto 80.000 lire, un contributo cioè fra i più bassi riportati nell'elenco. L'Associazione in parola si dedica all'assistenza delle famiglie dei caduti sudtirolesi, e le esigenze che le consentano di aiutare adeguatamente i propri soci sono perciò assai forti. Dico questo perché esaminando poi gli importi devoluti ad analoghe Associazioni italiane, ho dovuto constatare come esse abbiano ricevuto nell'insieme la ragguardevole somma di 1.100.000 lire. Non credo che fra 80.000 ed 1.100.000 il rapporto possa definirsi propriamente equo. Anche gli anni scorsi l'Associazione Sudtirolese Vittime di Guerra ha sempre ottenuto contributi davvero assai modesti rispetto alle 3-4-500.000 lire percepite dalle singole Associazioni italiane, senza contare poi che queste ultime, contrariamente all'Associazione sudtirolese, vengono sovvenzionate pure dallo Stato. Ho quindi la netta impressione, signor assessore, che pesi e misure, come sulo dirsi, lascino in questo caso parecchio a desiderare, per cui vorrei pregarla di provvedere a che, almeno in questo corrente 1968, si agisca in merito con un po' più di giustizia ed equità.

Non ho altro da aggiungere, salvo l'ultima ulteriore constatazione che per esempio in pro-

vincia di Bolzano sono state elargite ai nomadi 400.000 lire, contro appunto le misere 80.000 lire assegnate a certe altre benefiche Istituzioni. Tutto ciò suscita pertanto l'impressione che all'Associazione Sudtirolese Vittime di Guerra si voglia concedere il meno possibile onde metterla in condizione di dover, presto o tardi, rinunciare alla sua attività assistenziale. Pertanto, signor assessore, la prego ancora caldamente di far sì che nell'assegnazione dei contributi per l'anno in corso, venga dimostrata anche nei confronti dell'Associazione in parola un poco più di comprensione.

PRESIDENTE: La parola al cons. Manica.

MANICA (P.S.U.): Signor Presidente, molto brevemente, per toccare il problema delle amministrazioni comunali che è già stato toccato da alcuni colleghi. Io intendo approfondire un tema che è già stato trattato qui anche ieri, sia pure accennato, dal collega Tanas. Per cui tralascio di affrontare il problema di fondo, che è quello della riunificazione, che ha formato oggetto di discussione anche stamattina. Ciò anche se ritengo, e questo intendo sottolinearlo ancora una volta, che da parte di tutti, ma specie da parte della maggioranza, debba essere posto un impegno politico molto maggiore nell'affrontare il problema con le amministrazioni comunali e soprattutto con le popolazioni, in modo da favorire una maturazione democratica nelle coscienze dei cittadini, per giungere alla conclusione, perché così come stanno le cose molte situazioni attuali sono già insopportabili e insostenibili e sono destinate a divenirlo sempre di più. In questa direzione un certo lavoro è stato fatto, però esso deve essere esteso e portato avanti nella profonda convinzione di

agire nell'interesse reale delle nostre popolazioni, prima ancora che delle amministrazioni comunali. Detto questo, penso di dover aprire il discorso, incentrandolo unicamente sulla situazione economico-finanziaria in cui si dibattono molti comuni e su alcuni suggerimenti, che in occasione della preparazione dello schema di sviluppo economico provinciale si è ritenuto di avanzare, con particolare riferimento alla proposta di creare un istituto di credito specializzato. Questo anche perché le dichiarazioni fatte ieri dal capogruppo della S.V.P. non rispondono né alla lettera di quanto contenuto nello schema predisposto dalla provincia di Trento e nel documento di coordinamento predisposto dalla Giunta regionale e approvato ieri notte a larga maggioranza dei consiglieri presenti in aula, né rispondono allo spirito con cui il problema è stato affrontato. E qui mi si consenta di essere buon testimone, dato che il capitolo relativo alla finanza locale e al riassetto comunale è il frutto del lavoro compiuto, come è noto, dal gruppo di studio da me presieduto e diretto, e composto da valenti funzionari, quali il dott. Manara della Regione e il dott. Pedrotti della provincia di Trento. Orbene, io vorrei chiedere al collega Kapfinger, se non ritenga che la proposta avanzata, pur essendo suscettibile di essere variata, se si vuole, integrata, modificata, corretta, sia da scartarsi proprio così a priori come il gruppo della S.V.P. ha inteso di fare. Per quel che mi riguarda, io credo evidentemente di no, dato che l'ho avanzata, ma credo anche che la S.V.P. l'abbia fino ad ora respinta con una motivazione che ha tutte le caratteristiche del pretesto, che come tale ha trovato la sede più appropriata nel contesto generale del discorso fatto ieri dal collega Kapfinger, e che l'abbia respinta con argomenti che nulla hanno a che vedere con l'interesse reale dei comuni. Perché se è vero che si possa fare

anche riferimento alle giacenze di cassa, che comunque si riferiscono al '65, quindi a qualche anno fa, anche se ci fosse una cosa di questo genere, non vedo quale danno deriverebbe ai comuni che avessero giacenze di cassa considerevoli, mettere queste giacenze a disposizione di comuni che in questo grado non fossero, derivando ai comuni aventi giacenze di cassa degli interessi sul prestito che verrebbe in tal modo effettuato. Ma perché non risponde né alla lettera di quanto contenuto nello schema di sviluppo predisposto dalla provincia di Trento, né a quanto affermato nel documento di coordinamento della Giunta regionale, né allo spirito? Perché le proposte non riguardano eventuali giacenze di cassa dei comuni, tant'è vero che non se ne parla nei documenti che ho citato, e perché nella situazione dei comuni trentini ciò non sarebbe nel modo più assoluto possibile. Basterebbe che noi dessimo una scorsa, senza che mi addentri adesso in esami di carattere approfondito, per vedere che la situazione debitoria dal 1956 al 1966, solamente per i mutui in ammortamento, è aumentata di 10 volte per quanto riguarda copertura di disavanzi economici, finanziamento di opere pubbliche nei comuni, esclusi Trento e Rovereto; ed è aumentata di poco meno per quanto riguarda i comuni principali, vale a dire Trento e Rovereto. Io credo che allo stato attuale della finanza locale, e lo ripeto, non pare possibile, nel modo più assoluto, che i comuni della provincia di Trento possano disporre di fondi da utilizzare anche temporaneamente, non solo con una certa durata di tempo, ma anche in un breve tempo ristretto. Perché? Primo, perché le eventuali disponibilità di cassa dei comuni hanno carattere del tutto provvisorio nella situazione attuale, e non è quindi pensabile di poter contare su tali fondi per destinarli ad impieghi che determinano una rinuncia pluriennale, si badi che,

alla liquidità, vale a dire alla disponibilità di liquidi da parte degli enti depositanti, che in questo caso sarebbero i comuni. Secondo: le disponibilità di cassa dei comuni sono caratteristiche di quelli, per lo meno per quanto riguarda la nostra provincia, che impostavano le entrate del loro bilancio sui proventi di ordine patrimoniale, soprattutto sui proventi boschivi. Ora appare chiaro che nella contingenza attuale e stante l'andamento del mercato del legname, che non fornisce neanche — disgraziatamente, vorrei dire — allo stato attuale buone prospettive per il futuro, i comuni che potevano contare su disponibilità di cassa, si trovano ora in notevoli difficoltà di ordine monetario, quindi nella impossibilità pratica di attuare quanto affermato. Si può quindi tranquillamente dire che i comuni, per lo meno per quanto riguarda la provincia di Trento — e la proposta è stata avanzata dalla provincia di Trento — non possono disporre nemmeno di fondi da utilizzare per operazioni non a lungo termine come quelle che si prospetterebbero, ma neanche a brevissimo termine. Ne consegue — ed è, mi pare, una logica conseguenza, senza la quale non si sarebbe neanche potuto avanzare la proposta così come è stata formulata — che solo l'intervento da parte di enti maggiori — Regione, Provincia e potremmo aggiungere lo Stato — potrà permettere l'eventuale realizzazione di un istituto di credito regionale. Dico eventuale, perché è noto a tutti come lo schema di sviluppo presenti delle proposte che tutti ci auguriamo diventino realtà, ma che come tali devono diventare patrimonio, prima di divenire tale realtà. La istituzione di un tale istituto di credito troverebbe la sua giustificazione nel fatto che il tipico istituto di credito effettua le operazioni ai comuni a tassi troppo elevati, vale a dire che, se si è pensato a una cosa di questo genere, lo si è pensato in relazione alla situa-

zione attuale, per cui i comuni sono costretti a portare oneri per tassi di interesse molto superiori a quelli che dovrebbero essere chiesti a un ente pubblico. Senza tener conto, d'altra parte, che queste operazioni di credito sono quelle che maggiormente rappresentano una garanzia nel senso più assoluto per l'istituto di credito stesso, sia perché l'ammortamento dei mutui è assicurato, e lo si sa benissimo, dal rilascio di delegazioni su cespiti tributari di sicura realizzazione, sia per il fatto che prestando la Cassa di risparmio nel caso specifico di tesoreria per quasi tutti i comuni, l'istituto di credito è in ogni momento garantito dall'incasso di qualsiasi entrata spettante al comune mutuatario. Una analoga osservazione può essere fatta anche per le anticipazioni di cassa, il cui onere degli interessi grava sui comuni in misura notevolissima, anche se il tesoriere si garantisce impegnando con diritto di priorità tutte le entrate libere da precedenti vincoli. Vale a dire, per quello che riguarda per lo meno la provincia di Trento e i rapporti con i comuni, la Cassa di risparmio viaggia — per adoperare una frase comune — sul velluto, nel vero senso della parola. L'asserzione che i tassi di interesse stabiliti da tale istituto di credito sono troppo onerosi, ci è consentita, sia perché il tasso stesso tra una cosa e l'altra arriva tra il 10 e l'11%, ma anche per il fatto che in altre province, in altre regioni italiane, per esempio nella vicina Lombardia, hanno per base tassi di favore molto migliori che nella nostra provincia, rispettivamente nella nostra regione; e proprio per la questione dei mutui assunti dai comuni. Per cui niente da temere, collega Kapfinger, che le preoccupazioni espresse a nome del gruppo abbiano una ragione di essere. Probabilmente il collega Kapfinger ha fatto riferimento alla proposta del collega Odorizzi, apparsa sui giornali circa 2 mesi fa e fatta alla consulta della demo-

crazia cristiana in sede Trentina, in cui ha proposto una cassa di compensazione dei comuni nella provincia di Trento, che a mio modesto modo di vedere, dalle affermazioni che io ho fatto adesso nel corso di questo mio breve intervento, non è realizzabile, non è attuabile, per la impossibilità dei comuni di fare una cosa di questo genere.

Un altro discorso sarebbe quello sugli aggi esattoriali, vuoi per le imposte dirette che i cittadini pagano con degli aggi esattoriali che nella provincia di Trento vanno dal 2-2,10% fino ad oltre il 7%, per cui non tutti i cittadini della provincia sono trattati alla stessa stregua per quanto riguarda gli aggi esattoriali, vuoi per quelle indirette, che interessano i comuni, vale a dire il dazio consumo. Se noi facciamo una analisi degli aggi che i comuni devono corrispondere all'esattore, troviamo anzitutto una certa sperequazione, ma troviamo, in secondo luogo, ed è forse l'aspetto più importante, che gli aggi sono elevati. Si dice che il tutto è rapportato al fatto che la riscossione di imposte di questo tipo è inversamente proporzionale alla quantità di denaro che viene raccolta e alla quantità numerica delle partite che si devono fare. Però tenendo conto, per lo meno per quanto riguarda la provincia di Trento, che uno è l'istituto bancario che pratica queste cose, io penso che una azione si renda non solamente opportuna, ma necessaria per ottenere che da parte di questo istituto migliori condizioni siano praticate soprattutto nei confronti dei comuni. Si rende a questo proposito necessaria una ristrutturazione del servizio — io posso concordare su questo — onde consentire proprio la uniformità dell'aggio del quale parlavo prima. Io volevo parlare solamente di questi aspetti della cosa, anche perché altri colleghi sono intervenuti in argomento. Pare a me comunque che il problema dei comuni, anche a que-

sto proposito, debba formare oggetto di attentissima — se mi è consentita la cacofonia — attenzione da parte dell'ente pubblico. Io non dubito minimamente che l'assessore regionale, sia pure in collaborazione, per quanto riguarda taluni aspetti, con le Province, si prenda sempre più a cuore questi aspetti che stanno alla base della vita dei comuni, tenendo anche conto che più disponibilità hanno gli enti locali di denaro, tanto più possono impegnare la loro attività e la loro azione in direzione della programmazione economica che sta per vedere la luce e che sarà portata e dovrà essere portata avanti negli anni a venire. Questo solamente io volevo dire in queste brevi dichiarazioni, attendendo le assicurazioni da parte del signor assessore in proposito.

PRESIDENTE: La parola all'assessore.

FRONZA (assessore enti locali - D.C.): Io ringrazio i signori consiglieri che sono intervenuti sui problemi che riguardano l'assessorato enti locali e assistenza, e darò alcune risposte, sia a quelli che sono intervenuti in sede di discussione generale, sia in occasione della discussione articolata. Il problema che è stato toccato da alcuni consiglieri è l'importanza da dare al tema dell'assistenza. Che siano intervenuti sei consiglieri su otto in questa discussione articolata in tema di assistenza dimostra che il Consiglio dà importanza allo stesso. La Giunta regionale ha patrocinato la convocazione della conferenza regionale dell'assistenza, che si è tenuta l'anno scorso e la cui chiusura sarà alla fine di marzo, e le conclusioni saranno poi espresse in un documento che sarà distribuito ai signori consiglieri affinché ne studino l'attuazione. Questo documento certamente servirà all'assessorato per poter migliorare i suoi metodi

di intervento e anche la legislazione su determinati settori e anche dare effettivamente ai signori consiglieri l'idea di quanto è complesso, vario, delicato il tema dell'assistenza e le istituzioni che seguono questi problemi.

Uno dei temi che hanno toccato vari consiglieri, la signora Gebert, la dott. Perazzolli ed altri, è il tema delle case di riposo. Si è parlato di finanziamento, si è parlato di riattamento e di attrezzature, di problemi del personale. Su questo tema è stata presentata a suo tempo anche una mozione dai consiglieri di lingua tedesca, che tende appunto ad avere un fondo speciale per queste iniziative. Vorrei appunto cominciare subito da questo argomento. Sono anch'io d'accordo su quanto dice la dott. Perazzolli, che non si tratta solo di pensare al finanziamento, ma bisogna pensare anche all'organizzazione, alla dislocazione, alla disposizione, all'organizzazione interna delle case di riposo. Per il finanziamento, a nome anche del Presidente e della Giunta regionale, dichiaro che non è possibile, per lo meno in questo bilancio, presentare un apposito disegno di legge per finanziare le case di riposo. Saremmo dell'idea, invece, qualora ciò fosse possibile, di stabilire, in occasione dell'approvazione del disegno di legge sul rifinanziamento della legge n. 17, una certa priorità; dar mandato alle Province di applicare questa priorità per il finanziamento delle case di riposo, oppure, se il Consiglio regionale lo riterrà opportuno, stabilire addirittura una percentuale di interventi, che secondo me sarebbe più compito delle due Giunte provinciali in sede di applicazione, che di Consiglio regionale in sede di formulazione della legge. Prendo atto anch'io, visti i dati della provincia di Trento, non ho visto quelli di Bolzano, che in provincia di Trento nell'applicazione della legge 17 si è intervenuti molto per quanto riguarda costruzioni ed ampliamenti. Qualche notizia ho

avuto anche da Bolzano; non conosco in questo momento la percentuale di interventi. E' opportuno che nelle priorità sia fissato anche questo tema delle case di riposo. Esaminando i due piani di intervento economico provinciale, vedo che la Provincia di Trento ha previsto nel piano triennale un complesso di interventi per le case di riposo di 1700 milioni, mettendolo a carico di leggi nazionali di settore. Speriamo che queste leggi nazionali di settore ci siano, perché attualmente non vedo quali leggi ci siano, se non qualche sporadico intervento sulla legge del 1949, ex legge Tupini. E' necessario certamente che si intervenga. La Provincia di Bolzano invece sul piano economico ha previsto interventi per 2 miliardi e mezzo, se non erro, o per lo meno nell'ordine di questa cifra, senza indicare la fonte di finanziamento. Certamente sarebbe opportuno che vicino al piano degli ospedali vi fosse anche un piano di finanziamento delle case di riposo, da affrontarsi in sede nazionale. Non è un problema solamente di carattere regionale e con le nostre finanze non siamo certamente capaci di venire incontro. Comunque per ora prendiamo atto che se si rinfanzia la legge n. 17, calcolando la media di concessione del 5% di interesse, possono essere eseguite opere per 4 miliardi, quindi un quid ci può essere.

In merito al contenuto della mozione presentata dalla signora Gebert e da altri, ritengo che la relazione presentata dall'assessorato contribuisca a far conoscere la situazione reale qual è attualmente ed indichi anche delle prospettive.

Ringrazio la dott. Perazzolli per le citazioni fatte nella premessa e nelle considerazioni finali. Vorrei dire ai signori consiglieri presentatori, che non si tratta solo di provvedere al finanziamento per costruzione di nuove case di riposo o riattamento di altre vecchie, ma bi-

sogna considerare anche la loro dislocazione, specialmente a riguardo ad eventuali nuove realizzazioni, formando dei comprensori di comuni. E qui opportunamente viene riproposto il tema della comunità di zona, del comprensorio, citato anche dal cons. Santoni, anche per risolvere il tema delle case di riposo. Abbiamo degli esempi: in provincia di Trento, per esempio in Val di Sole, già da tempo esiste un consorzio per realizzare una nuova casa di riposo a Pellizzano; così nella zona della sinistra a Cembra, zona di Civezzano e Piné, esiste anche da tempo un consorzio per la realizzazione di una nuova casa di riposo. Si tratta di fare un attento studio circa la revisione dei criteri per quel che riguarda la capienza ottimale, con una distinzione netta fra le case di riposo che devono assolvere a funzioni di carattere esplicitamente ospedaliero per i cronici e gli irrecuperabili, e quelle destinate invece ad assolvere il compito più proprio di dare una casa agli anziani che ne sono rimasti privi.

E' stata rilevata da vari consiglieri la carenza di assistenza ai minorati fisici e psichici. Ho risposto a un'interrogazione del cons. Mattivi a questo riguardo, dicendo che mi risulta che in sede nazionale esiste un'iniziativa dell'on. Dal Canton, il quale mi scrisse, a seguito di una mia richiesta, dicendo che questo tema dovrebbe essere affrontato in tema di riforma di assistenza psichiatrica per i minori e che c'era in corso una discussione per arrivare a un accordo fra ministero degli interni e ministero della sanità, per proporre un apposito disegno di legge per coprire questa carenza dell'assistenza ai minorati psichici. Comunque nella nostra regione la legge 625 per i minorati fisici è stata applicata notevolmente, con la commissione costituita a suo tempo. E' stato chiesto qualche chiarimento circa i tipi di assistenza. Vorrei ricordare che questa legge prevede l'assistenza

sanitaria, che non è competenza regionale, ma è competenza del Ministero della sanità, e l'orientamento di qualificazione personale, che è competenza del Ministero del lavoro e previdenza sociale, quindi la Regione non può intervenire a questo riguardo. Il nostro compito è solamente quello di istruire le pratiche che ci sono mandate, per inabili totali e permanenti in stato di bisogno, e per concedere l'assegno mensile di 8 mila lire. Mi sono interessato comunque alla richiesta che ha fatto la cons. Gebert, per la questione dell'avviamento al lavoro. In sede di uffici competenti non è stato fatto molto: dei rilievi e l'istituzione di una commissione per l'avviamento al lavoro dei minorati con una certa percentuale.

Per quanto riguarda l'assistenza sanitaria, vorrei ricordare, anche se non è competenza del mio assessorato, ma del mio collega, assessore Nicolodi, che già si intervenne per i minorati fisici con i contributi per le protesi, ed è dimostrato nella sua relazione. Quindi, pur non prevedendo l'applicazione della 625 per questo riguardo, noi di fatto interveniamo anche con notevoli fondi. Infatti gli invalidi totali, riconosciuti dalle commissioni mediche provinciali, sono stati 396 in provincia di Trento e 289 in provincia di Bolzano, e i sussidi di 8 mila lire sono stati concessi a 329; altre 272 pratiche sono in corso, per un totale di 58 milioni, che sono andati appunto ai minorati fisici riconosciuti.

Ora vorrei passare al tema che è stato sollevato dal cons. Bernhart e collegarmi anche a quanto ha detto il cons. Dalsass sul tema antincendi. Sia il cons. Dalsass che il cons. Bernhart hanno detto che i fondi messi a disposizione quest'anno dei corpi volontari sono diminuiti da 110 milioni a 80. Ma vorrei dire che non si tratta di minor considerazione per i corpi volontari, ma di orientamento della Giunta regio-

nale, che dopo aver preso visione della proposta di legge sulla protezione civile, nella quale sono stanziati alcuni miliardi per l'attrezzatura speciale antincendi, si intende chiedere la quota proporzionale per la Regione a questo riguardo. Si parla di 1500 milioni da una parte, di 2500 milioni da un'altra parte e quindi anche noi intendiamo chiedere la nostra quota parte, così come è stato fatto in altre occasioni per le altre leggi. Quindi il piano che è stato fatto a suo tempo dalla commissione tecnica regionale, con la collaborazione delle unioni provinciali, è stato inviato anche in sede ministeriale, appunto perché sia considerato e perché sia messo nel piano finanziario. Purtroppo questo disegno di legge non so se arriverà a compimento entro la fine di questa legislatura, anche se mi risulta che è notevolmente richiesto anche da altre regioni, e anche il recente disastro in Sicilia ha dimostrato quanto sarebbe stata necessaria la entrata in vigore di questo disegno di legge sulla protezione civile, per quanto riguarda l'organizzazione, ma anche per quanto riguarda l'attrezzatura. Il cons. Dalsass ha chiesto notizie di quella richiesta fatta l'anno scorso al Ministero degli interni, sulla legge 1142, per quanto riguarda i danni ai corpi volontari. Il Ministero degli interni non ha riconosciuto alcuna rifusione, alcun contributo per quanto riguarda i danni in genere; sono stati solo assegnati 30 milioni per acquisto di attrezzatura speciale ai corpi permanenti. Mi riservo poi di rispondere a qualche altra nota del cons. Dalsass.

Circa i problemi dei comuni, sollevati dal cons. Margonari nella discussione generale e anche dal cons. Manica, mi richiamo alla relazione presentata ai signori consiglieri, assieme alla relazione del signor Presidente. Da quella relazione si rileva appunto che nel '67 i comuni deficitari di Trento sono 128, per un complessi-

sivo ammontare di 2 miliardi 400 milioni, e a Bolzano sono 50 per un complesso di 837 milioni. Comunque in queste relazioni si potranno vedere anche i dati e si potrà vedere quanto l'assessorato ha seguito questi temi. Vorrei dire — è stato citato anche dal cons. Margonari — quanto è stato fatto per seguire il disegno di legge sulla riforma tributaria. In Giunta regionale se ne è parlato più volte e ho partecipato a diversi convegni di tecnici. Anche noi siamo dell'idea che togliere ai comuni qualsiasi potestà d'imposizione tributaria, può essere un errore. Qui siamo d'accordo con l'ordine del giorno approvato a suo tempo dalla Associazione dei comuni italiani, perché si è visto che quando è stata sospesa la imposta di consumo sul vino, il corrispettivo è stato non sempre adeguato, ma soprattutto è stato dato in ritardo. Ci si è preoccupati anche del metodo col quale sarà ridistribuito poi ai comuni: se in base agli abitanti o anche alle condizioni economiche. Comunque seguiremo questo tema della riforma tributaria, ma non pare purtroppo che sarà risolto in questa legislatura. Il disegno di legge sull'ordinamento dei comuni è stato ripresentato al Consiglio regionale: in questi giorni verrà mandato alla Presidenza e poi alla rispettiva commissione, e mi auguro che possa essere presto discusso, perché contiene norme molto interessanti per i comuni, anche agli effetti di quei temi toccati stamattina in sede di lavori pubblici, perché danno anche la possibilità di avere maggiori garanzie ai comuni per poter contrarre dei mutui.

Alcuni consiglieri hanno parlato dell'unificazione dei comuni. Voglio dire a questo riguardo che vi sono due disegni di legge, uno già in Consiglio, che riguarda Baselga di Vezzano e Vigolo Baselga, che si unificano e rispettivamente poi vanno nel comune di Trento; l'altro che sta per essere approvato dalla Giunta re-

gionale, che riguarda Banco, Cases e Sanzeno, anche se a questo proposito nel comune di Sanzeno, dopo l'entusiasmo iniziale, si manifestano notevoli perplessità. L'azione fatta dall'assessorato, in collaborazione con l'assessorato provinciale, non è stata molto facile, soprattutto a Trento; in provincia di Bolzano si presenta poco questo problema. Sono convinto che i futuri comprensori saranno più efficaci, se non agli effetti di una unificazione, almeno per la costituzione di consorzi per determinati servizi, quali l'ufficio tecnico, il servizio elettorale, il servizio anagrafe, il servizio tributario.

Il cons. Margonari e il cons. Santoni hanno parlato anche delle comunità di zona. Si ricorderà che in sede di esame, da parte della commissione legislativa, del disegno di legge sull'ordinamento dei comuni, era stato proposto un articolo per il finanziamento delle comunità e dei consorzi di valle. Lì era stato rilevato che tale norma di carattere finanziario non poteva essere inserita in una legge di ordinamento, anche perché la legge stessa non prevedeva tali enti, e pertanto è stato stabilito che la Giunta regionale presenti un apposito disegno di legge sulla costituzione e il funzionamento di detti enti. La Giunta regionale ha costituito una commissione di tecnici, due della Provincia di Bolzano e della Provincia di Trento e due della Regione, e a conclusione dei lavori di questa commissione è stato fatto un disegno di legge appunto sulle comunità di zona, disegno di legge che sarà presentato penso ancora la prossima settimana in sede di Giunta e poi inviato in Consiglio. Il disegno di legge stabilisce appunto che i nuovi enti dovrebbero assumere la denominazione di consorzi comprensoriali o di comunità di valle, e sono costituiti per delega della Regione, dalle Giunte provinciali competenti per territorio. In questo disegno di legge si stabiliscono i compiti dei nuovi enti, sia in

relazione alla normazione provinciale in tema di urbanistica e di coordinamento territoriale, sia in relazione all'esigenza di conferire a detto nuovo ente compiti che attualmente sono svolti dai Comuni, ma che potrebbero con maggiore rendimento e minor spesa essere assunti da enti sovracomunali, ed inoltre tutti i compiti attualmente attribuiti ai consigli di valle e alle comunità montane. Se guardiamo, per esempio, il problema sollevato dal mio collega, vediamo che l'attuazione dell'unità sanitaria potrebbe essere affidata efficacemente a questi consorzi comprensoriali, a queste comunità di valle; e così per tanti altri temi di carattere economico-sociale, turistico, industriale. Si prevede che nell'art. 3 di questo disegno di legge sia fatto anche un apposito statuto tipo, in modo che sia analoga la formulazione delle norme e che ci siano appunto anche le norme sull'esercizio della delega. Si stabilisce inoltre un primo stanziamento di 10 milioni per contribuire alle spese correnti, nel 1968, per questi nuovi enti. Inoltre si prevede il coordinamento appunto delle norme regionali con le norme stabilite nella legge urbanistica provinciale di Trento e nel previsto piano di coordinamento territoriale nella provincia di Bolzano. In pratica i compiti di tali consorzi comprensoriali dovrebbero essere questi: redazione di piani urbanistici comprensoriali, secondo quanto previsto dalla legge provinciale vigente, la preparazione di piano di sviluppo economico dei rispettivi territori, di attuazione di iniziative di programmazione economica. Dice anche la legge 685: la rappresentanza unitaria di particolari interessi del territorio comprensoriale, la promozione di iniziative intese allo sviluppo economico e sociale dei territori comprensoriali, l'assunzione, il coordinamento dei servizi di competenza dei comuni. Mi pare che questo disegno di legge corrisponda alle esigenze più volte presentate

sia dai signori consiglieri, sia da vari amministratori comunali in sede periferica.

Ora vorrei rispondere ancora ad alcuni altri piccoli argomenti. E' stato citato il tema del minimo vitale. La signor Gebert non c'è, comunque è uno dei temi che saranno approfonditi in sede di conclusioni della conferenza dell'assistenza. E' stata chiesta la costituzione della sezione di lingua tedesca della scuola superiore di servizio sociale di Trento. Questo è uno studio fatto proprio dalla direzione della scuola superiore di servizio sociale di Trento, e a questo riguardo anche è stato chiesto un aumento dello stanziamento di 10 milioni: la dott. Perazzolli ha chiesto appunto un'integrazione, del contributo di 5 milioni. A questo riguardo direi alla signora Gebert e anche alla dott. Perazzolli che questo argomento è all'attenzione dell'assessorato e si insisterà presso la scuola perché questo argomento sia affrontato, dato il fatto anche che si vede un aumento degli allievi di lingua tedesca della provincia di Bolzano. Mi risulta che anche la Giunta provinciale di Bolzano ha messo a disposizione 4 borse di studio a questo riguardo. Il cons. Dalsass ha trattato il tema dei consorzi. Questo tema non mi riguarda, ma riguarda la presidenza. E' stata data una risposta all'interrogazione e comunque so che è in preparazione un altro concorso; la graduatoria di quel concorso che è stato criticato è stata approvata dalla Corte dei conti e fra non molto ci sarà l'assunzione in servizio di nuovi vigili. Alla fine vorrei parlare sulla difesa della competenza regionale. E' stato presentato un ricorso alla Corte costituzionale proprio per difendere le nostre competenze, e vorrei dire che, per quanto riguarda i due vigili del fuoco di Roma che sono a Merano, essi non sono certamente là per sostituire il servizio volontario antincendi né il corpo permanente; sono lì per compiti certamente che non riguardano il te-

ma del servizio antincendi. A quanto lamentato dal cons. Bernhart l'altro giorno circa gli emblemi, rispondo che vi è una disposizione del Commissariato del governo, comunque da parte dell'assessorato sarà fatto di tutto perché questa libertà sia concessa. Così per le istituzioni. Io dico che per l'assistenza non si fanno distinzioni, si guarda dove c'è bisogno e, pur tenendo conto del criterio del 50% a Trento, 50% a Bolzano, quando si è in sede di Bolzano si guarda l'attività delle varie associazioni e se è documentata la necessità di interventi per l'assistenza, si interviene adeguatamente. Comunque se ci sono situazioni particolari di carenza o se si è dato meno, io prego il signor cons. Dalsass come gli altri di voler darmi una relazione o documentarmi questa carenza, perché ne sarà tenuto conto. Il mio assessorato cerca di conseguire gli obiettivi che sono previsti dal programma della Giunta regionale e che sono contenuti anche nei piani discussi e approvati ieri.

PRESIDENTE: Metto in votazione il cap. 1495: è approvato a maggioranza.

Metto in votazione il cap. 1530: è approvato a maggioranza.

Metto in votazione il cap. 1575: è approvato a maggioranza con 3 astenuti.

Metto in votazione il cap. 1570: è approvato a maggioranza con 7 astenuti.

Metto in votazione il cap. 1590: è approvato a maggioranza con 4 astenuti.

Metto in votazione il cap. 1630: è approvato a maggioranza con 5 astenuti.

Metto in votazione il cap. 1870: è approvato a maggioranza con 5 astenuti.

Metto in votazione il cap. 1921: è approvato a maggioranza.

Metto in votazione il cap. 4550: è approvato a maggioranza.

Si passa ora all'esame della *rubrica Previdenza sociale e sanità*.

La parola al cons. Mattivi.

MATTIVI (D.C.): Brevemente, anche data l'ora. Vorrei che alcune cose circa le linee generali di politica sanitaria, di politica assistenziale della Regione, almeno su alcune iniziative che si sono evidenziate maggiormente in questi ultimi tempi, tralasciando interventi localizzati nel settore di politica sanitaria e assistenziale.

A me sembra che tre siano le linee che maggiormente si sono evidenziate in questo settore nella Regione. La prima è quella di aver redatto una programmazione di piano ospedaliero regionale, di cui alcune linee generali sono state anche recepite in seno al piano economico provinciale, sia di Bolzano che di Trento. L'iniziativa dell'assessorato è stato quello schema di legge ospedaliera che è stata distribuita e un esame ai vari enti che operano nel settore sanitario. E' ciò veramente importante nel momento attuale, in cui è stata approvata alla Camera la legge ospedaliera.

La seconda iniziativa importante in questo campo è lo studio che è stato fatto dalla Regione a proposito dell'unità sanitaria locale nella programmazione nazionale e rispettivamente lo studio sull'unità locale assistenziale di servizi sociali, anche sotto l'egida della Regione.

Terza iniziativa è quello studio per le case di riposo, di cui abbiamo sentito parlare anche oggi, che veramente evidenzia quanto la Regione si interessa in questo campo particolare. Io ho osservato lo studio di programmazione ospedaliera in sede regionale, raffrontato un po' allo studio in sede nazionale; ho osservato che tutte le esigenze in campo ospedaliero, in campo di cliniche specializzate, sono state tenute presenti in sede locale, in maniera tale, ripeto, che anche nel piano di programmazione economica provinciale questo studio è stato di grande aiuto. Nella programmazione ospedaliera che si rapporta fino al 1980, interessante è ciò che si afferma, cioè che l'esigenza dei posti letto per acuto e luogodegenti, è superiore che in altre parti d'Italia; questo per necessità, per determinate malattie locali, per l'ambiente nostro stesso e soprattutto per la presenza dei turisti. Si dice: in campo nazionale sono sufficienti 4-5 posti letto per mille abitanti; dalle nostre parti, invece, in sede regionale, è necessaria una percentuale che supera il 7 per mille, fino ad arrivare al 7,8 per mille, per la presenza dei turisti. Ho visto che nel piano della programmazione ospedaliera al riguardo, per il 1980 è previsto un passaggio dal 5,3 per mille di posti letto per acuto e lungodegenti, al 7,2 per mille nella provincia di Trento e da un 4,4 per mille a un 6,5 per mille nella provincia di Bolzano. Si parla inoltre della necessità di ospedali per cronici, 5 sono previsti nella provincia di Trento con 800 posti letto, 4 nella provincia di Bolzano con 700 posti letto. Interessante appare anche la necessità di convalescenziari, in numero di 4 a Trento e 3 a Bolzano, con 700 posti ciascuno. Vi è pure la necessità di ampliare anche gli edifici e gli ospedali psichiatrici, per una capienza di cifra 1350 posti letto nella provincia di Trento e 1200 nella provincia di Bolzano, con 2 ospe-

dali psichiatrici a Trento e 2 nella provincia di Bolzano.

Interessante a me sembra un altro rapporto fra la programmazione ospedaliera nazionale e quella regionale, per quanto riguarda i lungodegenti e i cronici e i convalescenti. L'interrogativo principale, al quale occorre rispondere, è quello di vedere se si debbono coincidere o meno con gli ospedali per acuti. La soluzione del problema non pare identica per tutti i tipi dei non acuti. Infatti, mentre per i lungo degenti che necessitano ancora di trattamenti medici, sia pure ridotti, la immediatezza del rapporto con i servizi ospedalieri, appare indispensabile, lo stesso non si può dire per i convalescenti e per i cronici. Per immediatezza di rapporto con i servizi ospedalieri, non si intende l'accettazione della pratica della convivenza in un unico reparto di acuto e di lungodegenti, ma si considera per contro la opportuna istituzione in tutti gli ospedali per acuti, di appositi reparti per lungo degenti, possibilmente in sezioni annesse alle varie divisioni. E qui effettivamente anche l'assessore Nicolodi conferma tale necessità nella prefazione dello studio della programmazione ospedaliera regionale, dove a un certo punto dice: « Così si prevede l'istituzione nel futuro di ospedali o di apposite sezioni di ospedali destinati ad accogliere i degenti affetti da malattie croniche o nella fase di convalescenza. Con ciò si otterrà il duplice vantaggio di non appesantire le divisioni di terapia attiva, di realizzare anche possibili economie di gestioni, in quanto è noto che l'onere per la degenza di malati lungo degenti e di convalescenti risulta apprezzabilmente contenuto nei confronti dell'onere di degenza di malati in fase acuta. Quindi la necessità oggi che negli ospedali di nuova costruzione si tengano nettamente separati i due reparti di acuto degenti e lungodegenti ». Io direi che su questo punto è

necessario insistere, affinché negli ospedali della regione vi sia la suddivisione di queste due sezioni di acuto e lungodegenti. Noi abbiamo rilevato, nel piano economico provinciale di Trento e di Bolzano, la necessità di approntare al centro i cronicari, secondo quello che, ripeto, è stato detto anche in sede nazionale, separati dagli ospedali; la presenza di questi cronicari si fa sempre più pressante. E' necessario oggi creare al centro ripeto, a Trento e a Bolzano, questi cronicari per ammalati cronici irrecuperabili, che non possono trovare in seno alla famiglia quell'assistenza (soprattutto l'assistenza) più che la presenza del medico, necessaria. Quindi la suddivisione negli ospedali, dei due reparti di acuto e lungo degenti, la necessità di un cronicario al centro della provincia di Trento, che come prevede, ripeto, il piano economico provinciale, è della capienza di 200 posti letto o 300 (rispettivamente in quella di Bolzano) è una necessità che oggi nella programmazione ospedaliera si fa presente.

Un altro tema, che è stato ripreso in sede regionale negli ultimi tempi, è quello della legge ospedaliera regionale. Lo schema che l'assessore ha mandato presso le associazioni ed enti che operano nel settore, è stato studiato, vagliato, e mi sembra che adesso, dopo l'approvazione della legge ospedaliera in campo nazionale, si faccia esigente la necessità anche in sede regionale di avere una legge ospedaliera che prenda in considerazione le necessità locali dei nostri ospedali, delle nostre associazioni, del nostro sistema ospedaliero finora vigente.

Un'altra iniziativa che mi sembra interessante al riguardo, posta in tema sanitario, è stato in sede regionale lo studio dell'unità sanitaria locale. Noi sappiamo quanto valore si dà in campo nazionale all'unità sanitaria locale; noi sappiamo che sono state fatte delle conferenze ultimamente anche in quello di Bolzano,

delle riunioni a proposito delle unità sanitarie locali; praticamente è un passo in avanti verso lo stato di sicurezza sociale. Noi sappiamo che la Regione a proposito delle U.S.L. della Regione, darà l'avvio, nel comprensorio della Val Lagarina, ad una unità sanitaria locale cosiddetta pilota a sviluppo globale. Sappiamo che oggi vi sono delle difficoltà, però queste difficoltà dovranno essere superate in visione appunto di uno stato di sicurezza sociale. Unità sanitaria locale significa quel territorio in cui è possibile una politica sanitaria capillarizzata, ma nel tempo stesso organizzata. L'unità sanitaria locale è configurata al cap. 7, art. 72 in campo nazionale; noi l'abbiamo prevista nel piano urbanistico provinciale di Trento, riferita a quello che è oggi il comprensorio. Anche questa iniziativa, sviluppata, soprattutto voluta in campo regionale, è stata recepita nei piani economici provinciali, sia a Trento che a Bolzano. E' necessario dar vita a queste unità sanitarie locali in maniera graduale. Secondo me, il T.U. delle leggi sanitarie, e rispettivamente la legge provinciale e comunale danno la possibilità di un'unità sanitaria locale di tipo di medicina preventiva e profilattica, la quale non è altro che una visione parziale di quello che sarà un domani l'unità sanitaria locale in forma globale. Ma è necessario che questa iniziativa veramente importante in campo nazionale per uno stato di sicurezza sociale, possa prender piede gradualmente, ma sicuramente verso mete che prefiggono quello stato di sicurezza sociale necessario oggi nella nostra popolazione. A proposito — e qui vorrei tentare il rapporto fra quello che è comprensorio, unità sanitaria locale e unità locale di assistenza — la visione urbanistica, la visione sanitaria, la visione dell'assistenza, dovrebbero essere viste come un tutto unico, formare uno studio dipendente l'uno dall'altro, sicché non possano do-

mani sorgere delle difficoltà, data l'interdipendenza l'uno dall'altro. Abbiamo sentito oggi parlare anche dell'unità locale assistenziale, che non sarebbe altro che un corollario dell'unità sanitaria locale.

Altro tema importante è quello delle case di riposo. Abbiamo visto che sono 38 a Trento, 56 in quel di Bolzano, con 2404 posti a Trento, 1843 a Bolzano. Abbiamo visto come il problema delle case di riposo deve essere sicuramente rapportato al problema di cronario, cioè al problema ospedaliero. Perché da quanto si può apprendere dal cap. 7 della programmazione nazionale, le nuove case di riposo sono intese in questa maniera, cioè a proposito del problema degli anziani: « In aggiunta, si dice, agli istituti di ricovero comunitario, che sarebbero le attuali case di riposo, ovverossia i ricoveri e i gerontocomi, cioè i cronari dotati di convenienti, moderne attrezzature sanitarie e ricreative, occorre prevedere la progressiva diffusione di case albergo, cioè le nostre case di riposo, a carattere residenziale, con servizi comuni centralizzati, riservati agli anziani validi, l'assegnazione di alloggi per anziani nell'ambito dell'edilizia popolare. E' sovvenzionata la creazione di centri diurni di cultura, ecc. Per gli istituti di ricovero si dovrebbe seguire la procedura precedentemente indicata per gli altri tipi di istituto ».

Indagini nei primi anni a livello regionale, cosa che è stata fatta; contemporanea fissazione di standard e costi da parte di un gruppo di esperti; programmazione in base di fondi disponibili in intervento per nuove costruzioni e rammodernamenti negli anni successivi. A me sembra che però nella discussione che si è avuta a riguardo delle case di riposo non si è tenuto conto di questa diversità, cioè della casa di ricovero nella quale sono gli anziani, gli ammalati cronici oggi, gli inabili, i poveri e le mo-

derne case di riposo, cioè le case di riposo tipo albergo, in cui deve vivere l'anziano sano. Il problema quindi è duplice, come afferma anche la programmazione nazionale. A me interessa in questo momento il rapporto fra cronicari, cioè case dell'ammalato cronico anziano e rispettivamente la casa di riposo tipo albergo, cioè casa per persone anziane che possono essere autosufficienti, che sono sane. Quindi il problema è la casa di ricovero, cioè la casa di riposo attuale del comune, che abbisogna di una determinata legge, di un determinato intervento, e la costruzione di nuove case di riposo, cioè le case di riposo tipo albergo, i « Pensionati » per persone anziane, che devono essere nuove costruzioni, indipendentemente dalle vecchie case di riposo, e che abbisognano anch'esse di una legge al riguardo. Ho sentito qui parlare di una legge regionale, naturalmente insisterei su tale tema, però, date le difficoltà, vedo anch'io l'opportunità che oggi si pensi a queste case di riposo per persone anziane sane usufruendo della legge 17, con stanziamento al riguardo. Perché effettivamente il problema della persona anziana sana, va maggiormente aggravandosi, va determinando dei problemi in campo sociale veramente imponenti. L'aumento del numero delle persone anziane è un problema che ci investirà sicuramente in maniera drammatica negli anni futuri. Ripeto, il rapporto tra queste case albergo e il cronicario di cui abbiamo visto la necessità e l'urgenza che emerge anche nei piani economici provinciali, è un tema veramente importante, del quale ci sembra che la Regione abbia piena coscienza in questo momento.

Un altro tema — se mi è permessa ancora la parola brevemente — riguarda il capitolo circa le Casse mutue di malattia per gli artigiani. Devo far presente che dal 1968 all'inizio di quest'anno, è stata data la possibilità agli

artigiani dell'assistenza generica in forma indiretta. Per la presenza della legge regionale al riguardo per la maggior contribuzione da parte degli artigiani, è stato possibile oggi ampliare l'assistenza degli artigiani nella nostra regione. Cioè la cassa di malattia dà come contributo per ogni visita del medico generico, lire 700, cosa che negli anni precedenti questo non era possibile. Ripeto, sia per l'oculata amministrazione delle casse mutue di malattia (noi sappiamo che la cassa di malattia artigiani di Trento nel 1967 chiudeva in avanzo e mi sembra che quella di Bolzano era leggermente in disavanzo) data la legge regionale, è stato possibile avviare le casse mutue artigiane verso lo stato di sicurezza sociale, verso il livellamento almeno delle prestazioni delle varie casse. Ripeto, data questa novità, e dato questo passo veramente importante, vorrei sperare che le casse mutue artigiane abbiano maggiori apporti su questa legge regionale, affinché questo esperimento, affinché questa soluzione nell'ambito delle casse mutue artigiane di Trento e di Bolzano abbia buon esito, come ripeto, anche nella visione dello stato di sicurezza sociale e che questo stato di sicurezza sociale possa avvenire colla perequazione delle prestazioni di tutte le casse al riguardo nella regione Trentino - Alto Adige.

Non dico altro. La Regione ha saputo promuovere delle iniziative, specie negli ultimi tempi, in campo regionale e in campo sanitario e assistenziale, che sono veramente valide, per il raggiungimento di quello stato di sicurezza sociale, cui noi tendiamo.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Wahlmüller.

WAHLMÜLLER (S.V.P.): Meine Da-

men und Herren! Ich möchte bei diesem Assessorat nur auf einige Probleme hinweisen, die unter diese Kapitel fallen und ich darf mir vielleicht auch einige allgemeine Bemerkungen zur Bilanz erlauben.

Das erste Problem betrifft nicht allein den Herrn Assessor für soziale Angelegenheiten, sondern wahrscheinlich auch das Assessorat für Vermögensverwaltung. Es handelt sich nämlich um das Heim für ledige Mütter in Meran. Wir hatten in Meran ein seinerzeit von einer karitativen Frauengruppe geführtes. Durch Schwierigkeiten, die vor allem durch die ungenügende Unterstützung dieses wirklich lobenswerten Werkes heraufbeschworen wurden, kam es dazu, daß dieses der Region gehörende Heim geschlossen werden mußte. Es steht nun seit Jahren leer und ich glaube, daß sogar zum Teil die Einrichtung desselben fortgeschafft worden ist. Es ist natürlich sehr bedauerlich, daß für eine solche Einrichtung besonderer sozialer Natur zugunsten einer des besonderen Schutzes bedürftigen Kategorie, wie es die ledigen werdenden Mütter sind, man nichts Neues geschaffen hat. Ich weiß, daß es nicht allein die Kompetenz des Herrn Regionalassessors betrifft, aber ich glaube doch, daß er seinen ganzen Einfluß geltend machen mußte, damit hier ein Schritt vorwärts geschieht, um dieses Heim endlich wieder einmal seiner Bestimmung zuzuführen. Ich möchte ihn auch fragen, was in dieser Hinsicht geschehen ist oder was er in nächster Zukunft zu tun gedenkt, damit dieses Haus wiedereröffnet werden kann.

Eine andere Frage betrifft die Ausbildung des Pflegepersonals der Krankenhäuser. Wie dem Herrn Assessor bekannt sein wird — ist ein europäisches Abkommen getroffen worden, nach dem die Ausbildung von Krankenschwestern in allen 18 Mitgliedstaaten des Europarates nach gemeinsamen Richtlinien erfolgen soll;

diese gemeinsamen Richtlinien wurden vom Europarat in einem Abkommen festgelegt und betreffen alle Einzelheiten, wie Vorbildung, Dauer der Ausbildung, Lehrpläne, Bedingungen auch für die Ausbildungsanstalten bzw. die Krankenhäuser, wo dieses Personal ausgebildet wird. Eine Reihe von Staaten haben dieses Abkommen bereits unterzeichnet, darunter auch die Bundesrepublik, aber soviel mir bekannt ist nicht auch Italien. Ich glaube, daß es gerade für unsere Provinz von außerordentlicher Bedeutung wäre, wenn dieses Abkommen auch von Italien unterzeichnet würde, weil wir eine sehr große Zahl von jungen Mädchen haben, die im Ausland diese Ausbildung genießen; es sind etwa 100 Krankenschwesternschülerinnen, deren Ausbildung jedoch in der Provinz nicht anerkannt wird. Es wäre daher zweierlage notwendig: erstens einmal sollte auch die Regionalregierung bei der Regierung in Rom in diesem Sinne vorstellig werden und darauf hinweisen, daß der Beitritt zu diesem Abkommen für uns eine besondere Bedeutung hat, weil unser Pflegepersonal im Ausland ausgebildet werden muß; zweitens, daß im Hinblick auf eine solche Anerkennung und auf die Gleichstellung der Ausbildung im gesamten europäischen Raum, unsere regionalen Ausbildungsgrundsätze nach dem erwähnten europäischen Abkommen ausgerichtet werden.

Bei der Ausbildung des Pflegepersonals bildet aber auch die Doppelsprachigkeit eine sehr bedeutende Rolle. Es mußte deshalb auch darauf hingewiesen werden, daß das Pflegepersonal auf jeden Fall doppelsprachig sein mußte. Es hat keinen Sinn, wenn man eine Krankenschwester hat, die mit dem Kranken nicht sprechen kann. Ich kenne selbst einen Fall in Meran, wo eine Frau aus dem Passeier drei Tage lang im Bett lag, jeden Tag das Essen gebracht bekam, es jedoch nicht zu sich nehmen konnte,

weil sie dazu selbst nicht fähig war, dies aber nicht erklären konnte, sodaß das Essen wieder weggetragen wurde. Die Doppelsprachigkeit des Pflegepersonals ist also eine unerläßliche Notwendigkeit, damit es sich mit den Kranken in ihrer Sprache verständigen kann und umgekehrt.

Und weil ich mich schon mit dieser Doppelsprachigkeit befasse, möchte ich auch nochmals das Thema anschneiden, das letzthin Gegenstand einer Anfrage war, auf die der Herr Assessor meines Ermessens nach nicht in zufriedenstellender Weise geantwortet hat. Es ging dabei um die Frage, warum bei dem Wettbewerb des Personals der Krankenkasse keine Klausel über die Doppelsprachigkeit zugelassen wurde bzw. der entsprechende Beschluß rückverwiesen wurde. Es wird jedem klar sein, daß wir auf solche Dinge großen Wert legen müssen. Das Gesetz der Krankenkassen sieht ja vor, daß der Verwaltungsrat das Recht hat, die entsprechenden Normen über die Aufnahme des Personals herauszugeben, also müßte er nach meinem Ermessen auch das Recht haben, unter die Aufnahmebedingungen auch die Doppelsprachigkeit vorzusehen. Es heißt dann außerdem, daß die Doppelsprachigkeit gemäß den geltenden Bestimmungen durchzuführen ist. Dieser Passus ist nicht im ursprünglichen Gesetz, sondern ist erst später in das Gesetz hineingekommen, — ich glaube im Jahre 1960. Wenn es also im Gesetz heißt, die Doppelsprachigkeit sei gemäß den geltenden Bestimmungen durchzuführen, dann kann dann der Herr Assessor nicht behaupten, daß es genaue und wirksame Bestimmungen über diese Materie noch nicht gäbe. Wenn aber diese seine Behauptung für das Krankenkassenpersonal zuträfe, dann hätte er dafür sorgen müssen, diese Doppelsprachigkeitsklausel rechtzeitig einzuführen und zwar abgesehen davon, daß ja ge-

mäß Gesetz der Verwaltungsrat selbst die Befugnis hat, die Bestimmungen für die Aufnahme des Personals festzulegen. Der Herr Assessor hat in seiner Antwort hierzu keine Erklärung gegeben und ich glaube, daß er uns jetzt zumindestens sagen müßte, was er überhaupt zu tun gedenkt, um die von ihm aufgezeigte Lücke zu beseitigen. Jedenfalls zeigt sich auch hier wieder der fundamentale Unterschied all dieser Entscheidungen, die nach der Ermessensfreiheit getroffen werden. Das bedeutet also, daß die ganze Angelegenheit nicht so sehr eine Frage der Gesetze als eine Frage der politischen Entscheidungsfreiheit des Regionalausschusses ist und wir müssen leider immer wieder feststellen, daß dort, wo es sich um solche Entscheidungen handelt, leider Gottes immer wieder gegen die Interessen der Provinz Bozen und gegen die Interessen der deutschen Bevölkerung in der Provinz Bozen entschieden wird.

Sie wissen ja, daß die Haushaltsdebatte nicht eine Debatte um einzelne Posten der vorgelegten Bilanz ist, wenngleich wir auch bei dieser Gelegenheit zu manchen Kapiteln unsere Wünsche vorbringen. Das war interessant, ist die Gesamtheit des Haushaltes als Ausfluß eines politischen Programmes. Die Abänderung weniger Zahlen kann vielleicht die Erfüllung kleiner Wünsche bedeuten, sie kann aber nicht das Wesen der Bilanz verändern. Ihr Wesen wird geprägt vom politischen Willen der Regionalregierung. Dieser politische Wille sollte im Bericht des Präsidenten der Regionalregierung zum Ausdruck kommen, der erklärt hat, daß die Diskussion über den Regionalhaushalt am Beginn des zwanzigsten Jahres der Region eröffnet wird. Man hätte deshalb erwarten können, daß es nicht nur ein Bericht zur Bilanz ist, sondern auch ein Bericht über die zwanzig Jahre der Region, d.h. nicht so sehr ein Re-

chenschaftsbericht mit Zahlen darüber, wieviel für dieses oder jenes ausgegeben wurde, sondern ein Bericht im Sinne einer politischen Rückschau und einer politischen Vorschau. Das vermischen wir leider im Bericht des Präsidenten. Was er über die Südtirolfrage sagt, ist nicht programmatisch, denn es bleibt bei der üblichen Versicherung, die wir ja schon x-mal gehört haben, für einen Dialog die geeigneten Bedingungen aufrechtzuerhalten. Meine Herren! Man kann deshalb kaum weniger sagen, denn weniger wäre, den Dialog nicht mehr aufrechtzuerhalten. Den Dialog aufrechtzuerhalten, das allein ist etwas ganz Minimales, denn wenselben führen wir schon zwanzig Jahre lang und zwar gerade anlässlich der Bilanzdebatte. Fast alle Redner haben ebenfalls darauf hingewiesen: Wir haben nun schon seit Jahren dieses oder jenes gesagt, es hat aber bis heute kleinen Niederschlag in der Bilanz gefunden. Sie kennen unsere klare Stellung zur Region von Anfang an. Wenn die Region ein Versuch war, die zugesicherte Provinzialautonomie umzufälschen in eine Autonomie mit einer italienischen Mehrheit, so konnte sie für uns nicht annehmbar sein. Für uns kommt die Region nur dann in Frage, wenn sie als Instrument zur Stärkung der Autonomie der Provinz dient, das in einem weiteren Rahmen und mit gleichberechtigten autonomen Bestrebungen den Forderungen der Provinz Bozen mehr Rückhalt gibt, da wir sie allein nicht durchsetzen können. Allein das Gegenteil ist aber eingetreten. Sie kennen die Entwicklung vom Rücktritt Dietls als Regionalassessor wegen des Art. 14, vom Rücktritt der sup aus Regionalregierung mit der Forderung « Los von Trient! », bis zu den Ergebnissen der Neunzehnerkommission. Welche Folgerung, frage ich, will nun der Präsident der Regionalregierung aus dieser Entwicklung ziehen? Es

genügt nicht, im Zusammenhang mit der Verurteilung der Anschläge zu erklären: « Um so mehr haben wir das Recht zu verlangen, daß ihnen (den Terroristen) auch der kleinste Vorwand genommen wird, für eine gerechte Sache zu kämpfen ». Welche Maßnahmen, frage ich, wollen Sie treffen, um ihnen auch den kleinsten Vorwand zu nehmen? Doch nicht die Maßnahmen, die Sie bis heute getroffen haben: daß nämlich bei politischen Entscheidungen dieselben jedesmal — trotz aller schönen Dialoge und Annäherungen in den Dialogen — einstimmig und einhellig gegen die Südtiroler Volksgruppe gefaßt werden! Im Jahre 1961 sagte man das noch viel deutlicher indem gerade von italienischer Seite festgestellt wurde, daß eine Menge Versäumnisse an der Entstehung der Krisenlage mitschuldig seien. Ich brauche nicht an Ballardini und andere bedeutende Politiker zu erinnern. Wenn schon diese Haushaltsdebatte am Beginn dieses zwanzigsten Jahres der Regionalautonomie stattfindet, dann wäre es doch der Mühe wert gewesen, die bisherige Haltung der Region gegenüber der deutschen Bevölkerung von Südtirol einer kritischen Betrachtung zu unterziehen und in den Schlußfolgerungen « über eine aufzubauende Zukunft », wie das Schlußkapitel heißt, auch auf eine Revision der Politik der Region gerade hinsichtlich der Autonomiebestrebungen der deutschen Bevölkerung und einer Stärkung der provinziellen Autonomie Rücksicht zu nehmen, vor allem auch hinsichtlich der inzwischen eingetreten politischen Tatsachen. « Wir werden » — so heißt es — « die geeigneten Bedingungen für einen Dialog aufrechterhalten ». Und es heißt weiter: « Diese Haltung wird sich nicht ändern ». Ich habe schon gesagt: Das ist zuwenig und wenn das alles ist, was der Präsident des Regionalausschusses über den wesentlichen Punkt der politischen Haltung der

Regionalregierung in den vergangenen zwanzig Jahren sowie als Aussicht für die Zukunft zu sagen hat, dann ist dies wirklich viel zu wenig!

Im Zusammenhang mit der Programmierung hat sich gerade in der letzten Zeit auch bei einigen italienischen Abgeordneten in der Provinz Bozen ein Wandel vollzogen, von dem ich hoffe und erwarte, daß er wirklich zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit führen kann. Unvorhergesehen rasch hat die staatliche Programmierung auch grundsätzliche programmatische Entscheidungen auf provinzieller Ebene verlangt, ich möchte sagen, erzwungen. Doch hier ist dieser Sprung über den eigenen Schatten notwendig: daß wir als Wesen dieser Programmierung eben das anerkennen, was auch das Wesen der Autonomie ist: die eigene, gemeinsame und von der Mehrheit der Bevölkerung getragene Entscheidung über die kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungen des Landes. Ich will nicht in Detailfragen eingehen, aber es ist klar . . .

PRÄSIDENT PUPP: Sie sind außerhalb des Themas! Es wird über Sozialfürsorge gesprochen.

WAHLMÜLLER (S.V.P.): Ja, ich komme schon wieder zur Sache. Es ist klar, daß dem Einsatz der einheimischen Bevölkerung in der Industrie eine ganz bedeutende Rolle zukommt. Wir wissen aber auch, daß die Politik des Arbeitsamtes in Bozen in dieser Hinsicht bisher nicht zufriedenstellend war. Der Herr Präsident selbst hat gesagt: « Solange man nicht für die Durchführung von vollständigen und periodischen Erhebungen auf rein lokaler ebene sorgt, die imstande sind, zugleich den Stand von Nachfrage und Angebot an Arbeitsplätzen aufzuzeigen, erscheint jede Rede über den Aufbau und die Veränderungen der sozia-

len Struktur problematisch und die Ergebnisse haben nur sehr beschränkte Bedeutung. « Ich möchte das alles anführen, um zu zeigen, daß solche Entscheidungen, wie sie hier auch hinsichtlich der Doppelsprachigkeit des Krankenkassenpersonals gefallen sind, ganz analog laufen zu der Entscheidung, die gestern hinsichtlich der Programmierung getroffen worden ist. Es wird sich immer wieder zeigen, daß dort, wo der Dialog im Gang ist, wir schön nebeneinander gehen, ja vielleicht nebeneinander sprechen, oder vielleicht auch auseinander vorbereiten. In dem Augenblick aber, wo eine politische Entscheidung reift, werden sich Mehrheit und Minderheit der italienischen Abgeordneten einig sein; es wird ein Block entstehen, der den Wünschen der deutschen Bevölkerung entgegensteht.

Ich bitte also den Herrn Assessor, auch in dieser Hinsicht raschest dafür zu sorgen, daß Maßnahmen getroffen werden, die auch bei den Krankenkassen die Doppelsprachigkeit möglich machen, indem er die nötigen und nach ihm noch ausstehenden Normen für die Durchführung der Doppelsprachigkeit bei den Krankenkassen herausgeben läßt.

(Signore e Signori! Vorrei accennare ad alcuni problemi di competenza in questo assessore, che riguardano i capitoli in questione. Mi sia inoltre concesso di fare alcune osservazioni di carattere generale sul bilancio.

Il primo problema che vorrei esporre non interessa forse soltanto l'assessore per la previdenza sociale e la sanità, ma probabilmente anche l'assessore per le finanze ed il patrimonio. Si tratta più precisamente della casa per madri nubili di Merano. Abbiamo infatti avuto a Merano una casa di tal genere, diretta a suo tempo dal gruppo femminile della Caritas. In seguito delle difficoltà dovute soprattutto al fatto che tale opera veramente lodevole non è stata fi-

nanziata così come avrebbe meritato, la casa in parola, di proprietà della Regione, ha dovuto chiudere i battenti. Da anni ormai la stessa non viene più utilizzata e credo che in parte sia stato asportato finanche il suo arredamento. E' comunque spiacevole che per siffatta istituzione di particolare carattere sociale destinata ad una categoria quale è quella delle madri nubili e che pertanto ha bisogno di essere particolarmente tutelata, non si sia fatto nulla di nuovo. So benissimo che questo caso non riguarda la sola competenza dell'assessore regionale cui sto rivolgendo la mia parola, ma ritengo che egli dovrebbe tuttavia esercitare tutta la propria influenza per far sì che si compia un passo in avanti, affinché tale casa possa finalmente essere di nuovo riaperta per adempiere alla funzione cui era stata destinata. Vorrei inoltre sapere che cosa sia stato fatto al riguardo e che cosa egli intenda fare per il futuro, affinché tale casa, come già detto, possa venir riaperta.

Un'altra questione riguarda la formazione del personale infermieristico ed ospedaliero. L'assessore non ignorerà la convenzione europea, secondo la quale la formazione professionale di infermieri dovrà essere effettuata per tutti i diciotto Stati membri del Consiglio di Europa in un apposito accordo, il quale riguarda tutti i particolari necessari come ad esempio il grado di istruzione scolastica, la durata dei corsi, i programmi didattici, nonché le condizioni previste per gli appositi istituti di formazione professionale specifica, ovvero, gli ospedali prescelti per la formazione professionale del personale infermieristico. Parecchi Stati hanno ormai ratificato l'anzidetto accordo tra cui anche la Repubblica federale tedesca, non però — come mi consta — l'Italia. Ritengo che proprio per la nostra Provincia sia di estrema importanza che tale accordo venga ratificato anche da parte dell'Italia, tanto più che ab-

biamo un gran numero di personale infermieristico occupato all'estero. Si tratta di ragazze, le quali hanno frequentato all'estero appositi corsi, i cui diplomi non sono però riconosciuti nella nostra Provincia. Credo si tratti di circa 100 infermiere svolgenti la propria attività all'estero. Secondo me quindi si dovrebbero fare due cose: in primo luogo sarebbe opportuno che la Giunta regionale intervenisse presso il Governo di Roma per sollecitare l'adesione dell'Italia all'accordo da me citato, sottolineando che ciò è per noi di particolare importanza, in quanto oltrepassa quella che tale accordo potrà avere per gli altri Stati, appunto per avere noi del personale infermieristico formato professionalmente all'estero; in secondo luogo penso che la Regione, in previsione del riconoscimento dei diplomi e della equiparazione della formazione professionale su scala europea, dovrebbe sin d'ora adeguare i principi informativi per l'istruzione professionale a seconda dei principi contemplati dal più volte citato accordo europeo.

Al riguardo va naturalmente attribuito grande importanza pure alla bilinguità. Bisognerebbe cioè rimarcare che il personale infermieristico degli ospedali dovrà in ogni caso essere bilingue. Non avrebbe senso, cioè di disporre di infermiere, le quali senza averne una propria colpa, non sono in grado di intrattenersi con gli ammalati. Sono io stesso a conoscenza di un caso di Merano, dove una donna della val Passiria era per tre giorni a letto senza poter consumare i pasti, non essendo stata capace di farlo da sola e che non era in grado di dirlo all'infermiera per l'incapacità di intendersi con la stessa nella propria lingua materna, dimodoché i pasti venivano poi portati via senza essere stati nemmeno toccati.

Dato che sto già parlando della bilinguità, vorrei toccare pure un argomento, oggetto

di una recente interrogazione, alla quale l'assessore a mio avviso non ha risposto in maniera soddisfacente. Si tratta dell'interrogazione riguardante i bandi di concorso per il personale della Cassa Mutua Provinciale di Malattia, in cui non era stata ammessa la clausola della bilinguità, ragione per la quale era stata respinta un'apposita delibera. Mi sembra debba essere chiaro a tutti che noi non dobbiamo dare il massimo rilievo a cose del genere. La legge regionale sulle Casse di malattia prevede del resto che il Consiglio di amministrazione ha il diritto di emanare apposite norme concernenti l'assunzione di personale. Lo stesso dovrebbe secondo me avere pertanto pure il diritto, di inserire tra le condizioni per l'assunzione di personale anche quella della bilinguità. E' previsto inoltre che la bilinguità deve essere rispettata applicando le relative disposizioni. La relativa disposizione non era peraltro contenuta nel testo originario della legge, ma vi è stata inserita successivamente e se non erro nel 1960. Se quindi la legge in oggetto prevede che la bilinguità deve essere applicata a seconda delle norme vigenti, l'assessore non può rispondere che mancherebbero ancora precise ed efficaci disposizioni concernenti tale materia. Se dunque queste sue affermazioni riguardassero il personale ospedaliero, avrebbe dovuto provvedere di inserire in tempo utile questa clausola della bilinguità e ciò indipendentemente dal fatto che il Consiglio di amministrazione secondo la legge è autorizzato a prescrivere appositamente la bilinguità, quale requisito per la assunzione del personale. Nella sua risposta l'assessore non ha dato alcuna spiegazione peraltro necessaria per sapere appunto che cosa egli intenda fare per colmare la lacuna da lui stesso rilevata. Abbiamo ad ogni modo visto che vi è in proposito una differenza fondamentale per tutte le decisioni che vengono prese a discrezione. Si tratta

quindi non tanto di una questione di legge, quanto invece di una facoltà discrezionale e politica della Giunta regionale. Purtroppo dobbiamo sempre di nuovo constatare che là dove si tratta di decisioni del genere, le stesse vengono sempre prese contro gli interessi della Provincia di Bolzano e contro gli interessi della popolazione di lingua tedesca della nostra Provincia.

Voi sapete bene che la discussione sul bilancio non è una discussione sui singoli capitoli, quantunque abbiamo a proposito dell'uno e dell'altro capitolo avanzato le nostre richieste. Ciò che invece interessa è l'insieme del bilancio come tale, come espressione di un programma politico. La modifica di poche cifre potrà forse soddisfare delle richieste modeste, ma ciò non potrà in alcun modo modificare l'impostazione data al bilancio. Tale impostazione rispecchia evidentemente la volontà politica della Giunta regionale, cosa questa emersa pure dalla relazione del Presidente della Giunta regionale. Quest'ultimo aveva fra l'altro detto che la discussione sul bilancio di previsione della Regione si svolge all'inizio del ventennio della Regione. Ci si poteva aspettare che egli non ci tenesse soltanto una relazione sul bilancio come tale, concependola invece come rendiconto sui venti anni di vita che la nostra Regione sta compiendo, non tanto però sotto forma di una elencazione di cifre, di quanto cioè abbiamo speso per questo o quello, ma sotto forma di uno sguardo politico retrospettivo e di previsione politica. Ne abbiamo sentito la mancanza quando il Presidente della Giunta regionale ci ha letto la sua relazione. Quanto egli ha dichiarato a proposito della questione altoatesina, non è stato di natura programmatica. Egli si è fermato alle solite assicurazioni già tante volte da noi sentite, e cioè, di mantenere le condizioni necessarie per continuare il dialogo. Si-

gnori! Di meno veramente non si poteva dire. Poiché il « meno » avrebbe avuto il significato di non essere noi più in grado di continuare il dialogo. Ma questo nessuno vorrà ne potrà farlo. Ma il voler continuare il dialogo mi sembra sia da solo troppo poco, visto che stiamo dialogando ormai da venti anni e ciò soprattutto in occasione della discussione sul bilancio. Quasi tutti gli oratori hanno dichiarato di aver chiesto ormai da anni l'uno o l'altro, ma che ciò non avrebbe trovato poi una sua espressione nelle voci del bilancio. Voi conoscete la nostra posizione nei confronti di questa regione, posizione che non ha mai mancato di chiarezza. Se la Regione era il tentativo di falsare l'autonomia provinciale assicurataci, modificandola per farne un'autonomia a maggioranza italiana, ciò per noi era inaccettabile. A noi interessa soltanto una Regione, la quale rappresenti uno strumento per rafforzare e rinvigorire l'autonomia della Provincia, vale a dire uno strumento, che ci avesse consentito in un quadro più ampio e con le stesse aspirazioni autonomistiche di vedere maggiormente puntellate ed appoggiate le rivendicazioni della Provincia di Bolzano, quelle cioè che noi da soli non eravamo in grado di ottenere. Ma proprio l'opposto si è purtroppo verificato. Voi siete a conoscenza del come sono andate le cose dalle dimissioni di Dietl dalla carica di assessore regionale a causa della mancata applicazione dell'articolo 14, dalla uscita della S.V.P. dalla Giunta regionale sotto la parola d'ordine del « via da Trento », fino ai risultati della Commissione dei 19. Doobbiamo perciò chiederci, quali sono le conclusioni che da questo corso degli eventi intenderà trarre il Presidente della Giunta regionale. Non basta dichiarare in relazione alla condanna degli atti dinamitardi di aver maggiormente il diritto di pretendere, che ai terroristi venga tolto il sia pur minimo pretesto da poter

affermare di lottare per una causa giusta. Or bene: chiedo quali provvedimenti Lei intenderebbe adottare per privare loro del sia pur minimo pretesto? Non di certo, penso, i provvedimenti da lei adottati fin oggi, facendo sì che nelle decisioni di natura politica nonostante tutti i bei dialoghi e l'avvicinamento che dagli stessi emerge, la decisione viene sempre presa unanimemente contro il gruppo etnico sudtirolese. Nel 1961 queste cose sono state dette ancora più chiaramente allorquando cioè da parte italiana veniva ammessa tutta una serie di manchevolezze, le quali avevano contribuito al sorgere di una situazione di crisi. Non occorre qui rammentare quanto a suo tempo ebbero a dire Ballardini ed altri uomini politici. Quando nella imminenza del ventennio della Regione concluderemo la discussione sul bilancio, penso sarebbe stato opportuno sottoporre ad un esame critico l'atteggiamento sinora osservato dalla Regione nei confronti della popolazione di lingua tedesca del Sudtirolo. Così pure sarebbe valsa la pena, penso, di tener conto nelle conclusioni in cui si parla di un futuro da costruire, anche della revisione della politica della Regione proprio per quanto riguarda le aspirazioni autonomistiche della popolazione di lingua tedesca, nonché di tener conto altresì del rafforzamento dell'autonomia provinciale e ciò innanzitutto a seguito dei fatti politici verificatisi in questo frattempo. Nella relazione, egli più oltre dice ancora che tale atteggiamento non cambierà. Ho già detto che è troppo poco quanto ebbe a dichiarare il Presidente della Giunta regionale a proposito della cosa più essenziale dell'atteggiamento politico del governo regionale nei trascorsi 20 anni, nonché quanto egli ha detto pure circa le prospettive per il futuro. Se ciò è veramente tutto quanto egli ha da dirci per noi, ripeto, è troppo poco.

Pure in qualche consigliere di lingua ita-

liana della Provincia di Bolzano si è potuto notare in questo ultimo tempo un mutamento e ciò in relazione alla programmazione economica. Spero e mi attendo che tale mutamento si avvii veramente ad una collaborazione feconda. Gli organi competenti per la programmazione economica nazionale hanno chiesto con imprevedibile rapidità delle decisioni di massima su scala provinciale; vorrei anzi dire che tali decisioni sono state chieste con la forza. Ed è proprio qui che bisogna fare il salto, come si usa dire, al di là della propria ombra: riconoscere cioè come essenza stessa della programmazione quanto va considerato pure l'essenza dell'autonomia, vale a dire, prendere la propria decisione circa lo sviluppo culturale, sociale, economico della Provincia in comune ed in modo che essa sia sostenuta da parte della maggioranza della popolazione. Non intendo scendere a questioni di dettaglio, ma è chiaro . . .

PRESIDENTE PUPP: Lei è andato oltre il tema, poiché stiamo parlando di assistenza sociale.

WAHLMÜLLER (S.V.P.): Sì! Tornerò a parlare di questa decisione. E' chiaro, avevo detto, che all'impegno della popolazione locale nel settore dell'industria spetta un ruolo di importanza determinante. Sappiamo però pure che la politica dell'Ufficio del Lavoro di Bolzano non è stata in proposito soddisfacente. E' stato il Presidente stesso a dirci che fino a quando non si potrà provvedere su scala puramente locale ai necessari e periodici rilevamenti concernenti la richiesta e l'offerta di posti di lavoro, qualsiasi discorso sulla realizzazione e sui mutamenti della struttura sociale saranno cosa problematica ed i risultati avranno soltanto un'importanza molto limitata. Ho voluto citare tutto

questo per dimostrare che decisioni come quelle prese in questa sede anche per quanto riguarda la bilinguità del personale della Cassa di malattia sono analoghe alla decisione che ieri è stata presa a proposito della programmazione. Si vedrà in ogni modo sempre di nuovo che noi abbiamo iniziato il dialogo, che camminiamo bene uno a fianco all'altro, che parliamo forse uno a fianco dell'altro e forse parleremo anche ciascuno per conto proprio senza udire la voce dell'altro. Nel momento però in cui è matura una decisione di natura politica, la maggioranza e la minoranza dei consiglieri di lingua italiana si troveranno sempre d'accordo, formando un blocco che non viene incontro ai desideri della popolazione tedesca.

Chiedo pertanto all'assessore di provvedere il più presto possibile alla emanazione di provvedimenti che consentano di rendere possibile la bilinguità anche nell'ambito delle Casse di Malattia.)

PRESIDENTE: La parola all'avvocato de Carneri.

de CARNERI (Segretario questore - P.C.I.): Signor Presidente, signori consiglieri, i consiglieri che sono intervenuti in questa discussione hanno toccato alcuni argomenti di carattere sociale e scottanti. Io vorrei richiamare la vostra attenzione su un altro problema di carattere sociale, che ritengo molto importante, non solo nel momento attuale, ma anche in prospettiva per il futuro. Mi riferisco alla condizione igienico-sanitaria degli operai e delle fabbriche. La questione viene sollevata da più parti in tutta Italia. C'è stato un convegno, cui ho partecipato, a Torino, dal quale sono uscite delle denunce, delle constatazioni assai gravi,

tali da dimostrare come, specialmente in questo periodo, con i rammodernamenti tecnologici, con l'uso di nuovi prodotti chimici, ecc., la salute dell'operaio nella fabbrica viene ad essere compromessa in maniera grave, viene ad essere minacciata. Per cui io penso che anche noi, dal momento che la Regione già ha stanziato una diecina di miliardi in tema di industrializzazione e quindi della costruzione di nuove fabbriche, e altri ingenti fondi si appresta a stanziare per la costruzione di nuovi stabilimenti, penso che anche noi come Regione dobbiamo concentrare la nostra attenzione su questo tema, poiché è un tema che riguarda decine di migliaia di persone nella Regione, e riguarda la loro salute e qualche volta anche la loro vita. E vorrei dire che una puntuale comprova di questo problema, la leggiamo oggi sulla stampa, apprendendo che una delegazione di membri di commissione interna dei principali stabilimenti dell'alta Italia, è stata ricevuta proprio oggi dal Ministro della sanità, Mariotti, e ad esso questa commissione ha fatto una serie di denunce, di esposti circa la condizione appunto di masse ingenti di lavoratori nei più grossi stabilimenti. Io vorrei proprio, a titolo obiettivo, leggere qualche riga: « Sergio Battistrada membro della Commissione interna delle Ferriere di Torino, ha detto che la percentuale di silice nelle ferroleghie, minerali, refrattari e scorie può giungere fino al 95%. Nel periodo '61-64, su 5657 operai visitati, l'INAIL ha riconosciuto affetti da silicosi 1994 operai, pari al 35%. I controlli fatti effettuare dall'INCA hanno dato una percentuale del 41%, dopo la prima visita, e dopo alcuni anni dell'87% sugli operai visitati ». Non vado avanti, cito solamente un altro episodio, che è veramente impressionante, nel quale si afferma: « Alla Pirelli di Milano — ha documentato un altro operaio — vengono fatte usare determinate polveri che hanno già provo-

cato il cancro; per non ricordare il già noto caso di Cesano Maderno della Montedison, dove la benzoina, materiale di base per il colorante, ha causato in breve tempo la morte per cancro accertata di 43 operai ». Adesso io non voglio drammatizzare fenomeni, i quali si riferiscono al triangolo industriale, quindi a grandi concentrazioni operaie, dove evidentemente il fenomeno si verifica in una maniera incombente e minacciosa, non voglio quindi fare una trasposizione meccanica di quella situazione alla situazione nostra, dal momento che — lo abbiamo detto tutti — siamo zona sottosviluppata, siamo zona che ha poche industrie e quindi questi problemi non si verificano con la violenza con la quale possono verificarsi a Torino, a Milano o a Genova. Pur tuttavia, signori consiglieri, signor assessore, resta il fatto che ci sono stabilimenti nel Trentino - Alto Adige, nei quali, è voce corrente, è voce comune, che la salute dell'operaio viene a scapitarne in maniera grave. Dico solo che, ad esempio alla Montecatini di Mori, gli operai, fornaioli nella fattispecie, i quali lavorano in quel settore che estremamente gravoso come ambiente, come temperatura, come insalubrità delle sale, ecc. ecc., in quello stabilimento si ravvisa una percentuale di vita media che è assai minore, ad esempio, di quella media di tutti gli altri operai. Io non posso non ricordare, ad esempio, come, mi pare un paio di anni fa, sollevai con una interrogazione il problema della SLOI qui in Consiglio regionale, denunciando appunto che le condizioni igienico-sanitarie in quello stabilimento erano estremamente precarie e si erano verificati casi piuttosto diffusi di esaurimenti nervosi e addirittura casi di pazzia, e si parlava addirittura di casi di morte, nel senso che l'avvelenamento da piombo era veramente una fattispecie tutt'altro che insolita e tutt'altro che eccezionale.

Ora, signor assessore, io le do atto preventivamente che questa materia non appartiene statutariamente, dal punto di vista costituzionale, alla competenza della Regione Trentino - Alto Adige, ma sono altresì pronto a darle atto che in altre circostanze l'assessorato competente, l'assessorato cui ella è preposto, è intervenuto, anche ignorando eventuali preclusioni giuridiche, è intervenuto proprio per fiancheggiare con l'opera, con l'assistenza anche tecnica dell'assessorato, gli interessi e i legittimi diritti di popolazione, le quali vedevano la loro salute minacciata e compromessa da determinati fenomeni industriali. Accenno, come fenomeno che ha richiamato l'attenzione dell'opinione pubblica, alla questione di Chizzola, cioè alle macchie blu, alle esalazioni da fluoro che provenivano dallo Stabilimento di Montecatini di quella zona e devo darle onestamente atto che l'intervento dell'assessorato e della Regione in questo campo è stato senz'altro utile. A questo precedente però vorrei risalire per affermare che a mio modo di vedere sarebbe necessaria una specie quasi di istituzionalizzazione dell'intervento della Regione, a fini di accertamento, a fini di pressione anche politica, a fini comunque di sensibilizzazione di questo problema. Intervento della Regione, la quale oltretutto può disporre di mezzi non indifferenti per accertare le condizioni di salute dei lavoratori delle fabbriche. Poiché l'assessorato presiede, poiché l'assessorato ha il controllo sulle casse malati, ad esempio, potrebbe essere cosa agevole accertare in quali stabilimenti si verificano i più numerosi casi di malattia, oppure i casi tipici di malattia che possono essere senz'altro ricondotti alle condizioni di ambiente o di lavoro di questi operai. E quindi da una conoscenza più completa, da una conoscenza fondata su accertamenti da parte di tecnici e con l'ausilio delle commissioni interne, con l'ausilio dei sindaca-

ti, io penso che si possa effettivamente far emergere la realtà delle fabbriche e particolarmente la realtà di determinate fabbriche, dove, ripeto, le condizioni di lavoro, a quanto si sente parlando con gli operai, parlando con dirigenti sindacali, sono senz'altro precarie, sono senz'altro discutibili. Io intendevo addirittura sollevare questo problema con una mozione o con un ordine del giorno, però ritengo che sia forse questa la sede più opportuna per rivolgere esplicitamente la proposta di assumere in prima persona come assessorato questo problema e di far svolgere, con l'urgenza del caso una determinata indagine su alcune fabbriche campione. Io immagino che con un contatto con le organizzazioni sindacali, le stesse potranno agevolmente fornire determinate indicazioni, onde identificare in quali settori una commissione da lei presieduta o da lei incaricata possa operare, facendo determinate percentuali, vedendo le percentuali di malattia, vedendo le percentuali eventuali di premorienza, ecc.

Ecco, questa proposta io intendo fare in questa sede e io conto che l'assessore voglia dare una risposta positiva, poiché il problema non è stato sensibilizzato, a mio vedere, ma il problema in realtà esiste e ha un peso non indifferente. Tutelare le condizioni di lavoro nella fabbrica è qualcosa di importante, di veramente importante, vorrei dire che è un obbligo nostro.

E avviandomi alla conclusione vorrei dire un'altra cosa — non so se è presente l'assessore all'industria —. Comunque sia, volevo dire, dal momento che il problema è connesso, signor assessore, che dal momento che ci sono stanziamenti e finanziamenti da parte della Regione per la costruzione di nuove fabbriche, io penso che sarebbe opportuno a un certo momento disciplinare, o comunque delineare determinati requisiti che le fabbriche devono avere

per quanto riguarda la condizione degli operai all'interno della fabbrica. Io so che esistono fabbriche nella zona industriale dove manca, ad esempio, il locale per la mensa, dove difettano i locali per la doccia, ecc., dove gli operai mangiano accanto alle macchine in una situazione antigienica, in mezzo alla polvere, ecc. Se noi adesso, come Regione, stanziamo fondi abbastanza ragguardevoli per la costruzione di nuove fabbriche, noi dobbiamo anche tenere presente un principio oltre che economico anche sociale e constatare nella realtà che in queste fabbriche lavorano per otto ore al giorno centinaia e migliaia di operai e che quindi le condizioni di questi operai all'interno della fabbrica per periodi così prolungati e con sistematicità, sono qualcosa di importante. Noi dobbiamo anche, con gli investimenti pubblici, far sì che la fabbrica diventi un luogo in cui si lavora sì, ma si lavora anche meglio se si hanno determinati requisiti, se si sono soddisfatti determinati bisogni, e non sia un luogo di costrizione.

Ecco, volevo sottolineare anche questo, invitando l'assessore competente a prenderne nota, e io riterrei appunto che la Regione dovrebbe a un certo punto delineare i requisiti che devono avere le fabbriche. E' un assurdo, signori, ma se voi considerate che per costruire un'abitazione sovvenzionata dallo Stato sono necessari per prescrizione di legge i doppi servizi, sono necessari determinati altri requisiti, ecc., e sono in fondo appartamenti che contengono la famiglia, e se noi d'altra parte vediamo che invece là dove si concentrano migliaia di cittadini, migliaia di lavoratori, ancora non c'è una legislazione, la quale fissi i minimi inderogabili delle condizioni igienico-sanitarie a tutela degli operai, vediamo quale assurdità è attualmente in atto in Italia. Contro questa assurdità e per tenere il passo coi tempi e per corrispon-

dere a esigenze che io ritengo più che legittime e più che doveroso il rispettare, io suggerirei che ci sia a un certo punto un determinato schema, un determinato elenco di requisiti, che devono essere tenuti presenti nella costruzione degli stabilimenti, in modo che questo problema venga affrontato positivamente.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Manica.

MANICA (P.S.U.): Molto brevemente, come è mio costume. Comunque l'art. 1870 mi dà l'occasione per riaffacciare un problema che già nel passato è stato oggetto di dibattito, vale a dire la difficoltà delle mutue di assistenza di malattia, relativamente alla loro situazione finanziaria e in relazione alle rette praticate dagli ospedali. Sul primo punto le difficoltà delle mutue tendono ad aggravarsi. Noi sappiamo infatti che il gettito che ne deriva non può che contare sull'aumento del monte salari, che non può mai tener dietro a quelli che sono gli aumenti delle necessità da parte degli assistiti. Sul secondo punto, se le mie informazioni sono esatte, ci troviamo proprio in questi tempi in presenza di un'ulteriore, e pare abbastanza consistente, richiesta di aumento da parte delle amministrazioni ospedaliere, per cui il problema tende ad aggravarsi. Che le rette debbano essere pagate agli ospedali non ci sono dubbi, ma mi vien fatto quasi di pensare che certe amministrazioni ospedaliere vogliano forzare i tempi approfittando del fatto che lo Stato o l'ente pubblico interviene, sia pure attraverso mutui per permettere agli enti mutualistici di far fronte, almeno entro certi limiti, ai loro impegni. In una tale situazione mi pare che dobbiamo, essendo stata respinta la legge a suo tempo presentata — ma proprio oggi vedo annunciato che la legge stessa è ripresentata in Consiglio e pre-

sentata dal signor assessore — formare muro, se mi è consentita la espressione, contro le richieste delle amministrazioni ospedaliere, perché veramente in questi ultimi anni abbiamo assistito a un aumento vertiginoso delle rette in ragione vorrei dire geometrica. Questo, in attesa che il sistema di sicurezza sociale, verso il quale si cammina, diventi una realtà. Io conosco la sensibilità del signor assessore a questo proposito, e pur rendendomi conto delle difficoltà, gradirei sentire che cosa si ripropone di fare a proposito di un argomento tanto importante e nello stesso tempo di tanta attualità.

Seconda questione: per quanto riguarda l'art. 1921, noto a questo proposito una diminuzione di 65 milioni. Le cause si sa quali sono: o cause naturali o invece il fatto che talune che prendevano l'assegno dalla Regione o prendono la pensione o si è accertato che la prendono. Io vorrei dire a questo proposito che questa legge risale ormai ad alcuni anni. La Regione, attuando un buon disposto, ha legiferato in proposito e ha concesso a chi non ha niente un assegno di 5 mila lire mensili. Siamo di fronte proprio ai casi limiti, sotto il profilo sociale, sotto il profilo del bisogno, per cui io chiederei al signor assessore se non fosse possibile prevedere un adeguamento dell'assegno che viene attualmente corrisposto, tenuto conto che, ripeto, la legge relativa risale ormai a sei anni fa circa, per cui un adeguamento mi pare che sarebbe senz'altro giustificato.

Ultime cose, ed ho finito: il signor Presidente, nella sua relazione generale, ha annunciato che saranno presentati dei disegni di legge sui provvedimenti per il potenziamento dei servizi di pronto soccorso e per quanto riguarda la estensione dell'assistenza di malattia a favore degli emigrati stagionali e loro familiari. Vorrei cogliere questa occasione per chiedere al

signor assessore a che punto sono gli studi in proposito e quando prevede di poter presentare in Giunta e quindi a sua volta la Giunta al Consiglio i relativi disegni di legge.

PRESIDENTE: La parola all'assessore.

NICOLODI (assessore suppl. previdenza sociale e sanità - P.S.U.): Ringrazio i colleghi che sono intervenuti su questo mio assessorato, e ringrazio particolarmente il collega Mattivi che mi ha dato la soddisfazione di vedere che almeno un consigliere ha letto lo studio sul piano della programmazione ospedaliera. Il problema dello studio si sta avviando a una attuazione pratica, in quanto proprio sabato scorso è stata in Regione una commissione, composta di funzionari ministeriali, nonché del provveditorato alle opere pubbliche e dei vari funzionari periferici dei ministeri della sanità e dei lavori pubblici, ed in quella occasione è stata messa a punto la questione dei finanziamenti per gli ospedali già iniziati. Sono state messe a punto in quella occasione, e ho motivo di ritenere che il ministero dei lavori pubblici e il ministero della sanità le convalidino con un prossimo decreto, le assegnazioni agli ospedali iniziati della nostra Regione, in questi termini: per l'ospedale civile di Bolzano sul biennio '67-68 2 miliardi, mutuo al 4% per 35 anni; all'ospedale di Bressanone 300 milioni; all'ospedale di Vipiteno 300 milioni; all'ospedale psichiatrico della provincia di Bolzano altri 100 milioni sui 400 milioni precedentemente assegnati; all'ospedale di S. Candido 300 milioni; all'ospedale di S. Chiara di Trento 1 miliardo; all'ospedale di Borgo 100 milioni e all'ospedale di Rovereto 1 miliardo. Se, come ho motivo di ritenere, questi denari verranno assegnati nei prossimi giorni in base ai decreti che emaneranno i mi-

nistri dei lavori pubblici e della sanità, questi ospedali potranno dare il via agli ulteriori lavori e quindi nel giro di pochi anni portare a termine gli ospedali iniziati. Rimane naturalmente il problema dei lungodegenti e dei convalescenti che dovrà essere preso in considerazione negli anni futuri. Inoltre voi sapete che c'è in corso la legge regionale 17 sugli ospedali, che ha già stanziato un miliardo in conto interessi, e penso che fra poco tempo presenterò in Consiglio la legge di rifinanziamento per altri 3 miliardi; quindi tra i soldi che verranno dallo Stato e i soldi che mette a disposizione la Regione potremo fare un passo avanti nell'attuazione della programmazione ospedaliera. Per quanto riguarda il problema della riforma ospedaliera, citato dal collega Mattivi, posso dire questo: che da noi era stato elaborato lo schema a livello regionale di riforma ospedaliera. Era difficile poterlo portare avanti anche perché non tutte le competenze sono pacifiche e quindi sempre in contatto col Ministero della sanità abbiamo apportato quelle modificazioni che si ritenevano necessarie. Ormai la legge a livello nazionale è diventata legge dello Stato, manca soltanto la promulgazione e la pubblicazione da parte del Presidente della repubblica, e noi in questi giorni stiamo mettendo a punto la legge regionale, cioè recependo la legge statale per far valere le nostre competenze in questa materia. Penso che anche questa legge in poco tempo potrà essere presentata al Consiglio. Problema molto più difficile, ma tuttavia molto interessante, è quello della unità sanitaria locale di Rovereto, la quale comporta uno studio molto approfondito, sotto diversi aspetti, di carattere anche giuridico, e che stiamo naturalmente portando avanti, ma non so quanto tempo ci vorrà ancora per dare attuazione pratica. Tuttavia credo che anche questa, entro la legislatura, entro l'anno, potrà essere avviata. Il collega

Mattivi ha parlato ancora delle case di riposo, un settore che sfugge alla mia competenza. Nella mia competenza rientrano i cronicari, o lungodegenti che dir si voglia, e questa classificazione è quanto mai necessaria, perché le case di riposo, e qui concordo completamente col collega Mattivi, devono essere una specie di case-pensionato, case-albergo, che sono di competenza dei comuni. Quindi tutti i cronici, tutti coloro che hanno bisogno del medico, tutti coloro che devono rimanere lungamente a letto devono essere trasferiti nei cronicari, per i quali si dovrà prevedere o la costruzione o l'adattamento di reparti specializzati negli ospedali.

Sul problema delle mutue artigiane, debbo dire che la Regione tra il '67-68 ha aumentato il contributo di 2 milioni e mezzo; non è molto, ci vorrebbe molto di più, comunque un certo sforzo in questo settore è stato fatto.

Al collega Wahlmueller debbo dire che il problema dell'istituto madri nubili non è un problema che rientra nella mia competenza, quindi non posso dirle niente. Per quanto riguarda l'addestramento personale ospedaliero le posso dire questo: che attualmente, come assessorato, stiamo facendo un'indagine sulle previsioni del fabbisogno del personale sanitario non medico, in modo da poter dare un indirizzo anche alle famiglie o ai centri di orientamento professionale delle due province, in modo che possano indirizzare i figli e le figlie in questo settore, anziché in un altro, con la garanzia di trovare lavoro. Per quanto riguarda il problema dell'addestramento del personale a livello di comunità europea o a livello europeo, non conosco il trattato e non so perché l'Italia non abbia aderito. Le posso dire questo, però: che per quanto riguarda il personale di lingua tedesca dell'Alto Adige, io potrei fornirle una grande documentazione dei miei interventi presso il Ministero della Sanità e presso il Ministe-

ro della pubblica istruzione, e quindi non ho aspettato che me lo suggerisca lei, perché son già due anni, due anni e mezzo che mi occupo di questo problema; purtroppo non sono riuscito ad avere una soddisfazione per il riconoscimento del titolo di studio, soprattutto di quelle infermiere di lingua tedesca che studiano a Innsbruck o altrove. Il problema è ancora avviato e continuo a battermi per questi riconoscimenti, ma purtroppo anche a livello nazionale si palleggiano le responsabilità fra il Ministero della sanità e il Ministero della pubblica istruzione e quindi nessuno vuole prendere l'iniziativa di dare questi riconoscimenti. Ripeto che per quanto è nella mia facoltà e nella mia capacità di intervenire, come sono intervenuto fino adesso lo farò anche in un futuro. Per quanto riguarda la interrogazione sulla Cassa mutua di malattia, credo che la risposta sia stata abbastanza soddisfacente dal punto di vista della legittimità. Ci rimane il problema politico, e il problema politico lo riconosco in pieno. Però non potete dire che si fa un torto alla popolazione di lingua tedesca, perché con la proporzionale che esiste in seno alla Cassa mutua di malattia c'è la garanzia di un certo numero di personale che conosce il tedesco. Inoltre il consiglio di amministrazione della Cassa di malattia deve anche decidersi fra l'indennità di bilinguismo o la obbligatorietà della conoscenza della lingua tedesca nelle assunzioni, perché non si possono avere tutti e due i sistemi. A mio avviso sarebbe stato meglio che avesse adottato l'altro sistema, quello della obbligatorietà della conoscenza, anziché della indennità, perché le indennità così date comportano qualche volta delle discriminazioni. Tuttavia tenga presente anche un'altra cosa, e io quale appartenente al gruppo linguistico italiano devo sottolinearlo, che purtroppo non per carenza di volontà di chi va a scuola, ma per carenza dello

Stato, se vogliamo, la scuola italiana non ha messo in grado i giovani di lingua italiana di studiare sufficientemente la lingua tedesca. Quindi anche questo problema io son d'accordo di avviarlo con gradualità e su questo problema, ripeto, mi troverete sempre sensibile perché io ritengo che sia giusto che ciò avvenga. Per quanto riguarda la volontà politica, lei ha fatto un discorso molto ampio. Io devo dire che come volontà politica, almeno per quanto riguarda il mio assessorato, non mi sono limitato all'ordinaria amministrazione, ma ho preparato degli studi in tutti quei settori che comportano la mia attività, studi che pur non potendo essere realizzati immediatamente, comportano però una visione globale dell'avviamento verso la sicurezza sociale, che è un problema molto sentito da tutta la popolazione.

Sull'altro tema di carattere politico-generale non è mio compito, ma eventualmente è compito del Presidente della Giunta rispondere. Il collega de Carneri ha già premesso che le competenze della Regione in questo settore non vi sono. Purtroppo anche in questo settore, come in tutto il settore sanitario in questo nostro paese, le competenze sono suddivise in mille enti: le 400 e tante mutue, il Ministero del lavoro, l'Ispettorato del lavoro, ENPI, INAIL, medico provinciale. Mettere insieme tutta questa gente per una azione effettiva di controllo anche nell'interno delle fabbriche, lei capisce, collega de Carneri, che è un po' difficile. Questo problema si potrà risolvere alla radice, con la riforma sanitaria di base, come è prevista al capitolo VII del programma di sviluppo economico quinquennale, dove l'unità sanitaria locale riassumerà in sé stessa tutte le competenze in materia sanitaria, dall'igiene alla profilassi, alla cura, alla riabilitazione. Tutte queste competenze saranno assunte nella unità sanitaria locale, anche per quanto riguarda la medicina fiscale,

anche per quanto riguarda la medicina del lavoro. Tuttavia le posso assicurare che sono abbastanza sensibile a questi problemi che prenderò tutti i contatti necessari, sia con l'ENPI, sia col medico provinciale, sia con l'ispettorato del lavoro, se del caso con un intervento finanziario da parte dell'assessorato, per far fare queste visite e per constatare lo stato di salute all'interno dello stabilimento. Una cosa del genere l'avevo già fatta in connessione con il problema di Chizzola, perché quanto riguarda lo stabilimento di Mori, in cui per ben tre volte ho richiesto che vada a far ispezioni l'ispettore medico del lavoro del compartimento di Venezia, il quale mi ha fatto anche relazioni in proposito. Le assicuro che anche in questo settore faremo tutto quello che è possibile fare, e cercheremo naturalmente la collaborazione necessaria, sia con l'ENPI, che con l'INAIL, col medico provinciale e con l'ispettorato del lavoro, e naturalmente anche con le organizzazioni sindacali.

Il collega Manica ha posto il problema delle rette ospedaliere. Potrei rispondere semplicemente che è il sistema che non funziona nel suo complesso; tuttavia le rette ospedaliere, se sono aumentate l'anno scorso e quest'anno aumentano ancora, hanno particolare riferimento alle retribuzioni del personale, sia medico che non medico. Come il collega Manica saprà, i sindacati hanno indetto uno sciopero per lunedì 19, uno sciopero totale ad oltranza, se il Ministero del lavoro non ratificherà l'accordo FIARO-sindacati intervenuto per quanto riguarda le retribuzioni dei dipendenti ospedalieri, sia per gli arretrati 1967 sia per le nuove retribuzioni 1968. Inoltre vi è stato l'adeguamento, in parte, degli stipendi dei medici — prima voi sapete che i medici ospedalieri avevano stipendi miserrimi — e anche quello ha naturalmente contribuito a far aumentare le

rette. Se anche qui verrà la riforma sanitaria globale, e già con la riforma ospedaliera qualche cosa si avvia in questo senso, bisognerà vedere — e io anche in questo settore sto facendo un'indagine — quale è la distribuzione degli ambulatori specialistici a livello regionale, sia quelli delle mutue, sia quelli degli ospedali, in modo da evitare che vi siano sovrapposizioni o doppioni, in modo da evitare anche che vi siano doppie analisi del paziente, e anche qui cercheremo di trovare una forma di collaborazione fra mutue, ospedali, enti, ecc., in modo che il paziente non sia sottoposto a due-tre analisi prima di poter essere ricoverato per sapere quello che effettivamente ha. Questo è un problema che cercheremo di portare avanti con tutta la diligenza necessaria.

Per quanto riguarda i vecchi senza pensione, io avevo presentato alla Giunta una richiesta di adeguamento. La Giunta — e siccome faccio parte di questa Giunta, ho votato anche io con la Giunta — ha ritenuto che per questo anno non ci siano le possibilità finanziarie per adeguare questo assegno dei vecchi bisognosi, come io avevo chiesto almeno di fare, all'assegno degli invalidi civili che viene concesso dallo Stato. Purtroppo i fondi a disposizione non erano sufficienti, quindi il problema deve essere rinviato e spero che nel prossimo bilancio possa essere previsto anche questo adeguamento. Sul problema del pronto soccorso è stato fatto uno studio in questi giorni, che io ho presentato al Presidente della Regione per una valutazione, e credo di trovare sensibile la Giunta per poter ripresentare il disegno di legge quanto prima in Consiglio.

Il disegno di legge sugli emigrati è stato già presentato in Consiglio oggi e dovrebbe venir distribuito nei prossimi giorni. Il disegno di legge, contrariamente alla prima volontà, non prevede più l'assistenza soltanto agli emigrati

in Svizzera o agli stagionali emigrati in Svizzera, perché il Parlamento, proprio la settimana scorsa, almeno nella commissione bilancio e tesoro, ha dato parere favorevole per la spesa di 3 miliardi e rotti per l'assistenza ai familiari degli emigrati stagionali in Svizzera. Quindi il disegno di legge statale, che adesso è alla Commissione lavoro, se verrà varato in questi giorni coprirà l'assistenza di malattia per i familiari stagionali emigrati in Svizzera e residenti in Italia, mentre il nostro disegno di legge garantisce l'assistenza di malattia per sei mesi agli emigrati in tutti gli stati europei, che quando rientrano in Italia non hanno più l'assistenza sanitaria. Perché voi sapete, e lo potete rilevare dal documento modesto che vi ho distribuito oggi, che i trattati della CEE prevedono che i familiari dei lavoratori nei paesi della CEE sono assicurati durante la permanenza nel paese dove lavorano, ma non sono più assicurati dal momento che lasciano il paese e ritornano in Italia. Quindi se la legge d'iniziativa parlamentare — c'erano tre disegni di legge, uno di iniziativa comunista, uno socialista e uno democristiana, che sono stati raggruppati in un testo unico — passerà nelle prossime settimane al Parlamento, e se va avanti la nostra legge qui in Consiglio regionale, tutto l'arco degli emigrati sarà coperto dall'assistenza di malattia. Del resto non ho molto da dire, perché penso di avere tenuto sempre al corrente il Consiglio su tutte le iniziative dell'assessorato, distribuendo tutti gli elaborati e gli studi che in questi tempi sono stati fatti.

PRESIDENTE: Metto in votazione il cap. 1705: è approvato a maggioranza, con 8 astenuti.

Metto in votazione il cap. 1720: è approvato a maggioranza con 3 astenuti.

Metto in votazione il cap. 1921: è approvato a maggioranza.

Metto in votazione il cap. 1750: è approvato a maggioranza con 1 contrario.

Metto in votazione il cap. 1830: è approvato a maggioranza con 1 voto contrario e 9 astenuti.

Metto in votazione il cap. 1850: è approvato a maggioranza.

Ora dobbiamo votare alcuni emendamenti presentati dalla Giunta:

a) *in diminuzione:*

Cap. n. 2080 - ridurre lo stanziamento a L. 1.835.230.000.

Metto in votazione il cap. 2080: è approvato a maggioranza con 5 astenuti.

Cap. n. 3015 - ridurre lo stanziamento a L. 340.000.000.

Metto in votazione il cap. 3015: è approvato a maggioranza con 7 astenuti.

b) *in aumento:*

Cap. n. 385 - elevare lo stanziamento a L. 14.000.000.

Metto in votazione il cap. 385: è approvato a maggioranza con 6 astenuti.

Cap. n. 395 - elevare lo stanziamento a L. 40.000.000.

Metto in votazione il cap. 395: è approvato a maggioranza con 3 voti contrari e 6 astenuti.

Cap. n. 425 - elevare lo stanziamento a L. 20.000.000.

Metto in votazione il cap. 425: è approvato a maggioranza con 2 voti contrari e 5 astenuti.

Cap. n. 670 - elevare lo stanziamento a L. 223.000.000.

Metto in votazione il cap. 670: è approvato a maggioranza con 10 astenuti.

Cap. n. 725 - elevare lo stanziamento a L. 5.000.000.

Metto in votazione il cap. 725: è approvato a maggioranza con 2 voti contrari e 7 astenuti.

Cap. n. 750 - elevare lo stanziamento a L. 14.000.000.

Metto in votazione il cap. 750: è approvato a maggioranza con 9 astenuti.

Cap. n. 2560 - elevare lo stanziamento a L. 216.000.000.

Metto in votazione il cap. 2560: è approvato a maggioranza con 9 astenuti.

Cap. n. 3005 - elevare lo stanziamento a L. 56.000.000.

Metto in votazione il cap. 3005: è approvato a maggioranza con 10 astenuti.

Cap. n. 3010 - elevare lo stanziamento a L. 7.000.000.

Metto in votazione il cap. 3010: è approvato a maggioranza con 7 astenuti.

Cap. n. 3035 - elevare lo stanziamento a L. 2.890.000.000.

Metto in votazione il cap. 3035: è approvato a maggioranza con 9 astenuti.

Cap. n. 3265 - elevare lo stanziamento a L. 300.000.000.

Metto in votazione il cap. 3265: è approvato a maggioranza con 10 astenuti.

Cap. n. 3600 - elevare lo stanziamento a L. 965.000.000.

Metto in votazione il cap. 3600: è approvato a maggioranza con 2 voti contrari e 4 astenuti.

Art. 2

E' approvato in lire 31.026 milioni il totale generale della spesa della Regione per l'anno finanziario 1968.

Metto in votazione l'art. 2: è approvato a maggioranza con 2 voti contrari e 8 astenuti.

Art. 3

E' autorizzato il pagamento delle spese della Regione per l'anno finanziario 1968 in conformità dell'annesso stato di previsione della spesa.

Metto in votazione l'art. 3: è approvato a maggioranza con 2 voti contrari e 7 astenuti.

All'art. 4, emendamenti da portare all'elenco n. 3 allegato al bilancio:

Cap. n. 670: dopo la rubrica « Industria e trasporti » inserire la rubrica:

Enti locali - Contributo per il funzionamento dei Consorzi comprensoriali L. 10 milioni.

Il totale dell'elenco passa da 213 milioni a 223 milioni.

Metto in votazione questo emendamento: è approvato a maggioranza con 10 astenuti.

All'allegato n. 4 - cap. n. 2080:

Inserire prima della rubrica « Agricoltura e commercio » la rubrica: Finanze e Patrimonio

- Iniziativa a favore delle zone della Sicilia occidentale colpite dal terremoto del mese di gennaio 1968 L. 50.000.000.
- Eliminare dalla rubrica « Industria e Trasporti » la posta « Agevolazioni creditizie alle piccole e medie imprese industriali ».
- Nella rubrica « Turismo, caccia e pesca » elevare la posta « Contributi per la costruzione a Madonna di Campiglio di un Centro di addestramento olimpico delle nevi e per la realizzazione in Val Gardena di attrezzature turistiche per i campionati mondiali di sci del 1970 » da 365 milioni a 520 milioni.

Per effetto delle variazioni sopra descritte il totale dell'elenco va rettificato in lire 1.835.230.000.

Metto in votazione questo emendamento: è approvato a maggioranza con 7 astenuti.

Art. 4

Per il raggiungimento delle finalità previste dal 1° comma dell'art. 70 della legge costituzionale 26 febbraio 1948, n. 5, è autorizzata, per l'esercizio finanziario 1968, la spesa di lire 840 milioni che si iscrive al capitolo n. 600 dell'annesso stato di previsione della spesa, di cui lire 420 milioni a favore della provincia di Trento e lire 420 milioni a favore della Provincia di Bolzano, salvo conguaglio in proporzione

al gettito delle entrate tributarie della Regione, ricavato rispettivamente nel territorio delle due province.

Metto in votazione l'art. 4: è approvato a maggioranza con 1 voto contrario e 7 astensioni.

Art. 5

Per l'anno finanziario 1968 le somme che si iscrivono in dipendenza di speciali disposizioni legislative che demandano alla legge di bilancio di fissarne l'importo, sono autorizzate nell'ammontare indicato nell'annesso allegato n. 1.

Metto in votazione l'art. 5: è approvato a maggioranza con 1 voto contrario e 10 astenuti.

Art. 6

Per l'anno finanziario 1968 le somme che si assegnano alle Province di Trento e Bolzano in forza di disposizioni legislative che prevedono la delega alle Province medesime dell'esercizio delle funzioni amministrative, sono fissate nell'importo indicato nell'annesso allegato n. 2.

Metto in votazione l'art. 6: è approvato a maggioranza con 2 voti contrari e 6 astenuti.

Art. 6 bis

Per la concessione del concorso negli interessi sui prestiti di esercizio di cui all'art. 2 della legge 29 novembre 1965, n. 1314, a favore delle aziende agricole danneggiate da calamità naturali o eccezionali avversità atmosferiche, è autorizzato nell'esercizio 1968 il limite di impegno di lire 37 milioni (cap. n. 2560).

Metto in votazione l'art. 6 bis: è approva-

to a maggioranza con 2 voti contrari e 6 astenuti.

Art. 7

La facoltà di assumere impegni a carico dei capitoli di spesa n. 631, 1220, 1340, 1360, 2150, 2161, 2162, 2163, 2164, 2165, 2480, 2481, 2482, 2483, 2484, 2485, 2486, 2500, 2501, 2502, 2503, 2504, 2505, 2506, 2507, 2508, 2509, 2550, 2551, 2560, 3020, 3025, 3035, 3300, 3301, 3302, 3551, 4250 e 4350 dell'esercizio finanziario 1968, è subordinata all'accertamento sui corrispondenti capitoli dell'entrata di una somma non inferiore all'ammontare degli impegni da assumere.

Metto in votazione l'art. 7: è approvato a maggioranza con 1 voti contrario e 4 astenuti.

Art. 8

I capitoli di spesa a favore dei quali è data facoltà di iscrivere somme con decreti da emanare in applicazione degli articoli 22 e 23 della legge regionale 24 settembre 1951, n. 17, sulla contabilità generale della Regione, sono quelli riportati nell'annesso elenco n. 1.

Metto in votazione l'art. 8: è approvato a maggioranza con 2 voti contrari e 2 astenuti.

Art. 9

I capitoli di spesa a favore dei quali è data facoltà di iscrivere somme con decreti da emanare in applicazione del 2° comma dell'articolo 41 del R.D. 18 novembre 1923, n. 2440, sono quelli riportati nell'annesso elenco n. 2.

Il decreto con il quale si dispone l'iscrizione di somme è emanato dal Presidente della Giunta regionale su proposta dell'assessore per le finanze e il patrimonio, sentita la Giunta medesima.

Metto in votazione l'art. 9: è approvato a maggioranza con 2 voti contrari e 6 astenuti.

Art. 10

I residui risultanti dall'1 gennaio 1968 sui capitoli aggiunti allo stato di previsione della spesa per l'esercizio 1968, soppressi nel corso dell'esercizio in seguito alla istituzione di capitoli di competenza aventi lo stesso oggetto, si intendono trasferiti a questi capitoli. I titoli di pagamento già emessi sugli stessi capitoli aggiunti si intendono tratti a carico dei corrispondenti capitoli di nuova istituzione.

Metto in votazione il cap. 10: è approvato a maggioranza con 2 voti contrari e 8 astenuti.

Art. 11

All'inizio dell'esercizio finanziario 1968, il Presidente della Giunta regionale provvederà con propri decreti, sentita la Giunta medesima, a ripartire in articoli le somme stanziare sui capitoli n. 1570, n. 3865, n. 4100, n. 4120 e n. 4150 iscritti nello stato di previsione della spesa.

Metto in votazione l'art. 11: è approvato a maggioranza con 2 voti contrari e 5 astenuti.

Art. 12

E' approvato il bilancio della Cassa regionale antincendi per l'esercizio finanziario 1968, allegato al bilancio della Regione.

Emendamenti da apportare al bilancio della Cassa regionale antincendi:

Entrata

Avanzo dell'esercizio finanziario 1966

L. 4.625.355

Metto in votazione questo emendamento:

è approvato a maggioranza con 5 astenuti.

Spesa

Art. n. 80 - Avanzo di gestione da versare alla Regione L. 4.625.355

Metto in votazione questo altro emendamento: è approvato a maggioranza con 2 voti contrari e 7 astenuti.

Metto in votazione l'art. 12: è approvato a maggioranza con 2 voti contrari e 5 astenuti.

Art. 13

E' approvato il seguente quadro generale riassuntivo del bilancio della Regione per l'esercizio finanziario 1968.

Chi chiede la parola per dichiarazione di voto? La parola al dott. Jenny.

JENNY (S.F.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Namen der Sozialen Fortschrittspartei werde ich ganz kurz zur Stimmabgabe sprechen. Ich stelle eingehend fest, als Vertreter der Sozialen Fortschrittspartei zu dieser Bilanz geschwiegen zu haben. Damit haben wir ein Verhalten gezeigt, das uns mehr oder weniger auch vom Regionalausschuß bekundet worden ist. Hier ist es ja so, daß die SFP praktisch weitgehend ignoriert wird. Das haben wir am besten gesehen, als vor wenigen Monaten die Frage der Assessoren behandelt worden ist. Leider sind im Regionalausschuß noch zu viele Leute der falschen Meinung, daß sich die Südtiroler Volksgruppe als solche mit der SVP identifiziert. Mit einer gewissen Überraschung habe ich gestern erlebt, daß die Leute, die diese Meinung vertreten, trotz ihrer Mißnicht einmal die kräftigsten Ohrfeigen als dra-erfolge an dieser Meinung festhalten, ja sogar

matisch empfinden: für mich ist ein interessantes Beispiel jenes des politischen Masochismus. Die Stellung der Sozialen Fortschrittspartei zur Region ist bekannt: die Region existiert noch, aber sie ist leider in ihrer Funktion gescheitert. Das ist eine Feststellung, die nicht wir allein machen. Wir von der Sozialen Fortschrittspartei haben dies offen gesagt und wir möchten, daß dies auch die Politiker rechtzeitig erkennen und dementsprechend handeln. Wenn wir eine echte Selbstverwaltung für die Provinz Bozen wünschen, so nicht deshalb weil wir uns von dem emotionalen und historisch absolut falschen Motto des « Los von Trient! » leiten lassen, sondern deswegen, weil jeder in seinem eigenen Haus Herr sein muß und daß es unter dieser Voraussetzung notwendig ist, die nationalen Gegensätze abzubauen. Als ich gestern hier war, habe ich eine Rede gelesen, die Cesare Battisti anlässlich der Branntweinsteuer im Landtag von Innsbruck im Jahre 1913 gehalten hat und in der er wörtlich erklärt hat: « Nur die Autonomie des Trentino kann den wirtschaftlichen Aufschwung des Trentino sichern und die nationalen Gegensätze abbauen ». Ich habe leider das Buch nicht mitgebracht, weil ich die rasche Abwicklung der Debatte nicht erwartet habe. Ich glaube, daß dies — « mutatis mutandis » —, auch heute gelten kann. Die Soziale Fortschrittspartei vertritt — im Gegensatz zur SVP — in dieser Stellungnahme zur Region keine nationalitische Abkapselung und keine antieuropäische Einstellung, sondern sieht in dieser Haltung die konkrete Möglichkeit, jene unbedingt notwendige Synthese wiederherzustellen, wie sie seit Jahrhunderten zwischen der Bevölkerung des Trentino und Südtirols bestanden hat, sehr zum Wohle der Trentiner und der Südtiroler. Wir wollen keineswegs ein Ghetto-Denken und wir sind der Meinung, daß im modernen Europa

diese Gegensätze nur zur Verarmung der betreffenden Bevölkerung führen, ferner, daß der Austausch der Kulturen, sei es im Trentino wie in Südtirol, Jahrhunderte lang dazu beigetragen hat, diese Gegenden zu fruchtbaren, geistig wertvollen Brücken auszubauen, und daß die Kämpfe, die seit Ende des letzten Jahrhunderts diese Gemeinsamkeit unterbrochen haben, zur Verarmung beider Bevölkerungen geführt haben. Diese Stellungnahme entspricht eigentlich der Haltung eines demokratischen Sozialisten und einer Partei, die sich echt und konkret, nicht nur für die sogenannten politischen Forderungen, sondern auch für den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt der Bevölkerung einsetzt.

Aus dieser Einstellung heraus — obwohl ich zur Bilanzdebatte absichtlich geschwiegen habe —, habe ich deshalb gestern am Koordinierungsplan teilgenommen, immer mit der Meinung, daß wir rechtzeitig nach Möglichkeiten suchen müssen, die unter anderen statistischen Voraussetzungen gewisse Gemeinsamkeiten des Trentino und Südtirols erhalten sollen. Wir sind auch der Meinung — und das ist eine richtige Erkenntnis, glaube ich —, daß nicht im Alleingang, wie es gewisse Leute glauben, gewisse autonomistische Forderungen der Südtiroler durchgesetzt werden können, sondern nur in Zusammenarbeit mit den autonomistischen Kräften in ganz Italien und besonders im Trentino.

Ich habe damit, glaube ich, das Wesentliche gesagt; ich möchte aber noch etwas sagen, was ich bereits gestern betont habe: ich möchte noch denjenigen Kollegen, denjenigen Trentinern und auch Bozner Kollegen danken, die gestern einen psychologisch richtigen Schritt getan haben, indem sie bereit waren, dafür zu stimmen, daß die Südtiroler Bevölkerung ein echtes deutschsprachiges Fernsehen erhält. Ich

danke Ihnen, denn in dieser Einstellung sehe ich eine Möglichkeit, einen echten gangbaren Weg für die Zukunft und ein Denken, das zu jenen Zielen führt, die unsere Partei vertritt und die wir nicht in dieser Bilanz finden, weshalb ich dieselbe im Namen der Sozialen Fortschrittspartei ablehne.

(Signor Presidente! Signore e Signori! Farò, a nome del mio Partito, una breve dichiarazione in merito alla votazione sul bilancio. Riconosco anzitutto di essermi, quale rappresentante del Partito Social-Progressista, estraniato dalla discussione. Il nostro atteggiamento si conforma peraltro a quello manifestamente dimostrato nei nostri confronti dalla Giunta regionale, la quale ha praticamente sempre ignorato il nostro Partito. Di ciò ci siamo resi conto soprattutto allorché venne trattata, alcuni anni orsono, la questione degli assessori. Purtroppo molte persone della Giunta regionale identificano ancora erroneamente il gruppo etnico sudtirolese con la S.V.P. Mi è capitato ieri di constatare con una certa sorpresa che coloro, i quali sono appunto di tale opinione, restano abbarbicati ad essa malgrado tutti gli insuccessi, malgrado i più duri schiaffi morali; per me questo rappresenta un interessante esempio di masochismo politico. L'atteggiamento del Partito Social-Progressista nei confronti della Regione è noto: la Regione esiste ancora, è vero; il suo operato però si è purtroppo dimostrato un fallimento, e questo non siamo i soli a constatarlo. Noi della S.F.P. lo abbiamo dichiarato apertamente e vorremmo che anche i politici se ne rendessero conto in tempo ed agissero di conseguenza. Auspicando un'amministrazione indipendente per la provincia di Bolzano, non lo facciamo certo per motivi ideologici connessi al famoso, quanto storicamente errato motto: « Los von Trient », ma unicamente nel pre-

supposto che, dovendo ognuno essere padrone in casa propria, sia necessario smantellare tutti i contrasti nazionalistici. Ieri, mentre ero qui, mi sono letto un discorso che nel 1913 Cesare Battisti tenne alla Dieta di Innsbruck, in occasione del dibattito relativo alla tassa sui distillati. Il Battisti dichiarò testualmente: « Solo l'autonomia consentirà al Trentino di svilupparsi economicamente e di abbattere i contrasti nazionalistici ». Dato che non mi aspettavo un così rapido svolgimento del dibattito, non ho purtroppo portato appresso il libro. Credo che — *mutatis mutandis* — ciò possa valere ancor oggi. Contrariamente a quanto ritenuto dalla S.V.P., il Partito Social-Progressista non vede in questa propria presa di posizione nei confronti della Regione, un atteggiamento nazionalistico o antieuropeista, ma vi vede invece la concreta possibilità di ristabilire quella più che necessaria unità che per centinaia d'anni è esistita, ben accetta, fra le popolazioni del Trentino e dell'Alto Adige. Siamo assolutamente alieni ad una mentalità da ghetto e riteniamo che, in una Europa moderna principi del genere non possano che condurre all'impoverimento delle popolazioni in parola; riteniamo inoltre che gli scambi culturali abbiano contribuito per secoli a creare in Trentino ed in Alto Adige dei solidi ponti fondati sulla comunanza d'intendimenti e su alti valori morali, e che le lotte che dal secolo scorso hanno interrotto questa comunanza di ideali europeistici, abbiano condotto all'immiserimento di entrambe le popolazioni. La nostra presa di posizione non è dunque che l'atteggiamento di un social-democratico, di un Partito il quale si adopera veramente e concretamente, non solo per cosiddette esigenze politiche, ma bensì anche per il progresso sociale-economico della popolazione.

E' quindi partendo da un tale punto di vista che ieri — malgrado mi sia intenzionalmen-

te astenuto dall'intervenire nel dibattito sul bilancio — ho invece partecipato alla discussione sul piano di coordinamento, sempre reputando che noi ci si dovrebbe adoperare in tempo alla ricerca di possibilità atte a soddisfare alle esigenze cui, in base ad altri presupposti statutarî, hanno diritto determinate comunità del Trentino - Alto Adige. Riteniamo — e credo con cognizione di causa — che non è certo marciando a binario unico che si riuscirà ad ottenere soddisfazione per quanto concerne determinate esigenze autonomistiche dei sudtirolesi; ciò sarà possibile solo attraverso una valida collaborazione con le forze autonomistiche di tutta Italia ed in particolare con quelle del Trentino.

Con questo penso di aver detto l'essenziale; vorrei però aggiungere qualcosa, da me già ieri sottolineata: vorrei cioè ringraziare tutti quei colleghi, sia di Trento che di Bolzano, i quali, da buoni psicologi, si sono ieri dichiarati favorevoli a che la popolazione sudtirolese possa venire a godere di un programma televisivo in lingua tedesca, inteso nel vero senso della parola. Li ringrazio perché vedo in questo atteggiamento la possibilità, la giusta strada per un futuro, un ideale volto al conseguimento dei fini sostenuti dal nostro Partito, quei fini cioè che non troviamo su questo bilancio, motivo per cui, a nome del Partito Social-Progressista, non lo accetto.)

PRESIDENTE: La parola al consigliere Sembenotti.

SEMBENOTTI (P.P.T.T.): Siamo giunti al ventesimo anno della Regione autonoma e ci apprestiamo ad approvare il bilancio di previsione. Come sempre il nostro giudizio sul documento è del tutto in chiave autonomista,

perché a nostro avviso è questo il lato più importante di un documento politico quale è il bilancio di un istituto autonomo. Siamo in fase di dichiarazione di voto e quindi non dirò molte cose, perché c'è poco da dire su un documento che non ha in sé nulla di nuovo. Potremo semplicemente rifarci a quanto è stato osservato sui bilanci precedenti e ripetere, ancora una volta, le stesse osservazioni. Non mi pare il caso di entrare quindi in dettagli. Ci limitiamo solo a dire qualcosa su una caratteristica che contraddistingue questo bilancio, come del resto anche quelli precedenti: è il fatto che, all'infuori di quelle che sono le spese obbligatorie, nella parte che riguarda direttamente i cosiddetti interventi a favore dell'economia, ritroviamo sempre, ormai codificato, il sistema dei contributi; sistema questo che ha un valore elettorale indubbio, ma, a mio avviso, scarso valore ai fini dell'economia generale . . .

(Interruzione).

SEMBENOTTI (P.P.T.T.): . . . lascio a voi il giudizio. Comunque questa è la mia considerazione e penso che ognuno di noi sia d'accordo con questo: la concessione e l'ottenimento del contributo può risolvere una situazione particolare localizzata nel tempo e relativa al singolo ricevente, ma non sarà mai un sistema degno di nota per un valore economico generale. A nostro avviso l'ente pubblico dovrebbe intervenire nella creazione completa delle infrastrutture, e questo in tutti i settori dell'economia, e per qualche settore deve intervenire nella riduzione dei costi sì, ma non nella singola azienda, individuabile, mediante la concessione del contributo, bensì per tutte le aziende di quel determinato settore. Cito quale esempio quanto è stato fatto in sede nazionale con

la fiscalizzazione degli oneri sociali. Sempre quale esempio rammento qui quanto sarebbe doveroso compiere, ma non soltanto promettere, per il settore dell'artigianato, riducendo per questa categoria i costi dell'energia elettrica, con esplicito riferimento allo sfruttamento dell'art. 10 dello Statuto di autonomia. Analogo provvedimento dovrebbe essere adottato a carico dell'ente pubblico per il settore industriale, ma non per questa o quell'azienda singola, bensì per la categoria intera. Per il settore dell'agricoltura, la cosiddetta grande eterna malata, noi proponiamo, come già facemmo altre volte, un intervento sotto forme da studiare, per garantire la commercializzazione del prodotto, con l'ottenimento da parte del contadino di un prezzo almeno pari al costo di produzione. Non mi si dica che ciò non è possibile né giuridicamente, né per altri motivi, perché respingo fin d'ora questa osservazione. Non mi addentro ad analizzare anche altri settori economici della nostra regione, perché non intendo farlo. Il cons. Kessler, se non erro, ha lamentato la scarsa collaborazione delle minoranze. Non credo di dover rammentare che la nostra, quella dell'opposizione, deve essere solo una funzione critica; sta alla maggioranza di governo trarne le deduzioni e rendere costruttiva tale critica; e critica è anche il fatto di non partecipare a votazione, così come critica è il non intervenire in discussione. Ciò si fa quando si nota chiaramente che la maggioranza del governo non tiene conto di quanto si dice o di quanto si prospetta. Ritornando al bilancio, dico che le osservazioni che sto facendo in questo momento le abbiamo già fatte sui bilanci precedenti, perché c'era il tempo di intervenire in ogni punto, ma facciamo notare che nella discussione generale e articolata noi non abbiamo detto niente, e ci limitiamo solo alla dichiarazione di voto, proprio perché, a nostro avviso, ci sarebbe tut-

to da rifare. E' il sistema di base che è sbagliato, e purtroppo anche in questo bilancio, lo ripeto, non c'è niente di nuovo; possiamo quasi dire che si tratta di una copia dei bilanci precedenti. In questa Regione autonoma, dove se la volontà politica della maggioranza fosse veramente autonomista, potrebbero esistere i presupposti per fare qualcosa di valido, sarebbe ora che si dicesse di no ai sistemi di interventi pubblici tradizionali, ormai superati dalla nuova economia di mercato, instaurata con l'avvento della CEE. Sarebbe ora che si abbandonasse la troppo facile e comoda remissività nei confronti del Governo centrale, per far valere i diritti della nostra economia e non accettando la intromissione, per me illegittima, del Governo nell'imposizione, ad esempio, del Piano Verde. Se questo intervento per l'agricoltura è nato sbagliato per tutto il territorio dello Stato, evitiamo almeno che qui da noi sia altrettanto sbagliato. La faccia la Regione la sua politica agraria, così come è previsto dallo Statuto di autonomia. Ma questo siamo stanchi di doverlo dire noi dell'opposizione, mentre la maggioranza non prende posizione concreta per rivendicare queste prerogative. Da qualche tempo a questa parte si usa sentir parlare, in relazioni economiche di varie specie, della necessità del decollo dell'economia regionale. Si riconosce esplicitamente che l'economia della Regione è da ricostruire. Francamente c'era da sperare che con questo bilancio, con questo ventesimo bilancio, si vedesse inserito qualcosa di nuovo e di valido sul piano concreto. Ieri in questa sede è stata rilevata, anche da parte della maggioranza, del resto, parlando della programmazione, l'esigenza di una maggior possibilità e disponibilità finanziaria da parte degli enti pubblici locali, Regione e Province, onde fare qualcosa di più valido. Ebbene, oggi ci troviamo a discutere il bilancio e a votar-

lo, e possiamo solo rilevare che esiste una aperta contraddizione con quanto ieri è stato sostenuto. Vediamo che manca infatti questa maggiore disponibilità che la maggioranza si limita ad auspicare e ad ipotizzare. Riteniamo che l'impegno della Giunta per questo maggior rinvigorimento del bilancio della Regione, per il rilancio dell'economia locale, sulla base degli art. 60, 63 e altri dello Statuto, che non cito, non sia né completa, né sufficiente. Finora si è dimostrato infruttuoso o per lo meno poco valido, perché gli aumenti che sono intervenuti nel bilancio regionale, non sono certi né specifici, né tali da consentire soddisfazione. Non lo sono, perché notiamo che la nostra economia regionale va sempre più indietro, benché essa sia già zona depressa. Poiché il Governo di centro-sinistra della Regione è sostenuto dagli stessi partiti che sostengono quello centrale, siamo convinti che se non c'è stato il richiesto rafforzamento del bilancio, ciò è dovuto essenzialmente alla mancanza di volontà politica autonomista dei partiti al governo, almeno per quanto riguarda la nostra autonomia.

Sulla base di queste considerazioni noi non possiamo dare un voto favorevole al bilancio propostoci, perché in definitiva non rispecchia la volontà di puntare all'autonomia finanziaria, come noi vorremmo. Perciò daremo voto contrario, mentre speriamo che in futuro la Giunta assuma maggior impegno in queste direzioni e che questa non sia una pia illusione.

PRESIDENTE: Chi prende ancora la parola per dichiarazione di voto? La parola al dott. Kapfinger.

KAPFINGER (S.V.P.): Herr Präsident! Sehr verehrte Damen! Meine Herren Kollegen!

Wir sind im Begriff, den zwanzigsten Haushalt dieser Region zu verabschieden. Bei diesem Haushaltsplan sind wiederum so eindringlich empfohlene Lösungen des Problems der Bergwirtschaft, vor allem auf dem Sektor der Erschließung der Bergbauernhöfe, übersehen worden. Bereits hier im Regionalrat angemeldete dementsprechende Gesetzesvorlagen fehlen leider immer noch. Für die Wildbachverbauung wird seit letzter Zeit viel getan, auf jeden Fall wesentlich mehr als vorher, — allerdings im größten Ausmaß mit Staatsmitteln. Die Instandhaltungsarbeiten für die Milliardenwerte dieser Wehrbauten werden aber lediglich mit der lächerlichen Summe von 30 Millionen Lire bedacht. Vor zehn Jahren und auch noch früher standen zum Beispiel hierfür 20 Millionen Lire zur Verfügung, bzw. manchmal 21 Millionen Lire. Dabei hatten wir vor 10 Jahren nicht einmal ein Zehntel dieser heute vorhandenen Wehrbauten instandzuhalten gehabt. Eben dieses Mißverhältnis wollte ich aufzeigen.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch auf den Bericht des Ing. Padoan auf der Tagung über die Etsch in Trient hinweisen, wo auch er für die inzwischen gemachten Instandhaltungsarbeiten das Wort « ridicolo » gebraucht hat. Wer es nicht glauben will, soll bitte dort nachsehen.

Das Problem der Waudaufseher ist, glaube ich, bald so alt wie die Region selbst. Das vom zuständigen Assessor vor zwei Jahren versprochene Gesetz zur Förderung und zur Sicherung des Beratungsringes in Südtirol für Obst- und Weinbau ist scheinbar auf der Strecke geblieben; wir haben nie mehr etwas davon gehört. Die Entschädigungen für die Überschwemmungsschäden aus dem Jahre 1966 sind zum großen, um nicht zu sagen zum größ-

ten Teil, noch nicht geleistet worden, obwohl eigentlich viele, jedenfalls beträchtliche finanzielle Mittel von seiten des Staates dafür zur Verfügung gestellt worden sind. Dies ist nur eine kleine Auslese aus den unerfüllten Hoffnungen und wohl auch unerfüllten Versprechungen, die hier gegeben worden sind.

Das deutschsprachige Personal im Regionaldienst fühlt sich irgendwie benachteiligt, sei es durch nicht erfolgte Beauftragungen oder auch durch erfolgte Beförderungen, die jedoch besonders ihren Kollegen der italienischen Sprachgruppe zuteil geworden sind. Und dieses Personal der deutschen Sprachgruppe befürchtet oder sieht es bereits als sicher an, daß ihm die höheren und höchsten Dienstgrade versagt bleiben werden, weil bereits alles endgültig besetzt worden ist. Es wurde immer gesagt, uns Zeit zu lassen, weil unser Beamtenstand erst heranwachsen müsse. Wenn jedoch inzwischen die Planstellen in den höheren Graden endgültig besetzt werden, dann wird dieses Heranwachsen nichts mehr nützen.

Mit größter Erwartung, vor allem aber voller Hoffnung ist im Jahre 1948 im Regionalrat die Tätigkeit begonnen worden. Heute, ja seit vielen Jahren, sind wir wohl alle belehrt worden, daß der bisher begangene Weg nicht zum gewünschten Ziel geführt hat und auch nicht zu diesem Ziel führen konnte, nämlich zur Wahrnehmung aller Erfordernisse der verschiedenen Volksgruppen, die nun einmal die Bevölkerung dieser Region bilden. Wir wollen den bisher gewesenen Regionalregierungen nicht im vorhinein und allgemein den guten Willen aberkennen. Aber die Tatsachen haben gezeigt, daß die Interessen, daß die Belange geistiger und materieller Art in den beiden Ländern unserer Region Unterschiede aufweisen, die nur mit besonderen Vorkehrungen behoben werden können. Im übrigen ist diese be-

sondere Notwendigkeit noch vor Inkrafttreten unseres gegenwärtigen Autonomiestatuts mit Nachdruck aufgezeigt worden. Der gute Wille hat, wie gesagt, bestimmt nicht immer gefehlt, aber was sich nun einmal nicht unter einen Nenner bringen läßt, kann, wie uns die Mathematik lehrt, zu keinen Auflösungen führen und verbleibt auf jeden Fall noch ein ganz erheblicher Restbetrag. Bald nach Beginn der normalen Tätigkeit dieser Region haben Persönlichkeiten der Südtiroler Volkspartei in aller Ruhe darauf hingewiesen, daß man den Besonderheiten der deutschen Volksgruppe mehr Rechnung tragen müsse. Aber diese Warnrufe und Bitten sind leider Gottes allzu oft überhört worden. Heute stehen wir deshalb alle in Erwartung von Änderungen, um der Bevölkerung dieser Region mehr Zufriedenheit zu bringen, vor allem der Bevölkerung von Südtirol. Viel Verdruß, viel Haß, viel Mißstimmigkeit ist inzwischen hier bei uns eingezogen. Wir sind nicht der Ansicht, daß das unbedingt hätte sein müssen. Etwas, bitte ich, in Betracht zu ziehen: Wenn die Südtiroler in den ersten Jahren nach dem vorangegangenen seelischen Terror demokratisch unterernährt waren, so sind sie sich doch im Laufe der Jahre, wie übrigens auch anderswo, ihrer Rechte und Möglichkeiten besser bewußt geworden und diese demokratische Emanzipation — wenn ich das so nennen darf —, gereicht doch schließlich jedem einzelnen und mit ihm seinem Staat zur Ehre. Daß wir es als selbstverständlich finden, auch unsere gerechten Bürgerpflichten zu erfüllen, das, glaube ich, haben wir eigentlich schon unter Beweis gestellt. Auf jeden Fall fürchten wir in dieser Hinsicht keine Vergleiche. Wir fühlen uns bestimmt nicht besser als die anderen, wir fühlen uns nur etwas anders und dafür können wir wohl nichts. Man nehme uns deshalb als deutsche Volksgruppe die Angst hat

assimiliert zu werden d.h. untergehen zu müssen! Sie werden dann sehen, daß das Verständnis mit den Trentinern und auch mit den übrigen Mitbürgern der italienischen Sprachgruppe gedeihen wird. Ich habe mir schon einmal erlaubt, hier im Regionalrat zu sagen, es müßte eigentlich einen großen Staat, ein großes Volk mit Stolz erfüllen, zu wissen, eine zufriedene volkliche Minderheit innerhalb seiner Grenzen zu haben. Wir haben allerdings nicht den Eindruck, daß man mit uns in dieser Hinsicht besonders großzügig umgegangen ist. Wenn wir uns zur Wehr setzen, so heißt es sogleich «Provokation», «Polemik», «Unverständnis», «Unverantwortlichkeit». Nun, Sie können ja nie in solche Zwangslagen geraten wie wir. Seit es eine Geschichte gibt, hat es noch immer Sieger und Besiegte gegeben und auf diese Art sind wir zu diesem Staat gekommen. Wenn man uns wenigstens eine wirkliche Selbstverwaltung gewähren würde . . .

PRÄSIDENT PUPP: 10 minuti!

KAPFINGER (S.V.P.): Sofort. Ich bin sofort am Ende meiner Ausführungen. Ich habe extra langsam . . .

MITOLO (M.S.I.): (*unterbricht*).

KAPFINGER (S.V.P.): Ecco la parola «concedere»! Um Ihnen einen Gefallen zu machen, damit ordentlich übersetzt werden kann, habe ich mich bemüht langsam zu sprechen. Als Anerkennung dafür heißt es nun: «concessioni»! Bitte, eine winzige Episode, Kollege Mitolo, wo wir uns auf dieser Basis nicht verstehen können. Ich habe das wirklich

getan, damit dann nicht gesagt werden kann: « Wir haben nicht folgen können ». Ich wiederhole, ich bin gleich am Schluß. Die Regionalregierung ist ja letzten Endes nicht zuständig für die Verwirklichung des sogenannten « Paketes ». Aber wir sind der Ansicht, daß es in ihrer Möglichkeit, im Bereich ihrer Zuständigkeiten läge, etwas mehr Entgegenkommen für diese unsere besondere Situation zu pflegen. Wir hätten dieser Regionalregierung viel mehr und viel größere Schwierigkeiten bereiten können. Sie haben ja oft gehört, mit welcher Verhöhnung man versuch hat, uns das vorzuhalten. Wir haben diese Haltung im allgemeinen Interesse eingenommen. Wir möchten aber, daß man das nicht vergessen sollte und uns nicht immer nur Unverständnis oder sogar Egoismus vorzuwerfen. Aus den wenigen Erwägungen, die ich mir erlaubt habe hier vorzubringen, ergibt es sich wohl von selbst, daß die Gruppe der Südtiroler Volkspartei nicht für diesen Haushalt stimmen kann.

(Signor Presidente! Colleghe e colleghi! Essendo noi in procinto di approvare il ventesimo bilancio della nostra Regione, desidero far presente che la soluzione del problema dell'economia montana ed in particolare quello della costruzione delle strade di accesso ai masi siti in zone montagnose, soluzioni da noi caldamente raccomandate, non hanno trovato nemmeno quest'anno alcuna considerazione. Purtroppo siamo ancora in attesa dei documenti legislativi che, come era stato annunciato, avrebbero dovuti essere presentati qui in Consiglio. Ho notato che da qualche tempo si sono intensificati i lavori per la sistemazione dei bacini montani, quantomeno si fa molto più di quanto non fosse stato fatto in passato; va comunque fatto presente che detti lavori vengono eseguiti quasi esclusivamente con fondi stan-

ziati all'uopo dallo Stato. Queste opere di protezione costano, come si sa, miliardi di lire e perciò mi appare ridicolo che per la loro manutenzione si sia potuta destinare l'esigua somma di 30 milioni di lire. Ma dieci anni fa ed ancor prima, si stanziavano a tale scopo venti o qualche volta ventun milioni di lire, ma allora le opere erano poche e costituivano meno di un decimo di quelle che vantiamo attualmente. La sproporzione è dunque evidente ed io ho tenuto a metterla in evidenza.

Vorrei cogliere l'occasione per menzionare la relazione tenuta in Trento dall'ing. Padoan alla conferenza riguardante i problemi dell'Adige, nel corso della quale ha usato nei confronti dei lavori nel frattempo effettuati il termine « ridicolo ». Chi non ci credesse è pregato di verificare.

Anche il problema delle guardie forestali, credo, sia ormai vecchio quanto la Regione stessa. La legge promessaci dal competente assessore, prevista per favorire ed assicurare in Alto Adige il centro di consulenza frutti-viticola, si è, a quanto sembra, arenata, poiché nulla si è più saputo in merito. I danni alluvionali dello anno 1966 non sono stati in gran parte, per non dire nella loro quasi totalità, non sono stati, ripeto, ancora risarciti, malgrado siano stati messi a disposizione molti, direi anzi notevolissimi mezzi finanziari da parte dello Stato. Questo è soltanto una particella delle speranze e promesse rimaste peraltro tali.

Il personale di lingua tedesca dell'amministrazione regionale si sente danneggiato dagli incarichi o promozioni conferite in particolare ai funzionari di lingua italiana. Esso infatti teme o meglio vede compromessa ogni possibilità di arrivare ai massimi gradi di carriera, dato che questi sono stati definitivamente ricoperti dagli italiani. A tal proposito ci era stato sempre detto di lasciare tempo al tempo, perché i

funzionari di lingua tedesca dovevano ancora maturare l'anzianità di servizio; dato che nel frattempo si è provveduto però a completare i ruoli dei gradi superiori, l'anzianità di servizio non servirà a nulla.

In grande aspettativa ma soprattutto con immensa speranza il Consiglio regionale ha dato inizio nel 1948 alla propria attività. Oggi, direi anzi da molti anni, possiamo dire che in base alle esperienze fatte, che la via per la quale ci siamo avventurati non ci ha condotto, e del resto non ci poteva condurre, alla meta desiderata, che sarebbe stata appunto la tutela degli interessi dei vari gruppi etnici della nostra Regione. Non intendiamo comunque riconoscere la buona volontà delle Giunte regionali che si sono finora susseguite nella carica, ma i fatti hanno dimostrato, che gli interessi a carattere spirituale e materiale delle nostre due province denotano una certa differenza che può essere eliminata soltanto con particolari provvedimenti. Del resto tutto questo era stato messo in evidenza ancor prima che entrasse in vigore l'attuale Statuto dell'autonomia. Non è che sia sempre mancata, ripeto, la buona volontà, ma tutto ciò che non può essere portato ad un denominatore comune, non può ovviamente essere risolto, come ci insegnerebbe la matematica, mediante equazioni. Poco dopo l'inizio dell'attività di questa Regione, esponenti della S.V.P. avevano pregato rispettosamente il Consiglio, di voler prendere in maggior considerazione le caratteristiche del gruppo etnico tedesco. Questi ammonimenti e preghiere purtroppo non sono state sempre ascoltate, ed oggi siamo tutti in attesa di riforme, per poter meglio soddisfare alle esigenze della popolazione di questa Regione ed in particolar modo a quelle dei sudtirolesi. Nel frattempo è sorto purtroppo fra la nostra gente malumore ed odio, la qual cosa si sareb-

be dovuta assolutamente evitare. Se i sudtirolesi negli anni seguiti al periodo del terrore morale si sono sentiti spiritualmente a terra, con l'andar del tempo però sono divenuti più consapevoli — come d'altronde avviene ovunque — dei loro diritti e possibilità e questa emancipazione democratica — se così posso definir-la — fa onore ad ogni singolo cittadino ed allo Stato a cui appartiene. Questa circostanza dovrebbe a mio avviso essere presa nella dovuta considerazione. Naturalmente riteniamo nostro dovere comportarci da buoni cittadini e credo che ciò del resto lo abbiamo già dimostrato ampiamente; in ogni caso non temiamo in tal senso alcun confronto. Non ci sentiamo certamente migliori agli altri, solo un poco diversi e non possiamo farci proprio nulla. Si guardi quindi a noi come al gruppo etnico tedesco che teme di venir assimilato, vale a dire che teme di dover soccombere. Vedete, signori, in tal modo potremo arrivare sia con i trentini sia con gli altri cittadini del gruppo etnico italiano alla necessaria comprensione. Mi sono già permesso una volta di dire qui in Consiglio regionale, che un grande Stato, un grande popolo dovrebbe essere fiero di ospitare nell'ambito dei propri confini una minoranza etnica veramente soddisfatta. Non abbiamo comunque avuto la impressione di essere stati in tal senso trattati con la dovuta umanità. Se ci difendiamo veniamo subito accusati di provocazione, polemica, incomprendione e di irresponsabilità. Il gruppo etnico italiano non potrà mai trovarsi alle strette come si sono trovati i sudtirolesi. La storia ci insegna che ci sono sempre stati vincitori e vinti e noi siamo giunti qui in veste di vinti. Se ci venisse concessa almeno una vera autonomia amministrativa . . .

PRESIDENTE PUPP: 10 minuti!

KAPFINGER (S.V.P.): *Subito. Sto concludendo. Di proposito ho . . .*

MITOLO (M.S.I.): *Interrompe.*

KAPFINGER (S.V.P.): *Ecco la parola « concedere ». Per farle un piacere e per permettere ai traduttori di tradurre bene le mie esposizioni, mi sono sforzato a parlare lentamente e per riconoscimento si parla ora di « Concessioni ». Vede, collega Mitolo, questo è solo un piccolo episodio per cui è chiaro che su tali basi non riusciremo mai a comprenderci. Ho parlato lentamente, ripeto, proprio affinché non si potesse dire: « non siamo riusciti a seguirla ». Comunque mi affretto a concludere. Al governo regionale, come noto, non compete l'applicazione del cosiddetto « pacchetto ». Siamo però dell'avviso che nell'ambito delle competenze regionali si potrebbe fare qualche cosa di più per questa nostra particolare situazione. Volendo avremmo potuto procurare a questa Giunta regionale maggiori difficoltà. Voi avete spesso udito con quanta ironia ciò ci sia stato sovente rinfacciato; ma noi abbiamo assunto tale atteggiamento nell'interesse generale. Vorremmo comunque che questo non venisse dimenticato e non ci venisse in continuazione rinfacciata la nostra incomprendione o addirittura egoismo. Da queste poche considerazioni testé esposte, credo si possa dedurre, che il gruppo consiliare della S.V.P. non potrà votare a favore di questo bilancio.)*

PRESIDENTE: Chi prende ancora la parola? La parola al cons. Corsini.

CORSINI (P.L.I.): Signor Presidente e

signori colleghi, il gruppo liberale, contrariamente a quanto ha fatto da dieci anni a questa parte, da quando è presente in questa Assemblea, ha mantenuto nel corso della discussione di questo bilancio di previsione 1968 quasi un completo silenzio. Siamo intervenuti soltanto occasionalmente in relazione a un assessorato che ci dava la possibilità di parlare della situazione economica della regione Trentino - Alto Adige e particolarmente del settore dell'industria, e anche in quella giornata della settimana scorsa abbiamo dovuto — non certo con nostra soddisfazione, avremmo gradito piuttosto poter esprimerci in un modo diverso — rendere pubblica la nostra totale insoddisfazione per la mancanza di incisività dell'azione regionale nella situazione economica del Trentino - Alto Adige, per un certo scoordinamento di iniziative e per il ripetersi monotono di interventi tradizionali, scomodi e anche scervi dalla fatica della inventività, ma non certo a nostro avviso efficaci nei confronti della situazione economica della regione Trentino - Alto Adige che, per quanto ottimisti si sia, si può tutt'al più definire come stagnante, non certo come in sviluppo e in progresso. Corre l'obbligo a questo punto — poiché è un tema che più di una volta è stato toccato, sia ieri, sia nella stessa risposta, l'unica risposta data dalla Giunta all'unico nostro intervento — difenderci da una ingiusta accusa, che ha il sapore piuttosto di una ritorsione, quella cioè che da parte nostra si sarebbero fatte semplicemente e costantemente delle critiche e mai delle proposte concrete e precise. Crediamo di non essere soggetti a questa critica, se vuol essere fatta con obiettività. Non possiamo evidentemente ricordare qui, in una dichiarazione di voto, tutte le proposte concrete che sono venute dal banco liberale, ma almeno le più grosse, le più significative, per smentire questa affermazione della maggioran-

za, crediamo di doverle ricordare, e sono proposte concrete che si sono inserite in ogni settore, in ogni assessorato. Potremmo parlare, ad esempio, della proposta fatta dal gruppo liberale, negli anni tristi della contingenza, di un lancio di un prestito obbligazionario, un prestito di solidarietà della Regione, che allora la maggioranza non ha neanche creduto di prendere in esame, e oggi pare che potrebbe essere questo uno dei metodi di ricorso ai quali si farà capo per poter soddisfare le esigenze finanziarie per l'attuazione del piano economico elaborato. Potremmo parlare della nostra iniziativa, accolta dall'intero Consiglio, di agire presso il Governo per avere delle tariffe differenziali nel settore dell'energia elettrica per alcuni determinati stabilimenti, proposta che è stata accolta e che è stata portata avanti con scarsa convinzione, anche se votata dalla stessa maggioranza, perché non è più avvenuto niente. Potremmo parlare di quando avevamo la responsabilità dell'assessorato al turismo, di un nostro disegno di legge sul riordinamento degli enti, delle aziende, delle pro loco. Anche qui la maggioranza non ha più voluto portare avanti il discorso. Potremmo parlare infine di questo che è stato il primo avvio allo studio di una programmazione regionale, particolarmente per il settore dell'industria, l'elaborato fatto sotto la nostra responsabilità, poi passato alla nostra storia come il piano Tekne. Potremmo parlare delle miniere; una impostazione fatta da noi nel 1961 è arrivata in Consiglio regionale quest'anno, il passaggio dalla categoria B) alla categoria A) di determinati materiali, e non si porta avanti ancora a distanza di 7 anni, da quando la proposta è venuta dai banchi liberali. Potremmo parlare infine, nel '56 abbiamo fatto la proposta di istituire l'azienda autonoma delle foreste demaniali, venuta in Consiglio quest'anno e bloccata immediatamente, perché par-

te di questo Consiglio, non certo la parte di lingua italiana, ma a quanto mi consta la parte di lingua tedesca, non vuol saperne. Queste sono proposte concrete. Indagini sulle condizioni igieniche di vita: l'abbiamo fatto l'anno scorso, per accertare quello che poteva essere un piano di intervento razionale e ragionato nel settore dei lavori pubblici. Tutte queste cose — e non mi dilungo, perché il tempo corre e voglio rispettare il termine — tutte queste proposte sono venute da questi banchi. La Giunta regionale che cosa ha fatto? La Giunta regionale non ha avuto neanche il coraggio di respingerle; qualcuna le ha accettate a distanza di anni, qualcuna le ha trascinate, qualcuna si aspetta che si decanti, per qualcuna ha preso, signor Presidente della Giunta, degli impegni solenni in questo Consiglio, come ad esempio per la presentazione di un disegno di legge che regolamentasse sul piano del diritto la distribuzione dei sussidi agli operai disoccupati o sottoccupati; l'impegno è stato preso e nulla è stato fatto. E' stato preso un impegno, da rimandarsi alla prossima legislatura evidentemente anch'esso, di fare una legge sui contributi e sui sussidi agli enti e agli istituti di assistenza, quando questi contributi aumentino il patrimonio di questi enti. E anche qui il tempo è passato e non è stato fatto nulla. E mi fermo qui, tanto per spiegare che non è vero che non siano venute da questo banco delle proposte concrete e precise. E noi non possiamo prescindere da un giudizio politico, nel momento in cui diamo il nostro voto su un bilancio e specialmente su un bilancio di fine legislatura. Non possiamo prescindere da questo giudizio politico, che è, ci dispiace il dirlo, totalmente negativo.

Il contributo alla soluzione del problema dei rapporti etnici ve lo siete sentiti rimproverare con un tono estremamente moderato, ma non per questo meno fermo, in questo momen-

to dal capogruppo della S.V.P., e ve lo siete sentiti rimproverare in un tono meno moderato e meno sopportabile poco tempo fa dal cons. Wahlmueller. Anche questo è stato uno dei problemi ai quali la Giunta ha dato poca rilevanza: si è rimessa, semplicemente, a quello che farà il Governo. Ma quelli che erano i grandi temi delle speranze dell'autonomia di venti anni fa, il tema dell'art. 10, il tema dell'utilizzo della nostra ricchezza naturale, delle acque pubbliche, sono stati tutti temi che sono stati lasciati cadere via via, un po' per volta, un quadro che è andato scolorendosi. A questo quadro, che è un poco la continuazione dei motivi per cui negli anni precedenti abbiamo votato contro questo bilancio, quest'anno se ne aggiunge un altro, esattamente derivante dalla votazione di ieri. Noi non ci sentiamo di essere in contraddizione neanche con dei documenti che non abbiamo votato, ma che avete votato voi. Ieri voi avete votato un piano di coordinamento che si rifà a due piani economici delle Province, che è, fatti i conti e tirate le somme — m'impegno a volervelo dimostrare in un'altra occasione, se credete — è in perfetta contraddizione con quelli che sono gli stanziamenti di questo bilancio che ci proponete di votare oggi e che voi voterete. Per cui siamo addirittura anche nell'assurdo. Ieri votate qualche cosa che non è più coerente con il bilancio che volete votare oggi. Questi sono motivi, motivi di fondo, sui quali il gruppo liberale insiste per giustificare il suo voto negativo. Il silenzio delle minoranze, appena ha parlato il collega Sembenotti, è stato un poco oggetto di qualche lazzeo e di qualche frizzo. Signori della maggioranza, il silenzio delle minoranze voi lo dovrete sentire caso mai non come un defaticamento e neanche come una perdita di coraggio da parte nostra o come una perdita di impegno nello svolgere il nostro mandato, ma lo dovrete sen-

tire come un rimprovero ancora più grande di quello che è la parola e il discorso. E questo silenzio delle minoranze è la conferma di quella solitudine a cui ho fatto cenno ieri, a cui ho fatto cenno nell'anno 1966, quella solitudine in cui vi siete cacciati e che ieri è stata qui confermata, poiché il 27° membro di questa cosiddetta maggioranza si è addirittura astenuto su quello che è un atto così fondamentale come quello che abbiamo votato ieri. Per quello, vedete, noi possiamo con tranquillità — ho subito finito, signor Presidente — possiamo con tranquillità dire che abbiamo assolto il nostro compito di minoranze, sia nella critica, sia nelle proposte, sia anche in una forma di comprensione, che nell'anno 1966 era andata fino al punto di tendervi la mano, non di tendere la mano a voi Giunta di centro-sinistra, ma di tendere la mano al Governo della Regione Trentino - Alto Adige, perché potesse agire come governo invece che dover continuare con un tran-tran ripetitivo e modesto, come è quello su cui si è messo. Ma è logico che questa frattura fra maggioranza e almeno noi liberali intervenga; non so le altre minoranze, ma mi pare che quello che ha detto il collega Sembenotti un momento fa sia sullo stesso piano. E' logico che avvenga questa frattura. Avviene perché più voi vi rinchiudete nella vostra solitudine, più dovete rompere i ponti con le minoranze di questo Consiglio, il che vuol dire romperli con una parte del paese, vuol dire rompere i ponti con una parte della popolazione del Trentino - Alto Adige. Li avete rotti, senza volerlo, con la S.V.P., siete andati un po' per volta, per questa vostra incapacità di ascoltarci, per questa vostra insofferenza di ascoltarci, siete andati un po' per volta rompendoli anche con noi.

Signor Presidente, io ho finito. Debbo rilevare che il tono della discussione del bilancio

di quest'anno non è stato di certo corrispondente a quello che era stato l'inizio di questa legislatura. Ho richiamato un'altra volta qui i tre discorsi, se consentite, senza falsa modestia, i tre discorsi iniziali di questa legislatura: quello del collega Pruner, quello della collega Menapace e il mio discorso di risposta all'inizio di questa legislatura, quando c'era un fervore, una volontà, sembrava quasi, rinata di cominciare a mettere mano a questi gravissimi problemi politici, umani della nostra regione. Guardate dopo quattro anni a che cosa siamo ridotti: a sentire degli interventi riguardanti i 30 milioni per un settore particolare. Il 26 febbraio si farà la festa dello Statuto. Io non so quale sarà, per altri motivi che il Presidente conosce, la posizione che il gruppo liberale prenderà. Sento di dovere, a nome del gruppo liberale, volgere un auspicio e un augurio che questa festa dello Statuto, che torna nel ventesimo anno da che la Costituzione l'ha approvato, possa essere il rilancio dell'autonomia regionale, nelle volontà, nel sentimento, nella coscienza delle popolazioni, ma più di tutto nella coscienza nostra, di noi che queste popolazioni hanno eletto e alle quali le popolazioni si sono affidate. Dopo questo, mi pare inutile aggiungere che i motivi di insoddisfazione politica e concernenti lo stesso documento del bilancio sono tanti, che il gruppo liberale deve dare voto negativo.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Santoni.

SANTONI (D.C.): Signor Presidente, signori colleghi, dico subito che la democrazia cristiana esprimerà voto favorevole sul bilancio 1968.

(Interruzione).

SANTONI (D.C.): E' una novità, dice? Volevo levarvi dal patema di aspettare la fine di questa dichiarazione per saperlo. E dico che la regione per cui esprimiamo il nostro voto favorevole sta nel fatto che il gruppo della D.C. è convinto che il documento presentato dalla Giunta regionale rappresenta, in questo particolare momento storico, il massimo degli sforzi che si potevano fare per raggiungere gli obiettivi dello sviluppo economico, sociale e civile di queste popolazioni. Qui il discorso andrebbe precisato, però i dieci minuti non mi consentono di motivare molto di più. E per quanto concerne la filosofia, cioè la logica che regge questa politica e le strategie per ottenere i risultati che la Giunta si propone di realizzare, rinvio alle dichiarazioni del Presidente della Giunta regionale, dott. Grigolli, dichiarazioni organiche, impostate con estremo realismo, dove i problemi della Regione sono collocati, sia a breve che a lungo periodo, in una posizione corretta. Il mio gruppo condivide queste dichiarazioni in ogni loro parte e le fa sue. La mia opinione, a proposito dell'andamento della discussione generale sul bilancio, è che, nonostante quanto ha detto qui il cons. Corsini e quanto ha detto qui anche il cons. Sembenotti, si sia interpretato in senso eccessivamente di parte il metodo democratico; il metodo democratico che le minoranze richiedono continuamente venga rispettato, un metodo che si sostanzia soprattutto nel dialogo. Nel dialogo che contesta, nel dialogo che nega, nel dialogo che afferma e dimostra la non validità nelle tesi della maggioranza, ma dialogo ci dev'essere, perché il silenzio, cons. Sembenotti, non sostanzia questo dialogo, che contrappone dialetticamente la maggioranza e la minoranza. Il signor Presidente della Giunta regionale aveva fatto

delle dichiarazioni estremamente ampie, estremamente organiche; i consiglieri le avevano a disposizione da più di venti giorni, evidentemente si poteva pretendere che questo dialogo democratico si sviluppasse. Non dico che in passato questo non ci sia stato, però la critica che il mio gruppo si sente di fare ai gruppi di opposizione in questo momento, è che nella discussione di questo bilancio non si è adottato questo sistema, che mi pare sia il sistema che sostanzia il metodo della democrazia. Questo bilancio è un bilancio di fine legislatura, però è un bilancio che si innesta per la prima volta su un programma economico che si articola sui due programmi provinciali. E contiene già delle leggi di settore, che realizzano le previsioni del piano economico nei settori dell'industria, del turismo, delle opere pubbliche, della previdenza e della sanità e, seppure in limiti più modesti, anche dell'agricoltura. Dal programma questo bilancio trae tutta la sua problematica, e dimostra di essere coerente, contrariamente a quanto ha affermato apoditticamente il cons. Corsini, come lo affermo apoditticamente anch'io, perché non ho tempo di fare le dimostrazioni che lui s'è impegnato a fare, ma dimostra in questa sede di essere in linea e di essere coerente con le linee strategiche espresse dal Presidente nella sua relazione, e di essere coerente anche con gli obiettivi del programma, che proprio all'industria danno il ruolo strategico di aggredire e di risolvere i problemi, sia dello sviluppo economico, sia dell'occupazione, sia di una migliore ristrutturazione dell'agricoltura. Ora il bilancio '68 che pareggia sui 30 miliardi e 38 milioni, mi sembra che dimostri proprio questo, anche con l'aumento degli stanziamenti per l'industria, che sono passati dal 9,6% al 12,3%, e con una serie di interventi per lo sviluppo economico e sociale della regione, che corrispondono all'80,82% del totale del bilan-

cio. Ora la relazione del Presidente ha messo in evidenza parecchi problemi; ha anche enunciato un programma legislativo che è piuttosto consistente. Il poco tempo a disposizione credo che debba impegnare la responsabilità del Consiglio regionale su un'attività piuttosto pesante. Io mi permetto di suggerire delle priorità: data la lentezza delle procedure e data la lentezza dei tempi tecnici per far entrare in circolo i soldi dei lavori pubblici o i soldi delle aree industriali, io vorrei raccomandare che in sede legislativa si dia la priorità assoluta alla legge dei lavori pubblici e al rifinanziamento della legge per le aree industriali, proprio per essere coerenti con le linee del programma economico che abbiamo approvato. Insisto anche sull'importanza proprio come strumento della programmazione e anche dell'approvazione della legge sulle comunità di zona.

E adesso vengo brevissimamente a trattare un argomento politico. Il partito comunista ha approfittato dell'occasione della discussione di questo bilancio per lanciare un attacco al centro-sinistra, che a suo giudizio è una formula priva di ogni spirito rinnovatore e di ogni capacità di realizzare le impostazioni programmatiche. Si capisce che il partito comunista non può venire a fare degli elogi alla formula del centro sinistra, perché il centro sinistra ha emarginato il partito comunista dalla vita politica italiana, eppure con le difficoltà che sono insite in ogni formula, in ogni collaborazione, con moderni metodi di lavoro che si sostanziano nella programmazione economica, porta avanti un discorso a livello nazionale e a livello regionale, che è in linea coi tempi nuovi, in rapidissima evoluzione, ed è impegnato ad anticipare delle soluzioni per domani. Così il discorso, colleghi del partito comunista, si sposta dagli obiettivi generali che sono esposti nel programma, alle forze politiche che sono im-

peginate a realizzare il programma. Per la democrazia cristiana il centro sinistra, di cui qui voglio ribadire la piena validità e la completa vitalità, è un punto fermo, è un sistema di alleanze definito, che non ammette possibilità di ampliamenti, né a destra, né a sinistra. Non si possono forzare i discorsi di Piccoli e di Rumor, dandone delle interpretazioni quanto meno arbitrarie, perché la caratteristica fondamentale che contraddistingue la democrazia dai regimi totalitari, è il dialogo con tutte le forze politiche che sono presenti nel paese, che sono presenti negli organi legislativi. Anche con il partito comunista. Questo dibattito ne è la prova, perché il discorso col partito comunista è stato aperto e ampio; questo tipo di dialogo c'è stato, c'è stato in passato e c'è stato anche in questa sede, però non c'è dubbio che il dialogo e il discorso coi comunisti s'è fatto sulla base di una netta e inequivocabile contrapposizione di due visioni del mondo e della società fra loro assolutamente inconciliabili. Il problema per la democrazia cristiana, per il centro-sinistra, è un altro, non è quello di dialogare coi comunisti e di trattare col partito comunista, è quello di recuperare ai valori della libertà e della democrazia una vasta zona dell'elettorato, che è in mano ai comunisti. Il discorso non si fa coi comunisti, ma coi militanti del partito comunista, e la collaborazione del centro-sinistra fra cattolici non si fa, si fa coi militanti per portarli nell'area democratica . . .

MITOLO (M.S.I.): (*Interrompe*).

SANTONI D.C.): Sono cittadini, i quali potrebbero cambiare idea. La collaborazione, comunque, di centro-sinistra, fra cattolici e socialisti, anche sotto questo profilo, sul piano . . .

(*Interruzioni varie*).

SANTONI (D.C.): Sul piano della validità politica del centro sinistra, a lunga distanza, ha un suo significato, cioè l'allargamento dell'area democratica.

Ecco, io credevo di dover fare questa puntualizzazione a scanso di equivoci, a nome del gruppo della democrazia cristiana.

Sui problema dell'Alto Adige, anche se il problema esula dalla disponibilità di questo Consesso, credo mio dovere accennare brevemente al tema, per dichiarare, come ha fatto il Presidente Grigolli, che sugli aspetti di ordine giuridico pur importanti, prevalgono gli aspetti sostanziali. La Regione non deve assolutamente venir meno, nonostante le difficoltà, ad assolvere il suo compito di facilitare la convivenza fra i due gruppi linguistici. La pace e lo spirito di concordia è fuori dubbio prima nelle coscienze degli uomini che nei documenti internazionali, per solenni e importanti che siano, i quali hanno valore soltanto se si collocano su posizioni positive. Bisognerà perciò che ciascuno di noi, dentro e fuori di qui, favorisca con senso di grande responsabilità le occasioni di un dialogo fra i gruppi nel rispetto delle tradizioni e della cultura di ciascuno. Bisogna favorire l'incontro fra le giovani generazioni per impedire che si sviluppino i germi di un nuovo nazionalismo, che è negativo da qualunque parte venga portato avanti. Bisogna preoccuparsi di affermare i valori della comprensione e della tolleranza e la volontà di operare per il miglioramento delle condizioni di vita di tutte le popolazioni. La programmazione è uno strumento che consente questa proficua e valida collaborazione. La democrazia cristiana, lontana da tutti gli estremismi, ritiene di dover indicare alle popolazioni, obiettivi di civile convivenza, nel

rispetto dei valori cristiani, della dignità della persona umana e della pace, a cui Paolo VI ha recentemente fatto cenno, ribadendo e lanciando una nuova pedagogia della pace, a cui io qui voglio richiamarmi. La soluzione vera della vertenza che da anni travaglia questa regione, è soprattutto nelle coscienze, è una soluzione che deve nascere dal basso. Tuttavia noi riteniamo che il processo di normalizzazione della situazione potrà essere accelerato dall'accordo fra i governi italiano-austriaco sulla questione altoatesina. Ed è per questo che noi riteniamo nostro dovere sollecitare il Governo ad accelerare al massimo la conclusione di questi accordi, ed è per questo che noi preghiamo la Giunta regionale di farsi interprete presso il Governo di un'accelerazione della conclusione della vertenza altoatesina. Io sono convinto che la Regione ha ancora un suo ruolo da giocare per la intesa e per la collaborazione fra i gruppi linguistici presenti nella Regione.

Ecco, queste erano brevemente le dichiarazioni che volevo fare al signor Presidente, e ribadisco a questo punto il voto favorevole della D.C. sul bilancio del 1968.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Gouthier.

GOUTHIER (P.C.I.): Signor Presidente, signori colleghi, malgrado la modernità, malgrado le strategie, malgrado le filosofie e malgrado le prospettive, la Giunta di centro-sinistra D.C.-P.S.U. vede avanzare costantemente un distacco crescente dalla sua politica e i bisogni, i larghi bisogni dei lavoratori della nostra regione, delle due province, dei lavoratori di lingua italiana, di lingua tedesca. Non servono le parole moderne o modernizzanti per

risolvere questi problemi, servono atti concreti, servono scelte politiche concrete. C'è una passività di fondo di fronte al problema istituzionale e al problema etnico. E' questa di centro-sinistra una formula di governo superata anche nella realtà della nostra regione, dalle cose, dagli sviluppi della situazione. E noi vediamo quotidianamente svilupparsi malcontento e perplessità, non soltanto tra la gente, non soltanto tra coloro che sono all'opposizione, ma anche all'interno della maggioranza del centro-sinistra, per il bilancio deludente di questa legislatura, per un distacco innegabile tra quelle che erano le prospettive, le idee originali di questa forma di governo e quelli che sono i risultati concreti che a fine legislatura si pongono. Signori della maggioranza, più il tempo passa, più vi sarà difficile continuare nella via sino ad ora seguita. Il discorso del collega Kapfinger mi sembra che sia un indice del fatto che noi ormai arrivati a una stretta, a una stretta che può diventare drammatica, sia per quanto riguarda il problema etnico, sia per quanto riguarda il problema dell'economia e in particolare le condizioni di vita delle larghe masse popolari. Nel problema etnico, dopo dieci anni di trattative e più, i cincischiamenti pseudo-segreti, tra il segreto e il diplomatico, la Regione è rimasta assente e non ha potuto portare non ha saputo portare una parola chiara, di chiarificazione, di democratizzazione, non di concessione, ma di riconoscimento di sacrosanti diritti delle popolazioni di lingua tedesca e di lingua ladina. Parlare di concessione è una cosa, come giustamente è stato rilevato, anacronistica. Qui bisogna discutere di riconoscimento di una realtà, di un riconoscimento che può aversi soltanto sul piano di una larga apertura democratica, larga apertura democratica che non può aversi se ci si impantana nei giochi furbeschi del *do ut des*, degli equilibri di potere, che ormai in que-

sto tempo lungo, in questi venti anni dimostrano di aver ben corto respiro e di non poter affrontare la realtà delle cose. Oggi parliamo di programmazione. Noi siamo contenti di essere riusciti a fare emergere certi nodi, siamo contenti che il discorso sulla programmazione venga fatto oggi non come lo volevate voi, ma venga fatto e venga riconosciuto, almeno per certi aspetti e per certi problemi, come l'avevamo detto anni fa noi, stando all'opposizione. Vi avevamo detto che bisognava arrivare a certi modi di autonomia finanziaria, di funzionalità, di dinamismo della Regione; v'avevamo detto che non si scappava dall'art. 60 e dall'art. 10. Per anni avete taciuto, per anni avete detto che noi comunisti facevamo gli oppositori per essere gli oppositori. Ebbene, ieri siete caduti qui, ieri siete venuti a dirci le cose che noi vi avevamo detto anni fa. Siamo attenti o meglio state attenti, colleghi della maggioranza, perché questo che si può perdere è l'ultimo autobus.

Il collega della democrazia cristiana ha voluto rassicurare certi timori di chi legge esclusivamente il « Corriere della Sera ». Io voglio rassicurare anche costoro che leggono il « Corriere della Sera »: state tranquilli, state cauti, il vessillo rosso non è ancora destinato a salire i banchi della Giunta, e malgrado i discorsi di Piccoli e malgrado i discorsi di Rumor. Non c'è fretta . . .

(Interruzioni varie).

GOUTHIER (P.C.I.): . . . non è questo il problema. Il problema del rapporto tra il nostro partito e i cattolici e la democrazia cristiana è un problema ben più complesso e non può essere di certo risolto o esaurirsi in certe battute tra lo spaventato e il ridicolo. Noi rite-

niamo, lo diciamo chiaramente, che non noi dobbiamo venire da voi, colleghi democristiani, ma che voi dovrete venire e già dovrete venire su un certo terreno . . .

CONSIGLIERI: Verremo!

GOUTHIER (P.C.I.): Questo è il punto, questo è il punto . . .

(Interruzioni).

GOUTHIER (P.C.I.): . . . ed è la realtà delle cose, perché quelle migliaia di cattolici, colleghi della democrazia cristiana, di lavoratori cattolici, che scioperano con i lavoratori comunisti e socialisti nel paese, quei lavoratori cattolici, quei sacerdoti che firmano nell'università di Trento, assieme ai lavoratori comunisti . . .

(Interruzioni varie).

GOUTHIER (P.C.I.): . . . quei lavoratori e quei cattolici che sfilano assieme per la pace nel Vietnam, quei vescovi cattolici che riconoscono la nuova realtà delle cose, malgrado i vostri clamori . . .

(Interruzioni varie).

GOUTHIER (P.C.I.): . . . questa è la realtà delle cose . . .

(Interruzioni varie).

GOUTHIER (P.C.I.): ...Dieci anni fa, dieci anni fa ...

(Interruzioni varie).

AGOSTINI (P.L.I.): Perché non sfilavate in Russia, allora?

GOUTHIER (P.L.I.): Cons. Agostini, io m'accontenterei che lei sfilasse in via Museo ...

(Risate).

GOUTHIER (P.C.I.): Dicevo, cari cattolici, colleghi cattolici, dovete riconoscere una cosa: che il dialogo non l'abbiamo inventato noi, il dialogo avviene alla base, avviene perché deve avvenire, perché siamo ...

(Interruzione).

GOUTHIER (P.C.I.): ... siamo una forza grande, una forza potente del paese, anche se non lo siamo abbastanza qui nella Regione. Siamo la spina nel vostro fianco. E quando noi vediamo che voi parlate con noi, noi di certo non abbiamo paura, quando vediamo che solleviamo certi problemi vi costringiamo a discutere su questi problemi. Non perché noi abbiamo la pretesa di essere più bravi, i migliori della classe, ma perché sappiamo che quei problemi sono i problemi reali, perché riconosciamo che anche il vostro partito ha dei profondi legami con le masse popolari e che quei problemi che noi solleviamo riguardano non soltanto il lavoratore comunista o il lavoratore socialista, ma riguardano anche il lavoratore cattolico, cattolico di lingua italiana e di lingua

tedesca. Ed è per questo che voi dovete parlare con noi. Questa è la ragione, ed è per questo che voi dovrete anche domani parlare con noi, sempre di più parlare con noi, ma sui problemi della popolazione, sui problemi reali, sui problemi dei lavoratori, per la pace, per la democrazia. Il banco di prova, anche sul problema dell'Alto Adige, sarà qui. Tu Santoni ci vuoi sfidare, vuoi sfidare i nostri lavoratori alla democrazia? Caro Santoni, ma la prova di questa sfida non ci può venire dalle liste del SIFAR che voi avete preparato per cacciarci in galera, o qualcuno di voi ...

(Interruzioni).

GOUTHIER (P.C.I.): La prova ...

PRESIDENTE: Dieci minuti!

GOUTHIER (P.C.I.): Abbiamo accettato ...

AGOSTINI (P.L.I.): Si vede che siamo in carnevale!

GOUTHIER (P.C.I.): Abbiamo accettato la sfida del centro sinistra; ci volevate tagliare l'erba sotto i piedi e non siete riusciti neanche a tagliare l'art. 60. Figuriamoci se rifiutiamo la sfida. Noi ve la rilanciamo sul problema altoatesino, come sfida di democrazia; ecco, vi sfidiamo a riconoscere, a chiudere rapidamente le trattative, a portare la questione altoatesina in Parlamento, a votare nel modo migliore per risolvere il problema altoatesino. Noi siamo all'opposizione, noi siamo rimasti taglia-

ti fuori dalle trattative, eppure siamo pronti ad assumerci le nostre responsabilità in Parlamento per migliorare la situazione del nostro paese. Abbiamo una piattaforma sul problema etnico, abbiamo una piattaforma sul problema economico, e anche se qualcuno si irrita . . .

SALVADORI (D.C.): (*Interrompe*).

GOUTHIER (P.C.I.): . . . ma vedi, collega Salvadori, ci sono errori. Vogliamo parlare dell'inquisizione? Non credo che sia il tempo. Non so se lei, forse lei non ci vede, non ha gli occhiali, però è venuto Donat Cattin, v'ha detto certe cose, domani verrà altra gente, ve ne diranno altre. Anche se Trento è la città della controriforma, anche lì arriva la riforma e arriveranno quei fermenti che agitano il mondo. Dicevo: vi aspettiamo sul problema altoatesino. Scusatemi l'interruzione, ma non avrei parlato di queste cose, se non fossi stato provocato o tirato per i capelli. Siete un po' in ritardo sui tempi, come cattolici e come socialisti. L'ho detto ieri, lo ripeto oggi, in occasione dell'esame di un bilancio zoppicante e timido, varato da una maggioranza zoppicante, che non ha molta fiducia nemmeno in sé stessa. E per questo, signor Presidente, come annunciato al principio, preannuncio il nostro voto contrario, anche per non spaventare i liberali che ieri erano davvero un po' intimoriti da questo terrore rosso, da questi comunisti mangia bambini, che avanzano per merito di Piccoli.

AGOSTINI P.L.I.): Mangia uomini, non bambini! Evviva il carnevale!

(*Risate*).

PRESIDENTE: Chi chiede ancora la parola per dichiarazione di voto?

La parola al cons. Ceccon.

PREVE CECCON (M.S.I.): On. Presidente, ho sentito i discorsi del ventennio. Evidentemente non abbiamo il balcone, ma la tribuna idonea, data la solennità della data, la abbiamo tutti, e tutti se ne sono serviti nel migliore dei modi. Quindi non ci assilla più l'esigenza di celebrare i fasti e i nefasti di questa Regione: già degnamente essi si sono celebrati in questo momento, in cui le dichiarazioni di voto da ogni banco politico sono rimbalzate al banco del governo. Perché la fila dei no? Perché le proposizioni negative su vent'anni di vita di questa Regione? Perché le affermazioni negative — e non è un bisticcio di parole — perché le affermazioni negative sulla attività economica e sulla attività politica? Evidentemente perché ci è stato concesso di cogliere su tutti i piani dell'attività umana la inutilità di questa Regione. Già ebbi modo di dire a Trento quale fu il rumore delle bottiglie di champagne aperte per celebrare la nascita di questa Regione; e che cosa è rimasto vent'anni dopo? Rumore e soltanto il rumore di quegli scoppi. Tutti noi ricordiamo le affermazioni alle radio straniere e le affermazioni nei *pour parler* di partito: daremo noi l'esempio, si disse, di come si risolvono i problemi etnici; daremo noi la dimostrazione al mondo, travagliato magari da problemi di minoranze, sul come le minoranze raggiungono, in virtù di una politica nostra, la pacifica convivenza. Vent'anni dopo, di quelle parole non è rimasta che la cenere, e i fatti sono questi: fatti di cenere. Non è pensabile, on. Presidente, che vent'anni dopo la nascita di una Regione che doveva assicurare la pacifica convivenza fra due gruppi linguistici, fra due grup-

pi etnici, si senta proporre qui dentro la affermazione che non si accetta, da parte di un gruppo, di essere minoranza. Non tollero di essere minoranza. On. Presidente, assieme alla distruzione della Regione, alla morte della Regione, che era sancita per Carta costituzionale, è bene che muoia in questo momento anche l'articolo della Costituzione che dice: la Repubblica tutela e protegge le minoranze. Perché quando una di queste non tollera di essere minoranza, non ha nemmeno più il diritto di ricercare nella Costituzione la propria tutela. Non c'è più bisogno che nella Costituzione esista un articolo che garantisce la tutela ad una minoranza, dal momento che essa non accetta, da un punto di vista politico e fisiologico, di essere minoranza. Pertanto, pietra tombale più grande di questa, mi pare non possa essere messa sulla sua attività e sull'attività dell'istituto che lei, fino a questo momento, ha amministrato. E da un punto di vista economico, mi par di dover giungere alle stesse conclusioni. Il collega Santoni poco fa diceva, teorizzando sulla democrazia: voi avete rinunciato al metodo democratico, in quanto non avete partecipato alla discussione di questo bilancio e potevate farlo — ci disse, bontà sua — perché da venti giorni l'on. Presidente della Giunta vi aveva presentato il documento fondamentale, il bilancio, le sue dichiarazioni e gli allegati al bilancio. Cons. Santoni, lei è buono, e ha commesso un errore di tempo: non da venti giorni ci aveva dato, l'on. Presidente della Giunta, i suoi documenti, ma da vent'anni. Sono vent'anni che noi conosciamo esattamente queste proposizioni. Sono vent'anni che noi vediamo ripetersi, anno dopo anno lo stesso bilancio. Voi maggioranza avete criticato quattro anni fa, otto anni fa, l'allora Presidente della Giunta, ne avete determinato la crisi. In quell'epoca la S.V.P. usciva da quest'aula, per un Aventino, usciva in corteo, cap-

peggiata dall'allora cons. Scotoni del P.C.I. Il partito comunista ieri si meravigliava che la S.V.P. uscisse, mentre prima ne era il turiferario e la guida. Voi avete criticato l'allora Presidente della Giunta, l'avete tolto di mezzo, e siete tutti suoi figli. Otto anni dopo della nuova Giunta, voi governate con il suo bilancio; non un'idea nuova, non un apporto nuovo, non una legge nuova, non avete trovato un motivo nuovo per governare come è degno di essere governato questo popolo del Trentino - Alto Adige. Nulla di nulla. E l'apporto delle altre forze politiche, la comparsa dei socialisti nella coalizione. Io ricordo le parole meditate e giuste del cons. Raffaelli, allorché sul morire dell'altra legislatura, egli affermava di fronte a tutti: bisogna avere il coraggio di abolire, all'interno del bilancio, i capitoli che non servono. Troppe leggi qui dentro si amministrano e non hanno il diritto all'esistenza; questo dovrebbe fare un governo che si rispetti. E sono arrivati loro, loro che avevano proposte le giuste soluzioni, e si son seduti. E' dal 1948 che si siede, e si continua a sedere. Ruggero Bonghi aveva in un suo celebre discorso in Parlamento affermato che in Italia la politica la si fa con il sedere. Sissignori, in questa Giunta regionale la si fa in cotal guisa, come si era abituati a farla nel 1870. Nello stesso modo continuate a sedere. E' un sedere da centro-sinistra, ma sempre sedere è. E quindi, on. consiglieri, anch'esso è da epitaffio per la vostra attività amministrativa. Noi ci affacciamo alle prospettive del mercato comune e arriviamo con una struttura economica che è ampiamente superata dopo vent'anni di interventi da parte della Giunta regionale sotto la forma del contributo. Noi invociamo il frazionamento della nostra terra, dividiamo tutto in province, e l'esigenza di sovranità che comprendono, abbracciano popoli nuovi, popoli diversi, stati di-

versi, si affaccia alla porta e noi non la ascoltiamo. Dopo vent'anni di politica turistica noi non abbiamo ancora visto e non abbiamo trovato la capacità degli investimenti massicci in zone definite, capaci di trasformare essi investimenti il volto delle nostre valli. Si va avanti con la concezione della politica di famiglia, del turismo familiare, le leggi per il finanziamento dei piccoli alberghi, e la stessa situazione negli enti locali, l'appesantimento, il sopportabile del debito. E qual è l'appesantimento del debito pubblico sulla campagna? Esso ha raggiunto ormai cifre insopportabili. Siamo al limite di rottura. E che cosa si è verificato all'interno dell'assessorato dei lavori pubblici in mancanza di una programmazione? Dopo vent'anni di continui interventi indiscriminati in tutti i settori, voi piangete la situazione degli acquedotti, voi piangete la situazione delle fognature, voi dite che bisogna creare una carta delle priorità per garantire una concezione economica e una validità sociale a questi interventi. E sono vent'anni che le minoranze queste cose le hanno dette. Sono vent'anni che le minoranze su questi problemi hanno richiamato la vostra attenzione, non venti giorni, cons. Santoni. Non venti giorni, vent'anni. E quindi il nostro silenzio non era che il commento sonoro, fragoroso ad un fallimento, a una incapacità di costruire un qualche cosa che meriti di essere costruito per la gente che qui dentro ci ha mandati.

Pertanto, on. Presidente della Giunta, il voto che il M.S.I. esprime, dopo queste mie affermazioni, per la ventesima volta nel ventennio è, resta un voto di totale sfiducia, un voto assolutamente negativo.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Tanas.

TANAS (P.S.U.): Signor Presidente, io

avevo iniziato l'intervento, nella discussione articolata di questo bilancio, che è stato poi ripreso dal collega Corsini, dicendo che si era verificata una strana discussione. Dopo aver assistito alle dichiarazioni di voto, avvenute poco fa, devo riconfermare questo mio giudizio. All'inizio, quando c'era la discussione generale, quando tutti i problemi potevano essere sviscerati, quando poteva essere dimostrato che la Giunta nulla ha fatto e che siamo ancora all'anno zero della Regione, come ho sentito dire oggi, queste cose potevano essere dette dai colleghi che le manifestano in questo momento. Perché, io dico, non sono state fatte queste considerazioni al momento opportuno? No, si è preferito il silenzio. Io non faccio un giudizio su quello che è stato l'atteggiamento di una parte, non di tutte le minoranze: hanno taciuto. Ad ogni modo sono scattate adesso, e permettetemi di dire che questa discussione, trasportata nel campo prettamente politico, che più che del carnevale, signori consiglieri, io penso che risenta delle prossime vicine elezioni politiche, perché sono dei piccoli discorsi politici, io penso che sia da non accettare, perché anche se in dieci minuti molte cose possono essere dette, io penso che scendere in polemica non sarebbe opportuno. Penso invece che in questa occasione bisognerebbe dare un giudizio complessivo su quella che è stata l'attività, l'operato della Giunta. Siamo all'ultimo bilancio della nostra legislatura — è stato ricordato da altri colleghi — e quindi il giudizio, secondo me, doveva essere fatto complessivamente: giudizio sull'attività della maggioranza, maggioranza che ha il compito di governare, maggioranza che ha governato, che ha operato; giudizio sulla minoranza — e ho detto prima che ha avuto anche degli atteggiamenti che noi non abbiamo capiti, come quello che si è verificato nella discussione di questo bilancio — e giudi-

zi anche sui rappresentanti del gruppo etnico tedesco, che non sono più tutti uniti in un solo partito, ma di cui vediamo altre due componenti. Io, signori, senza andare a polemizzare su quella che è la situazione catastrofica, vorrei mi fosse concessa solo questa brevissima considerazione: ma è possibile che non sia stato fatto niente, addirittura, in questi ultimi vent'anni? Collega e amico Ceccon, lei girerà la nostra regione, per lo meno il nostro Trentino. Lei mi ha parlato di turismo familiare, mi ha parlato di lavori pubblici, di fognature, acquedotti. Ma è convinto che la nostra regione sia una terra da civilizzare? Sia una terra da conquistare? Io penso, signori, e lo diciamo con orgoglio, e non lo attribuisco questo merito alla Giunta e ai partiti che la compongono, io penso che la nostra regione è all'avanguardia, sia nel campo turistico, sia in quelle che sono le altre attività nel resto d'Italia. Detto questo, io vorrei brevemente fare un giudizio, opportuno giudizio di fine bilancio, su questa Giunta che, non dimentichiamolo, si è costituita in un particolare momento della vita economica nazionale e regionale, Giunta che ha visto le dure e dolorose conseguenze dell'alluvione, che ha dovuto assistere a delittuosi atti terroristici e addirittura piangere su corpi inerti di giovani italiani che compivano il loro dovere, che ha dovuto affrontare e portare a termine diversi problemi, uno dei quali è quello che abbiamo approvato ieri, quello della programmazione. Quindi io penso che l'attenzione di un'Assemblea legislativa doveva essere rivolta su quella che è stata l'attività di questa legislatura, che è senz'altro una delle legislature più importanti di questi vent'anni, e che si è classificata come Giunta, come governo regionale di centro-sinistra. Io penso che sarebbe stato importante fare una verifica, perché questa Giunta che ora noi dobbiamo giudicare attraverso il voto che daremo

al bilancio che ha sottoposto all'attenzione, all'approvazione dell'Assemblea legislativa, questa Giunta, non dimentichiamolo, si è presentata con un programma preciso nel 1965, con dichiarazioni programmatiche, con dichiarazioni programmatiche basate su un accordo interpartitico che è stato pubblicato, e che molte volte anzi i colleghi delle minoranze hanno sfoderato. Sulla base di quanto è stato dichiarato di fare, bisognava giudicare la Giunta, e questo non è avvenuto. E allora io vi dico, signori consiglieri, che il gruppo socialista ritiene di dare la fiducia alla Giunta, perché ha mantenuto fede alle promesse fatte. Gli impegni che la Giunta ha preso hanno avuto risoluzione positiva. Quindi io non vado a vedere se dovremo andare a chiedere o sarà il partito comunista che dovrà andare a chiedere l'inserimento in una maggioranza o meno. Son fatti che non ci riguardano. Giudichiamo questa Giunta e vediamo se ha operato, come aveva promesso di operare, e noi, su questo punto, diciamo che la Giunta ha operato e ha mantenuto fede. Quindi Giunta responsabile, Giunta di centro-sinistra che ha mantenuto fede agli impegni, che ha operato. Io potrei ricordarvi semplicemente l'attività legislativa della Giunta, che non ha fatto niente: andiamo a rivederci le leggi, andiamo a rivedere l'attività cui è stata sottoposta l'Assemblea legislativa sui disegni di legge presentati in tutti i settori della vita economica e sociale della nostra regione. Io penso, signori consiglieri, che questa Giunta abbia diritto al riconoscimento della sua azione, e il gruppo socialista, cosciente e responsabile, manifesterà la fiducia alla Giunta di centro-sinistra, dando voto favorevole al bilancio preventivo 1968.

PRESIDENTE: La parola al Presidente della Giunta.

GRIGOLLI (Presidente G.R. - D.C.): Il Regolamento mi consente di pronunciare alcune parole ora, dal momento che non mi è stato possibile chiudere formalmente la discussione generale sul dibattito e, collegandomi a quanto ha affermato poc'anzi il cons. Tanas, se devo esprimere una impressione globale su queste dichiarazioni di voto, a me pare che esse abbiano fatto intendere come vi sono, al di fuori della maggioranza, i partiti che hanno dimostrato qui di voler prendere le loro istanze. E le istanze le hanno prese — non ne faccio carico ad alcuno, ma il disegno mi pare chiaro — le hanno prese in rapporto a scadenze che sono molto vicine, e questo anche fa intendere come certi discorsi siano pronunciati con certe tonalità e con certe argomentazioni o con certe non argomentazioni. Non mi riferisco quindi a discorsi che si possono giudicare anche polemicamente in modo pesante; mi riferisco in genere a motivazioni che, rispetto a questo bilancio, del quale ci dovevamo occupare, mi sono parse assai scarsamente attendibili. Io chiedo a molti dei colleghi consiglieri che si sono qui espressi in modo così drastico nei confronti della Giunta e della Regione, a quante delle leggi che noi abbiamo approvato in questi tre anni, non abbiano anch'essi dato il loro voto. E io dico che queste leggi sono state già 70 in questi alcuni anni e che se voi, consiglieri regionali ci vorrete onorare di un adeguato ritmo di lavoro, quale noi vogliamo esprimere per parte nostra e nelle sedi consiliari e nelle sedi delle commissioni, noi potremmo quest'anno assicurare altri 30 disegni di legge votati a vantaggio delle popolazioni, intorno a problemi ed argomenti che stanno a cuore a voi sicuramente tanto quanto come a noi. Si è fatto un discorso quindi di solitudine della Giunta. Il cons. Corsini insiste su questa affermazione; ci è tornato anche oggi. Io devo dire che se devo riferirmi ad accen-

ni ripetuti, che sono venuti in questa discussione da parte del collega Gouthier come del collega de Carneri, io penso che ci siano alcuni qui in quest'aula che vadano cercando compagnia, quanto meno che questa solitudine sia piuttosto ambita, non sia così da deplorare come la si è voluta descrivere. Io vorrei, anche per parte della Giunta, dire solo una parola a questo riguardo: noi siamo partiti con un programma, ci siamo mossi secondo un criterio politico, avendo operato una scelta, descrivendo una certa configurazione quindi in senso politico. E oggi siamo quelli che eravamo alla partenza in questo senso, e quindi nuovi discorsi, lanciare l'amo in questo senso evidentemente non ci può interessare. Devo dire dell'altro: che se questo è un atteggiamento politico, tuttavia, cons. Gouthier, è evidente che sarebbe, per le forze politiche operanti nel paese, un fatto di enorme cecità e sordità il non considerare che esiste nel paese e qui dentro e nel Parlamento una forza quale è quella che si chiama partito comunista. In questo senso mi pare che si possa qui correttamente parlare di dialogo, ma non per lei in modo specifico piuttosto che per altri. Il dialogo qui dentro c'è sempre stato, può restare e rimarrà come un metodo di stile democratico, quale noi vorremmo che altri partiti, operanti al governo delle cose fuori d'Italia, potessero esprimere. E lo esprimiamo e cerchiamo di esprimerlo anche rispettosi degli atteggiamenti degli altri, anche delle minoranze. Mi spiace, cons. Jenny, che lei voglia sentirsi, come ha detto inizialmente, trascurato come un partito. Lei ci dia modo di verificare che non è fondata questa sua affermazione; per parte mia credo di averle dato più volte occasione di dire che questo non è comunque nelle nostre intenzioni. E quindi quando qui si viene a sostenere che doveva essere in un certo modo doveroso il silenzio da parte delle mino-

ranze per sottolineare un certo andamento del dibattito su questo bilancio, e questo silenzio ci viene quasi imputato come se dovessimo essere messi in castigo noi della maggioranza o noi della Giunta, io dico che questo discorso non lo accetto. Dico che il silenzio comunque è silenzio; dico che il silenzio comunque è un fatto di assenza; dico che il silenzio comunque non costruisce, non fa in ogni modo cronaca e meno che meno può fare storia. Quindi questo vale anche per quelli che hanno mantenuto in questo dibattito un silenzio più o meno totale.

Mi riferisco ad un altro aspetto di questa discussione, ed evidentemente dovrò essere celere, e mi riferisco al cons. Kapfinger. Cons. Kapfinger, io mi aspettavo molto da lei, dalle sue parole, dopo quella estemporanea uscita che ha avuto il collega Wahlmüller, il quale ha creato una connessione fra i problemi delle madri nubili e della totale sua sfiducia nella Giunta regionale e nella Regione. Io pensavo ad una registrazione per così dire di toni, quanto meno ad una motivazione che potesse per me, in un ambito di discorso politico, essere quella che poteva essere accettabile o discutibile o comunque considerabile. Devo pensare, cons. Kapfinger, di dover attribuire alla sua cortesia questa certa evanescenza di motivazioni nell'esprimere qui dentro il giudizio politico suo e del suo gruppo. Perché trovo delle valutazioni che non capisco e non intendo. Non capisco come si possa appoggiare una valutazione non positiva su questo bilancio, sul fatto che vi è uno stanziamento sui bacini montani e per la manutenzione dei bacini montani di soli 30 milioni e dimenticare che l'anno scorso si è lavorato per 3 miliardi nel settore della sistemazione idraulico-forestale, passando dalla quota di 1 miliardo e 600 milioni che c'era nell'anno precedente. Io non capisco come si possa parlare quindi di ciò che si potrebbe fare di

più; io ammetto che si potrebbe e si dovrebbero stanziare più soldi, ma non ammetto che si possa dimenticare quel tant'altro che esiste e che comunque si è fatto. Qui si è parlato di personale di lingua tedesca, che verrebbe a un certo livello chiuso nelle sue possibilità di ascesa. Io ho parlato con i sindacati di lingua tedesca e ho dato per questo aspetto delle spiegazioni che a me pare fossero, perché potevano esserlo, convincenti. Non più tardi di ieri abbiamo immessi nei ruoli regionali 24 guardie forestali; tra qualche mese faremo un altro corso per altrettante guardie forestali di lingua tedesca; stiamo avvicinando il riequilibrio delle proporzioni etniche all'interno del personale regionale, in modo estremamente deciso. Le domando, a mia volta: ma perché nei concorsi che la Regione bandisce la partecipazione degli aspiranti di lingua tedesca è così scarsa? Perché avendo noi in corso in questo momento 10 o 11 concorsi abbiamo, di fronte a 700 circa — cito a memoria — iscritti e partecipanti, ne abbiamo solo 65 o 70 di lingua tedesca? Perché avviene questo? E perché allora volete imputarci talune situazioni, delle quali noi non siamo totalmente né responsabili, né partecipi. Dico dell'altro: il cons. Kapfinger dice che uno stato che si rispetti dovrebbe essere fiero di rendere soddisfatta una minoranza. Noi, ho già affermato ieri, ci sentiamo anche per questo aspetto, a posto con la nostra coscienza. Possiamo aver fatto errori, possiamo aver avuto qualche incomprendimento, ma io penso che questo sia umano. Ma io vorrei domandare a voi: dovrà esserci un momento nel quale ci intenderemo su che cosa può rendere soddisfatta una minoranza e quando verrà questo momento. E io dico che nel momento in cui si parla di un pacchetto che non è nostra competenza né completare, né aprire, né discutere in questa fase, evidentemente io penso che non si possa accettare un discor-

so, quale lei ha fatto, di vincitori e di vinti. Il discorso che fa il governo in questo momento, nei confronti della minoranza di lingua tedesca, comunque lo si voglia discutere dai vari punti di vista dei gruppi politici, è in ogni caso un discorso di apertura, e quindi a me piace che si sia fatto qui un accenno a una tematica che dovrebbe contrapporre taluni vincitori a molti vinti.

KAPFINGER (S.V.P.): (*Interrompe*).

GRIGOLLI (Presidente G.R. - D.C.): Io l'ho inteso comunque e allora comunque spero di essermi spiegato in modo da averla tranquillizzata, se questo era il problema.

KAPFINGER (S.V.P.): (*Interrompe*).

GRIGOLLI (Presidente G.R. - D.C.): Be', adesso se riprendiamo il discorso della vittoria, sa, è un discorso che ci può tirare per le lunghe.

E allora mi avvio alla conclusione. Io devo tornare, per arrivare alla conclusione, su un certo accenno che ha voluto fare il cons. Corsini, cons. Corsini al quale volevo contestare una sua posizione di assenza da questo dibattito. Egli ha voluto, nell'intervento che ha fatto qualche giorno fa, motivarla a suo modo, e io non posso accettarlo. Io dico che l'aver voluto esprimere più volte la valutazione alta e qualificante che quest'aula consiliare ha, rispetto all'affrontare i temi e la programmatica generale della vita regionale, questo atteggiamento e questa ricerca di ulteriore qualificazione del Consiglio, non ha avuto qui una espressione quest'anno, per parte sua, di coerenza, quale

noi ci aspettavamo. Le motivazioni sue, quelle che si sono dette, io ho già detto come non si possano condividere, come non condivido che si giudichi incoerente la Giunta regionale, raffrontando la decisione di oggi a quella di ieri. Io ho già detto ieri che la programmazione economica, così come si va esprimendo in Italia — ed è ai primi passi, e manca di esperienze — può comportare un aspetto almeno figurativamente contraddittorio qual è quello dato da questo bilancio e dalla esigenza che i futuri bilanci siano impostati e concertati in modo diverso. Ho già detto ieri che siamo in una fase, se così posso esprimermi, di rodaggio, siamo in una fase di assestamento, nella quale possono esistere anche talune apparenti contraddizioni o incoerenze. Perciò io non voglio togliere peso a una certa sua osservazione. Io la prego di rendersi comunque interprete che ogni fase di passaggio nelle situazioni nuove, ogni fase di passaggio nell'inserimento dei meccanismi nuovi, può comportare un certo periodo, nel quale non tutto si è aggiustato, non tutto si è assestato.

E mi avvio quindi all'ultimo discorso, ringraziando per taluni aspetti di contributo particolare che hanno voluto dare sia il cons. Santoni — ed io accetto che abbia proposto una certa priorità nel portare qui talune leggi che riguardano soprattutto il settore dei lavori pubblici e quello dell'industria — come il cons. Tanas. Il cons. Ceccon si è chiesto che cosa sia rimasto di questo ventennio. Guardi, una lezione c'è per me in questo ventennio, poiché lei l'ha voluto configurare in temi di convivenza. La mia esperienza personale, la mia convinzione è che noi si è imparato tutti insieme che il cammino della pacifica convivenza è un problema e un cammino più lungo di quello di una generazione. Noi pensavamo, forse ottimisticamente, di poter risolvere molte cose nello spa-

zio di alcuni anni o di alcune legislature. Devo accettare oggi, per mia esperienza, che questo non è avvenuto nella misura auspicata, perché evidentemente il problema è più grande e più lontano di quanto noi pensassimo, ma questo, cons. Ceccon, non deve dirlo solamente a noi. Nessuno qui dentro è estraneo a questo discorso, al discorso di costruire la convivenza etnica e al discorso di partecipare a questo progetto e a questo programma. C'è stato un fallimento, comunque, e il fallimento riguarda proprio il partito o coloro che ispirano il partito del quale il cons. Ceccon si onora di far parte. Perché per noi — poiché la democrazia è un fatto che abbiamo assicurato e garantito, è un fatto che rimane — per noi comunque rimane la possibilità che le buone volontà sussistono di dimostrare che questo traguardo non è né lontano né ambizioso, e che comunque è un fatto che noi possiamo contribuire a realizzare con la nostra operatività politica. Questo fatto, questa carica di volontà politica rimane, di fronte a molti che qui dentro sono venuti descrivendo opere e prospettive di moribondi e di morti. Qui dentro è una specie di confraternita, se mi si consente, della buona morte a livello politico che si è venuta istituendo, e rispondo che noi in questo anno ventesimo ci riteniamo e ci proclamiamo più vitali e operanti di quanto non si voglia credere, e lo sapremo dimostrare. In questo senso noi lanciamo una sfida e questa sfida si muove di qui, signori, poiché certi tipi di discorsi si sono fatti, questa sfida proseguirà anche nelle piazze.

PRESIDENTE: Votiamo l'art. 13.

MITOLO (M.S.I.): Io volevo chiedere la parola a questo punto . . .

PRESIDENTE: L'abbiamo letto l'articolo, prima.

MITOLO (M.S.I.): Permette, signor Presidente? Chiedo la parola.

PRESIDENTE: Ha la parola.

MITOLO (M.S.I.): Signor Presidente, non si è mai visto che il Presidente della Giunta abbia preso la parola per chiudere una discussione generale, dopo le dichiarazioni di voto. Il signor Presidente della Giunta poteva parlare in dichiarazione di voto, e poteva naturalmente avere la parola; non poteva replicare alle dichiarazioni di voto, fatte dai rappresentanti di gruppi, come se fossimo ancora in discussione generale. Voglio semplicemente sottolineare questo: mi permetta la Presidenza questo richiamo, perché la innovazione è una innovazione che non può essere tollerata a norma di Regolamento. Il Regolamento questo non lo consente. Quindi qui si è fatta una vera e propria violazione del Regolamento.

PRESIDENTE: Accetto il suo richiamo.

Metto in votazione l'art. 13: è approvato a maggioranza con 3 voti contrari e 9 astenuti.

Ora votiamo il bilancio. Si vota distintamente per Provincia.

Io pregherei i signori consiglieri di fermarsi poi, perché dobbiamo votare il bilancio del Consiglio regionale, perché la prossima settimana non si fa seduta. Le prossime sedute si faranno i giorni 28 e 29 c.m. Io prego di rimanere qui e di votare questo bilancio, che è breve.

Prego distribuire le schede per la vota-

zione segreta.

(Segue votazione a scrutinio segreto).

Esito della votazione:

Consiglieri della Provincia di Bolzano:

Votanti 20 - maggioranza richiesta 13

5 sì

5 no

10 schede bianche.

Consiglieri della Provincia di Trento:

Votanti 25 - maggioranza richiesta 14

20 sì

4 no

1 scheda bianca.

La legge non è approvata, non avendo ottenuto la maggioranza prescritta dalle due Province e sarà inoltrata al Ministro dell'interno per la sua approvazione.

Passiamo ora al **Bilancio di Previsione del Consiglio regionale per l'esercizio finanziario 1968 (n. 23/D)**.

C'è la proposta di dare per letta la relazione. Chi è d'accordo: approvata all'unanimità.

Do lettura della delibera per l'approvazione del bilancio:

IL CONSIGLIO REGIONALE

nella seduta del

Visto il progetto di bilancio per l'esercizio finanziario 1968 del Consiglio regionale;

Visto l'allegato bilancio per l'esercizio fi-

nanziario 1968 della Cassa di Previdenza per i Consiglieri regionali;

Vista la delibera dell'Ufficio di Presidenza del 26 gennaio 1968, che approva detti progetti di bilancio;

Visti gli articoli 5 e 5 bis del Regolamento interno del Consiglio regionale;

Visto il primo comma dell'articolo 20 del Regolamento della Cassa di Previdenza, modificato dal Consiglio regionale nella seduta del 9 novembre 1967;

Visto il Regolamento interno di amministrazione e di contabilità del Consiglio regionale;

ad di voti legalmente espressi

d e l i b e r a

ART. 1 - Sono autorizzati l'accertamento, la riscossione ed il versamento nella cassa del Consiglio regionale delle somme e dei proventi devoluti per l'esercizio finanziario dal 1° gennaio al 31 dicembre 1968, giusta l'annesso stato di previsione dell'entrata.

ART. 2 - E' autorizzato il pagamento delle spese ordinarie e straordinarie per l'esercizio finanziario dal 1° gennaio al 31 dicembre 1968, in conformità dell'annesso stato di previsione della spesa.

ART. 3 - E' approvato il bilancio della Cassa di Previdenza per i Consiglieri regionali per l'esercizio finanziario 1968, allegato al bilancio del Consiglio regionale.

ART. 4 - E' approvato l'unito riepilogo, da cui risulta l'insieme dell'Entrata e della Spe-

sa, previste per l'esercizio finanziario 1968.

Riassunto generale

RIEPILOGO

<i>Entrate e spese effettive</i>	
<i>Entrata</i>	L. 501.280.000
<i>Spesa</i>	<u>L. 501.280.000</u>
	<u>L. —</u>
 <i>Movimento di capitali</i>	
<i>Entrata</i>	L. 2.000.000
<i>Spesa</i>	<u>L. 2.000.000</u>
	<u>L. —</u>

<i>Entrata</i>	L. 503.280.000
<i>Spesa</i>	<u>L. 503.280.000</u>
	<u>L. —</u>

Metto in votazione la deliberazione: è approvata all'unanimità.

Signori consiglieri la seduta è tolta. Il Consiglio regionale è riconvocato per i giorni 28 e 29, per la trattazione degli altri punti all'ordine del giorno.

(Ore 20.45).